Badische Landesbibliothek Karlsruhe

Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe

Badisches Volksecho. 1946-1950
1950

154 (8.7.1950)

Visual Library

BADISCHES

VOLKSECHO

Volkszeitung für Baden

Verlag: Badische Zeitungsverlags-Gesellschaft m. b. H., Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 432 60. Redaktion: Mannheim, S 3, 10, Fernruf Nr. 415 85. Chefredakteur: Willy Grimm. Vertriebsfilialen: Heidelberg, Rohrbacher Straße 13—15, Ruf 3421/25—01; Karlsruhe, Amalienstr. 69, Ruf 4023; Pforzheim, Westliche 77, Ruf 2596; Weinheim, Hauptstr. 88, Ruf 2419.

Erscheint täglich außer an Sonn- und Feiertagen. Bezugspreis DM 2,50 einschl. Trägerlohn. Bei Postzustellung DM 2,05 zuz. DM —.54 Zustellgebühr. Bankverbindung: Allg. Bankgesellschaft Mannheim, Kto.-Nr. 14 077, Städt. Sparkasse Mannheim. Kto.-Nr. 227, Postscheckamt Karlsruhe, Kto.-Nr. 429 39. Anzeigen-Preisliste Nr. 3. Anzeigen werden entgegengenommen in den Vertriebsfilialen.

Jahrgang 5 / Nr. 154 — Samstag, 8. Juli 1950 — Preis 15 Pfg.

Das Lied der Lorelei

frei nach Heinrich Heine

Ich weiß nicht, was soll es bedeuten,
daß ich so traurig bin;
ein Dementi von westlichen Leuten,
das kommt mir nicht aus dem Sinn:

Sie sagen, sie wollen mich retten,
von der „wilden, östlichen" Flut;
und deshalb die goldenen Ketten —
und was man strategisch mir tut ...

Sie leugnen, was jeder munkelt,
der im Felsen die Sprenglöcher sieht;
ein Schuft ist, wer frech noch verdunkelt,
was heute am Rheinstrom geschieht!

Zwar weiß ich, die Wellen verschlängen
auch Schuman - samt Marshall-Plan -
Das hätten mit ihrem Sprengen
die Leute um Cloy dann getan ...

Wacht auf drum, ihr Träumer im Nachen,
der Rhein ist kein Wellengrab —
Ein Schrei gellt von Freiburg bis Aachen:
Go home! Zieht Leine! Haut ab!

B. IDAMANN

Ägypten unterstützt keinen Angreifer

Ministerpräsident gegen USA-Aggression

Kairo. (n. Reuter) Der ägyptische Ministerpräsident, Nahas Pascha, begründete den Beschluß Aegyptens das Vorgehen des Sicherheitsrates der UNO in Bezug auf Korea nicht zu unterstützen, in einem Interview mit der wafdistischen Zeitung „Albalagh".

Er erklärte, der Friede könne nicht auf der Basis einer internationalen Günstlingswirtschaft gewahrt werden. Nahas Pascha fuhr fort: „Jede Nation, die der UNO einen Fall unterbreitet hat, erwartet, die UNO werde sich auf die Seite des Rechts stellen und diesem zum Durchbruch verhelfen, selbst wenn die Macht auf der anderen Seite wäre. Diese Nationen blicken heute nach der UNO oder nach dem Sicherheitsrat und beobachteten, daß zwei verschiedene Normen angewendet werden: in der Korea-Frage wird rasch und mit dem Einsatz bewaffneter Macht gehandelt, in anderen Fällen aber nichts unternommen. Auf dieser Grundlage kann der Friede nicht aufrechterhalten werden. Aegypten unterstützt keinen Angreifer und steht zu jedem Lande, das angegriffen wird."

Essen protestiert gegen Korea-Krieg

Essen. (EB) „Genau so, wie die Werktätigen des Ruhrgebietes vor 1933 die Hoffnung der friedliebenden Menschen in Deutschland waren, so müssen es die Werktätigen des Ruhrgebietes angesichts der amerikanischen Intervention in Korea heute wieder werden. Noch ist es an der Zeit, dem Amoklauf der imperialistischen Kriegstreiber Einhalt zu gebieten, denn noch haben wir gemeinsam mit den 800 Millionen friedliebenden Menschen in der Welt die Gelegenheit, durch unser einheitliches und unerschrockenes Handeln den Kriegsbrandstiftern ihr verderbenbringendes Handwerk zu legen", erklärte der Chefredakteur der „Neuen Volkszeitung" Kurt Lichtenstein auf einer von mehreren tausend Menschen besuchten Kundgebung der Kommunistischen Partei in Essen.

Auch eine Warnung der UNO

Nicht vom Amerikanischen Krieg reden

San Franzisko. (nach Reuter) Der stellvertretende UNO-Generalsekretär, Byron Price, sah sich genötigt, die amerikanischen Zeitungen zu warnen, bei ihrer Berichterstattung über den koreanischen Kriegsschauplatz. Er meinte, es mache auf die UNO-Mitgliedsstaaten einen schlechten Eindruck, wenn sie das Bild bekämen, daß es sich in Korea um einen amerikanischen Krieg handle. Für die Vereinigten Staaten würde das sich in der Welt schlecht auswirken.

57 Millionen Sowjetbürger unterschrieben

Appell von Stockholm zur Atombombenächtung mit Begeisterung aufgenommen — Das ganze Volk wird die Regierung, die zuerst Mordwaffe anwendet, als Kriegsverbrecher behandeln

Moskau (EB). Nach dem beim sowjetischen Komitee für die Verteidigung des Friedens aus allen Teilen der Sowjetunion eingegangenen Meldungen ist der Aufruf des Ständigen Komitees des Weltfriegenskongresses vom Tage des Beginns der Unterschriftensammlung bis zum 5. Juli von 56 807 705 Sowjetbürgern unterschrieben worden.

Die Mitteilungen aus den Unionsrepubliken, den Provinzen und Gebieten lassen erkennen, daß die Sowjetmenschen dem Appell des Ständigen Komitees zur Unterzeichnung des Stockholmer Aufrufes mit Begeisterung Folge leisten. In Städten und Dörfern werden stark besuchte Versammlungen der Werktätigen abgehalten, in denen die Sowjetbürger durch einmütige Billigung der Erklärung des Obersten Sowjets der UdSSR die Unterzeichnung des Stockholmer Aufrufes als Ausdruck der friedlichen Stalinschen Außenpolitik voll und ganz zustimmen und sich mit allen Friedensanhängern in allen Ländern solidarisch erklären.

In Moskau, in Leningrad, Kiew, Baku, Stalingrad, Swertlowsk und vielen anderen Indusriezentren des Landes übernehmen die Arbeiter, Werkmeister, Ingenieure und Techniker der Großbetriebe bei der Unterzeichnung des Aufrufs die Verpflichtung, die Arbeitsproduktion zu steigern und die Produktionspläne überzuerfüllen.

Auch in den Kollektivwirtschaften, auf den Staatsgütern und in den Maschinen- und Traktorenstationen nimmt die Unterschriftensammlung einen immer größeren Umfang an. Bei der Unterzeichnung des Stockholmer Aufrufs verpflichten sich die Kollektivbauern sowie die Führer von Mähdreschern und Traktoren, dem Lande noch mehr Getreide zu geben, und damit zur Verteidigung des Friedens in der ganzen Welt beizutragen. An der Unterschriftensammlung nehmen die gesellschaftlichen Organisationen der Sowjetnion, die Gewerkschaften, die Jugend und die Frauenorganisationen sowie die freiwilligen Gesellschaften durch Aufklärungsarbeit unter den Werktätigen der Betriebe, den Kollektivwirtschaften, der Staatsgüter und der Maschinen-Traktorenstationen aktiv teil.

Auch in den Wohnhäusern der Werktätigen werden regelmäßige Aussprachen abgehalten sowie Vorträge und Vorlesungen über die internationale Lage und den Kampf für den Frieden veranstaltet. Mit großer Begeisterung geht die Sammlung von Unterschriften unter den Stockholmer Aufruf in der sowjetischen Hauptstadt vor sich, wo der Aufruf in den ersten sechs Tagen bereits von 2 687 000 Personen unterschrieben wurde. In Leningrad haben 1 300 000 ihre Unterschrift unter den Aufruf gesetzt, in Kiew 437 000, in Baku 405 000, in Tiflis 264 000, in Swertlowsk 233 000, in Odessa 256 000, in Stalingrad 168 000 und in Gorkij 248 000.

Die Unterschriftensammlung gestaltet sich zu einer machtvollen, volksumspannenden Kundgebung der Bereitschaft der Sowjetmenschen zur Verteidigung des Friedens und der internationalen Sicherheit.

Schlechte Nerven

Ob es in der amerikanisch gesteuerten Marionettenregierung des Syngman-Rhee einen Minister für „gesamtkoreanische" Fragen gibt, wissen wir nicht. Herr Adenauer jedenfalls hat einen „Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen". Es ist Herr Jakob Kaiser.

In Westdeutschland sind die Pläne zur Aufstellung einer Söldnerarmee aus jungen deutschen Männern noch nicht verwirklicht. Aber die Sorge, daß der vom koreanischen Volk geführten Freiheitskampf gegen den amerikanischen Krieg auf die Bevölkerung Westdeutschlands tiefen Eindruck machen könnte, ist sehr groß bei den Herrschaften in Bonn und seiner weiteren Umgebung. Sie gehen deshalb über zur verschärften Offensive gegen den nationalen Gedanken in Deutschland, gegen den Willen des Volkes zum Frieden.

Am Mittwochabend war Herr Jakob Kaiser an der Reihe, seine Giftpfeile gegen die Einheit Deutschlands und den Frieden, gegen alle national gesinnten und demokratischen Deutschen, die sich in der Nationalen Front des demokratischen Deutschland sammeln, abzuschießen. Herr Kaiser meinte den höchsten Nutzeffekt dabei zu erzielen, durch den Versuch der Erzeugung einer Pogromstimmung gegen die Kommunisten. Zu Terror hat Jakob Kaiser aufgerufen, indem er erklärte, „den kommunistischen Agenten ... müsse mit aller Schärfe entgegengetreten werden". Und in die Fußstapfen des Justizministers Dehlers, in dessen Amtsbereich die Hedler und Harlan freigesprochen und Kämpfer für ein demokratisches Deutschland wie Ernst Nagel verurteilt werden, begab sich Herr Jakob Kaiser mit der Forderung, „es sei höchste Zeit, daß die Organe des Bundes und der Länder den Kommunismus auf allen Gebieten unter Kontrolle bekämen".

Dieser „Bundesminister für gesamtdeutsche Fragen" nahm die Bankrottwirtschaft der Westberliner Spalter-Clique Reuter-Friedensburg in Schutz. Zu noch größeren finanziellen Opfern will er die Masse der westdeutschen Steuerzahler veranlassen, mit der Behauptung, Berlin stehe „für jeden einzelnen von uns. Fiele Berlin dem Kommunismus in die Hände, dann wäre dem kommunistischen Angriff das größte Hindernis aus dem Wege geräumt."

Der unbegabteste Mensch begreift, wenn man es ihm recht erklärt, daß die Aufhebung der Spaltung einer Stadt wie Berlin, die Herstellung einer einheitlichen Verwaltung, die Wiederanknüpfung aller Fäden, die die wiedergeeinte Stadt vor ihrer Spaltung mit dem sie umgebenden weiten Land verbanden, eine Wohltat für jeden jetzt so schwer leidenden Werktätigen Werstberlins wäre. Herr Jakob Kaiser möchte mit seinen Erzählungen, daß ein geeintes Berlin und ein mit seiner Umgebung vereintes Berlin „den kommunistischen Angriffswillen" stärken würde, zur Verlängerung der Leiden der Werktätigen Westberlins beitragen und zugleich die Sehnsüchte des Volkes in Westdeutschland nach nationaler Einheit unseres Vaterlandes auslöschen.

Jakob Kaisers appellierte an die Leichtgläubigkeit und Vergeßlichkeit der westdeutschen Bevölkerung, wenn er sie auffordert, „durch das Schicken von Lebensmittelpaketen" der Bevölkerung der Deutschen Demokratischen Republik „praktisch" zu helfen. Dieser selbe Mann hat mit Adenauer und den anderen „Bundesministern" ein Kesseltreiben gegen den Minister Gereke

(Fortsetzung auf Seite 2)

Sie haben ihr „Gesicht" verloren

Der Vormarsch der koreanischen Volksarmee von starkem Eindruck auf den Westen — Mc Arthur versuchte USA-Niederlage zu verschleiern

Tokio. (n. Ins) Im Westen Südkoreas hat die koreanische Volksarmee Schonan erreicht. Sie steht damit unmittelbar vor der Verteidigungsstellung der Amerikaner am Kum-Fluß. Den Vormarsch der Volksarmee zu stoppen, war trotz des Einsatzes aller verfügbaren Kräfte des amerikanischen Hauptquartiers, nicht möglich.

Daß die riesige Kriegsmaschine der Amerikaner und ihrer Verbündeten in Korea gegen das Volk keine Erfolge erzielte, beunruhigt die Kreise des westlichen Imperialismus. Aus Paris wie auch von anderen Stellen wird berichtet, daß die Erfolge der koreanischen Volksregierung einen bedeutenden Eindruck hinterlassen haben. Unter diesem Eindruck ist die erste Freude über den so schnellen Einsatz der amerikanischen Kriegsmaschine gegen das koreanische Volk durch Trumans Befehl verflogen.

Daß die koreanische Volksarmee die amerikanischen Verteidigungsstellungen, über die tagelang berichtet wurde, im ersten Anhieb überrannt hat, hat dem Prestige der Amerikaner ungeheuren Abbruch in der Welt und besonders bei den asiatischen Völkern getan. Mc Arthur versucht die Erfolge der koreanischen Volksarmee zu verkleinern. In einer Verlautbarung erklärte er, daß es sich bei der amerikanischen Verteidigungsstellung nur um ein „halbes Bataillon" Amerikaner gehandelt habe, das im Kampf gestanden hätte. Gleich, wie man die Geschichte wendet, ist eine amerikanische Lüge Trumpf. Die Nachrichten, die von der Niederlage der Amerikaner sprachen, gingen bekannterweise über das Hauptquartier Mc Arthurs, denn die „Freiheit" der Presseberichterstattung des Westens hat dort ihre Zensurstelle. Es ist zu durchsichtig, warum Mc Arthur plötzlich von einem „halben Bataillon" redet, das nur geschlagen sein soll. Mc Arthur hat es vorgezogen, die „amerikanische Verteidigungsstellung", von der so viel in der Welt geschrieben wurde, lieber als nachträglichen Bluff zu entlarven, als die Niederlage einzugestehen.

Japanische Söldner in den Reihen der USA-Interventionisten

Nach Meldung aus Pjöngjang stellten die Verbände der Volksarmee bei ihrem Ueberrennen der amerikanischen Stellungen fest, daß sich unter den zurückgelassenen Toten die Leichen von 30 japanischen Offizieren befanden. Das koreanische Volk erinnert sich angesichts dieser Tatsache mit Entsetzen an die jahrzehntelange Vergewaltigung und Besetzung Koreas durch die japanischen Armeen. Nach Bekanntwerden dieser Tatsache war festzustellen, daß sich sowohl zur Volksarmee wie zu den Partisanenverbänden, die in dem von den Amerikanern besetzten Gebiet operieren, sich sehr viele Freiwilligen meldeten.

Die Provokation der amerikanischen Beauftragten in Korea bestätigt

Peking. (nach Ins) Die Nachrichtenagentur „Neues China" berichtet, daß südkoreanische Kriegsgefangene, die nördlich des 38. Breitengrades gestellt worden sind, bestätigen, daß Südkorea seit langer Zeit den Angriff auf Nordkorea vorbereitet hat. Ein Offizier wie ein Unteroffizier der südkoreanischen Armee sagten aus, daß das 17. Regiment vom Hauptquartier angewiesen worden ist, an den Operationen „zur Besetzung Nordkoreas und sogar der Mandschurei" teilzunehmen. Den südkoreanischen Soldaten sei gesagt worden, daß sie in wenigen Stunden in Pjöngjang, der Hauptstadt der koreanischen Volksrepublik, vordringen könnten. Sie haben mit ihren amerikanischen Hintermännern, trotz deren Bombenfestungen, schweren Kreuzern und Landtruppen, etwas anderes erfahren müssen.

So werden USA-Provokationen vorbereitet

Washington. (nach Reuter) Amerikanische Waffenlieferungen für Indochina und Indonesien haben gestern den Hafen von San Franzisko verlassen. Unter dem Kriegsmaterial befinden sich neben Fahrzeugen und Munition auch Material für Luftstreitkräfte. 17 Schiffe der USA mit Waffenlieferungen sind in den verschiedensten Ländern unterwegs. So auf diese Art werden „Vorfälle", wie die von Korea, durch den amerikanischen Imperialismus in anderen Ländern vorbereitet.

Streik gegen Rückkehr Leopolds

Brüssel. (EB) Aus Protest gegen die von der belgischen Regierung vorbereitete Rückkehr König Leopolds traten heute die Bergarbeiter vieler Kohlengruben in einen einständigen Warnstreik. Auch in den großen Metallwerken Lüttichs legten die Belegschaften die Arbeit nieder. Die Streikenden schickten Telegramme an Ministerpräsident Duvieusart, in denen sie gegen die Absichten der Regierung protestieren und ihren Willen zum Ausdruck bringen, die Rückkehr des königlichen Nazi-Kollaboranten nicht zuzulassen.

Tumult im belgischen Parlament

Die gemeinsame Sitzung beider Häuser des belgischen Parlaments, die zur Rückberufung König Leopolds nach Belgien angesetzt worden war, mußte nach halbstündiger Dauer zeitweise vertagt werden. Die Sitzung hatte kaum begonnen, als die Abgeordneten, die die Rückkehr Leopolds ablehnen, laut zu schreien und auf die Bänke zu schlagen begannen. Sie forderten, die ältesten Mitglieder der beiden Kammern sollten den Vorsitz führen. Die Sitzung war von den Präsidenten des Senats und der Abgeordnetenkammer eröffnet worden. Was würde man in unserer Presse in Westdeutschland sagen, wenn nur die Kommunisten sich solcher unparlamentarischen Methoden bedient hätten. (Nach Reuter)

„Neues Leben" muß wieder erscheinen!

Fordert in allen Betrieben sofortige Freigabe der Stimme des Friedens

Ludwigshafen. In einer Protestresolution der Wohnbezirksgruppe IV des Stadtteiles Ludwigshafen-Nord der KPD, die auf der Sitzung am 5. Juli angenommen wurde, heißt es:

„Die Provokation der amerikanischen Imperialisten in Korea zeigt erneut in aller Deutlichkeit wie notwendig gerade heute der Kampf um die Erhaltung des Friedens ist Auch unsere Heimat am Rhein spielt, wie die Kriegsvorbereitungen an der Lorelei beweisen, in den Plänen der Kriegstreiber eine entschedende Rolle.

Die einzige Zeitung in Rheinland/Pfalz die entschieden und konsequent diese Kriegsvorbereitungen entlarvte und den Kampf für die Erhaltung des Friedens führte, „Neues Leben" wurde widerrechtlich auf unbestimmte Zeit verboten.

Wir fordern daher die sofortige Freigabe der Volkszeitung „Neues Leben" und rufen die Arbeiter in allen Betrieben auf, mit uns für die sofortige Freigabe der Friedensstimme „Neues Leben" zu kämpfen."

Im Streiflicht gesehen

Drohende Vulkanausbrüche in Indonesien

Djakarta. Unter den zahllosen Vulkanen Indonesiens, die sich wie eine dichte Kette über den gesamten Inselbogen hinziehen, beginnt es zu rumoren. Der berüchtigte Krakatau zwischen Java und Sumatra ist in Tätigkeit getreten. Ueber dem Berg, der seit seinem letzten verheerenden Ausbruch zur Hälfte im Wasser versunken ist, steht eine hohe Rauchwolke. Schlamm und Aschenbrokken wurden Hunderte von Metern in die Luft geschleudert. Die Bevölkerung der umliegenden Gebiete ist unruhig und besorgt. Bei dem gewaltigen Ausbruch im Jahre 1883 waren Tausende von Menschen ums Leben gekommen. Das dem Ausbruch folgende Seebeben hatte Hunderte von Kilometern weit die Siedlungen an den Inselküsten fortgeschwemmt. Die in die Luft geschleuderten Aschenmassen wanderten damals Jahrzehnte lang in den höheren Schichten der Atmosphäre rund um die Erde.

Nach dem Wiederbeginn der vulkanischen Tätigkeit des Krakatau wird jetzt auch eine neue Aktivität des Wahrzeichens von Bandung, des über zweitausend Meter hohen Vulkans Tangkuban Prahu, gemeldet. Die brodelnde Lava hat den Kraterrand auf über zweihundert Grad erhitzt. Alle Wege und Straßen auf dem mächtigen Vulkanmassiv wurden gesperrt. Man befürchtet eine ähnliche Katastrophe, wie sie im Jahre 1926 beim letzten großen Lavaausbruch riesige Schäden anrichtete. (Nach afp u. Reuter.)

Schwere Hagelschäden in Frankreich

Paris. (dpa.) 40 000 Hektar Getreidefelder wurden am Donnerstag im Departement Oise durch einen Hagelsturm zerschlagen. Der angerichtete Schaden beläuft sich auf vier Milliarden Francs (etwa 48 Millionen DM). In der Champagne wurden durch einen heftigen Hagelschlag die Weinstöcke schwer mitgenommen. Der Schaden beträgt hier 250 Millionen Francs (etwa drei Millionen DM.)

In der Nähe von Grenoble wurde ein 1300 Meter hoch gelegenes Dorf völlig eingeäschert. Infolge der hochsommerlichen Hitze fehlte es an Wasser zum Löschen.

Späte Wiedergutmachung

Belfast. Der Belfaster Fahrradhändler Henry Knight machte erstaunte Augen, als ihm dieser Tage fünf Pfund Sterling als Entschädigung für ein Fahrrad zugeschickt wurden, das von 27 Jahren vor seinem Geschäft gestohlen wurde. Auf einem anonymen Begleitschreiben standen lediglich die Worte „Es ging mir sehr schlecht, als ich das Fahrrad stahl." (Nach Reuter.)

Flugzeugabsturz bei Bückeburg — Drei Tote

Hannover. (dpa.) Bei Luftmanövern in der Nähe des Flugplatzes Bückeburg stießen am Donnerstagnachmittag ein britischer Spitfire-Jäger mit einem Avro-Anson-Transportflugzeug zusammen. Beide Maschinen stürzten ab. Die drei Insassen wurden getötet. Wie die britische Luftwaffendienststelle in Bückeburg erklärt, sind die Untersuchungen über die Ursache des Unglücks noch im Gange.

Nach Augenzeugenberichten soll die Spitfire plötzlich auf das Transportflugzeug herabgestoßen sein. Beide Maschinen fingen am Boden sofort Feuer.

Das Gesicht der Besatzungsmacht

Marktredwitz (NVZ) Am 1. Juli fand hier eine Versammlung mit dem Thema „Was war in Berlin los?" statt. Die Wunsiedler FDJ berichtete über das Pfingsttreffen der deutschen Jugend und machte in Marktredwitz sechs Neuaufnahmen.

Auf dem Heimweg von Marktredwitz nach Wunsiedel auf der Höhe von Sichersreuth wurden drei FDJler plötzlich von Angehörigen der Besatzungsmacht überfallen und ihrer Fahne sowie ihres Fahrrades beraubt. Da die Amerikaner bewaffnet waren, suchten die drei Freunde Schutz im nahen Wald. Die Soldaten eröffneten das Feuer und gaben etwa acht Schüsse ab. Als sie merkten, daß sie keinen FDJler mehr erwischen konnten belästigten sie die Passanten, nahmen ihnen Ausweise ab und demolierten Fahrräder. Die Vorgänge dauerten etwa 2 Stunden an, bis endlich die Landespolizei auf der Bildfläche erschien.

Titos Ruf nach USA-Kriegshilfe

Der Syngman-Rhee vom Balkan will Korea-Krieg nach Europa ziehen

Paris (EB). Marschall Tito hat an die Regierung der Vereinigten Staaten einen „dringenden Appell" gerichtet, in dem er um sofortige militärische Unterstützung bat, berichtet der bekannte amerikanische Journalist Drew Pearson in einer Meldung, die mehrere französische Abendzeitungen wiedergaben. Tito soll seinen Ruf nach militärischer Intervention der Amerikaner auf dem Balkan mit der Behauptung begründet haben, „fünf rumänische und bulgarische Divisionen seien an der jugoslawischen Grenze zusammengezogen worden". Genau wie Syngman-Rhee in Korea und ihr gemeinsamer Vorgänger Hitler will Tito Kriegsprovokationen mit erfundenen „Truppenmassierungen" verdecken.

Es ist klar, daß die amerikanischen Imperialisten, die mit Schrecken alle Fortschritte der Friedenskräfte registrieren müssen, neue Provokationen suchen, mit dem Ziel, einen dritten Weltkrieg zu entfachen.

Die französische offiziöse Zeitung „Le Monde" schreibt dazu: „Die amerikanischen Führer denken jetzt schon an eine empfindliche Erhöhung der Militärkredite und an die Ausarbeitung eines Mobilisierungsplanes ihres menschlichen und industriellen Materials ... Sie sehen mit kaltem Blut den neuen finanziellen Belastungen entgegen sowie einer teilweisen Wiederaufnahme der wirtschaftlichen Kontrollen und der eventuellen Einberufung von Reservisten".

West-Berlin verheimlicht Gefallenenliste von 120 000

Berlin. Seit Oktober 1948 befindet sich eine Totenliste mit 120 000 Kriegsopfern im Besitz einer Dienststelle im britischen Sektor Berlins. Von nur 6000 der Gefallenen wurden die Angehörigen durch diese Dienststelle benachrichtigt.

Die Entdeckung dieser Totenlisten geht auf die Beschwerde einer Berlinerin zurück, die durch Zufall erfuhr, daß der Tod ihres vermißten Mannes bei dieser Dienststelle bereits seit anderthalb Jahren bekannt war.

Die Berliner Bevölkerung ist empört über diese absichtliche Verheimlichung der Gefallenenliste, wodurch die Ungewißheit der Angehörigen über das Schicksal ihrer vermißten Söhne und Männer zu einer infamen Hetze gegen die Sowjetunion ausgenützt wird.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK — Baden-Württemberg

(Fortsetzung von Seite 1)

veranstaltet, als er der Landwirtschaft und der Konservenindustrie in Niedersachsen den Verkauf von Lebensmittel im Gesamtbetrage von mehr als 10 Millionen DM, darunter mehr als 2 Millionen DM Butter an die Deutsche Demokratische Republik ermöglichen wollte. Dieser Jakob Kaiser redet der Bevölkerung der Kolonie Westdeutschland vor, daß es den Deutschen in der DDR schlecht gehe, während sie aus eigener Kraft und dank der Hilfe der Sowjetunion und der volksdemokratischen Länder ihren Lebensstandard fortgesetzt erhöhen. Die Handelsverträge mit den Volksrepubliken Polen, Tschechoslowakei und Ungarn sind Hebel zur Auslösung neuer Kräfte, die neuen, raschen Aufstieg sichern werden.

Herr Jakob Kaiser hat sich im Bundestag durch den kommunischen Abgeordneten Walter Fisch sagen lassen müssen:

„Es gab einmal eine Zeit, da gaben Sie sich, als der „Brückenbauer" zwischen Ost und West aus. Dieses Unternehmen des Brückenbaues ist Ihnen mißlungen, als Sie plötzlich den guten Ton verloren und glaubten, Sie könnten bestimmten Vertretern der sowjetischen Besatzungsmacht zuprosten auf die baldige Herbeiführung einer neuen Teilung Polens. Sie kennen diese Dinge zu genau, als daß es nötig wäre, Sie an Einzelheiten zu erinnern."

Die Rundfunkrede des Herrn Jakob Kaiser am vergangenen Mittwoch fällt in die Zeit der Verhandlungen über den Schuman-Plan in Paris. Sie ist auch eine Begleitmusik dazu. Der Schuman-Plan ist ein Kriegsplan, und wenn Jakob Kaiser seinen Angriff gegen den Frieden und gegen die Einheit unseres Vaterlandes unternahm, getarnt als einen Angriff gegen die Kommunisten, so wird die Kommunistische Partei Deutschlands so wie es in der Erklärung der Kommunistischen Parteien Westeuropas zum Schuman-Plan heißt, es als ihre Pflicht betrachten, das Volk „und in erster Linie die Arbeiterklasse zum Kampf aufzurufen, um den Schuman-Plan der Versklavung und des Krieges zum Scheitern zu bringen."

I. H.

Im Zeichen des Friedenskampfes

Präsident Wilhelm Pieck begrüßt die ausländischen Schriftsteller

Berlin. (EB) Zum Abschluß des Kongresses des deutschen Schriftstellerverbandes empfing Präsident Wilhelm Pieck die in Berlin anwesenden ausländischen Gäste sowie den neugewählten Vorstand des deutschen Schriftstellerverbandes.

Der Präsident der Republik begrüßte die Gäste in einer Ansprache, die die neuen Errungenschaften der DDR würdigte und feierte die Anwesenheit des sowjetischen Schriftstellers Nikolai Tischonow, der der Vorsitzende des sowjetischen Komitees zur Verteidigung des Friedens ist, als ein Zeichen unserer Verbundenheit mit der Sowjetunion und ihrem Führer, Generalissimus Stalin. Nikolai Tischonow dankte dem Präsidenten im Namen der sowjetischen Delegation und Bodo Uhse, dem neugewählten Vorsitzenden des deutschen Schriftstellerverbandes im Namen des Komitees.

Atombombe - ihr „beruhigender Faktor"

„Es mag sein, daß die Russen nicht an das glauben, was die Amerikaner sagen . . . mindestens fangen aber die Briten, die Franzosen und die übrigen westlichen Alliierten wieder zu glauben an," schrieb der Kommentator der „New York Times", James Reston in der Wochenendausgabe vom 2. 7. 1950 in Bezug auf Korea. Doch allzu groß scheint dieser Glaube der Satteliten nicht zu sein. Sonst hätte die offiziöse Zeitung des französischen Außenministeriums „Le Monde" am selben Tage den Amerikanern nicht in einem Leitartikel empfohlen, ihre Kräfte „am rationellsten unter Berücksichtigung der Mittel jedes einzelnen (der westlichen Alliierten, d. Uebers.) . . . zu organisieren und dabei vor allem das wichtigste Aktionsfeld der Westmächte, das der Westen bleibt, nicht zu vergessen" und ihnen dabei gleich den Seitenhieb ausgeteilt:

„Es ist immer gefährlich, sich von den Ereignissen zwingen zu lassen."

Aber nicht nur die französischen Trabanten, sondern auch die amerikanischen Imperialisten selbst gewinnen schon den Eindruck, daß sie sich von ihren Dulles und McArthur in eine Lage treiben ließen, die, von ihrer moralischen Schwächung ganz abgesehen, auch vom militärischen Standpunkt aus für sie verhängnisvoll wird. Die „New York Times" kleidete dies in folgende Worte:

„Um das Prinzip zu verteidigen (das Prinzip, daß sich das koreanische Volk nicht von einer korrupten Großgrundbesitzerclique befreien darf, d. Verf.) mußte Truman das tun, was er am wenigsten tun wollte, Landstreitkräfte in einem strategisch schwierigen Gebiet einsetzen, während lebenswichtige Gebiete exponiert blieben."

Die amerikanischen Imperialisten haben sich tatsächlich bereits in eine Zwickmühle hineinmanövriert, die sich an einem und demselben Tage, dem 2. 7. 1950, in ihrer größten Zeitung, der „New York Times" widerspiegelte. An einer Stelle heißt es:

„Wenn wir nichts in Korea getan hätten, wären die politischen und psychologischen Folgen in Asien und der ganzen Welt katastrophal."

An einer anderen Stelle heißt es: „Wenn wir keine militärischen Siege erringen könnten, könnten die USA und die antikommunistische Welt viel schlechter dran sein, als wenn wir uns überhaupt nicht eingemischt hätten."

Widersprüchlich ist auch folgendes. Einerseits: „Es ist noch nicht klar, ob wir mit genügender Kraft und mit genügender Schnelligkeit vorgegangen sind; viel größere Verpflichtungen können nötig sein."

Andererseits: „Wenn wir keine schnellen und entscheidenden Erfolge erringen könnten, dann bestünde die Gefahr, daß wir größere Verpflichtungen in einem strategisch nutzlosen Gebiet unternehmen müßten, unter der Gefahr, uns selbst anderswo zu schwächen."

Die „New York Times", dieses maßgebliche Sprachrohr der Imperialisten, sieht sich zu dem Eingeständnis gezwungen, daß die mit viel Mühe und Aufwand getätigte Provokation in Korea die Sowjetunion nicht von ihrer konsequenten Friedenspolitik abgebracht hat, und bezeichnet es als „störend an der Lage, daß der Kreml keinen Krieg zu wählen braucht".

Es ist daher nicht erstaunlich, daß die dem Untergang geweihten Imperialisten auf dem Wege ihrer Provokationen weiterschreiten wollen und zur Drohung mit ihrem Atomgott Zuflucht nehmen. Die „New York Times" wirft diesen letzten vermeintlichen Rettungsanker des Imperialismus aus, indem sie schreibt: „Gegenüber all diesen traurigen Ahnungen gibt es glücklicherweise einige beruhigende Faktoren. Die westlichen Alliierten haben das schrecklichste Arsenal von Atomwaffen in der Welt."

Wie „beruhigend" der „Faktor Atombombe" aussieht, verriet uns der britische Luftwaffenspezialist Viscount Trenchard, der in seinen Mußestunden ausrechnete, daß an einer Atombombenfront monatlich 10 bis 20 Millionen Menschen vernichtet werden können.

Die Atomdrohung, mit der der sterbende Imperialismus die Menschheit zu ihrer „Beruhigung" verstärkt heimsuchen wird, je größer die Niederlagen sein werden, die er einstecken muß, ist die größte Gefahr für alle Völker. Es gibt nur ein Mittel, ihr zu begegnen, das ist die Gewinnung von Millionen und Abermillionen von neuen Unterschriften, die die Aechtung dieser grausamen Waffe der Menschenvernichtung fordern und das hundertmillionenfache vorherige Verdammungsurteil über jene Verruchten, die es wagen sollten, sie zuerst anzuwenden.

Nehmen wir uns ein Beispiel an jenen italienischen Friedenskämpfern, die unmittelbar nach der amerikanischen Einmischung in den Befreiungskampf des koreanischen Volkes verstärkt an die Unterschriftensammlung gingen, das Ergebnis in der eine Million Einwohner zählenden Stadt Mailand auf 750 000 Unterschriften steigerten und in der Provinz Bologna in den ersten fünf Tagen nach der USA-Einmischung in Korea 84 362 neue Unterschriften sammelten. Die durch die Unterschriftensammlung gesteigerte Hellhörigkeit der einfachen Menschen gegenüber den mörderischen Plänen der Imperialisten haben diese bisher von der Verwirklichung ihrer Atomdrohungen abgehalten und werden sie auch weiter davon abhalten, wenn die Zahl und die Entschlossenheit der Friedenskämpfer weiter gesteigert wird.

F. U.

Massenaustritte aus CDU

Lendenlahme Ausflüchte der CDU-Führung zum Ausschluß Dr. Gerekes

Hannover, (EB) Die beiden niedersächsischen CDU-Führer, Oberkirchenrat Cillien und der Generalsekretär der niedersächsischen CDU, Fratscher, versuchten am Dienstag auf einer Pressekonferenz in Hannover den Ausschluß Dr. Gerekes aus der CDU mit lendenlahmen Erklärungen zu rechtfertigen. Sie weigerten sich jedoch, den Journalisten den Wortlaut des Urteils bekanntzugeben, das von dem CDU-Ehrengericht gegen Dr. Gereke ausgesprochen wurde. ch

Der Beschluß der CDU, der die Mitarbeit an allen, auf Basis des gesamtdeutschen Gedankens stehenden Organisationen verbietet, sei „eigens im Hinblick auf Dr. Gereke gefaßt worden", erklärten die beiden niedersächsischen CDU-Führer weiter. Auch Massenbewegungen, wie die Nationale Front oder die immer stärker werdende Friedensbewegung in Westdeutschland, dürften CDU-Mitglieder bei Strafe des Ausschlusses aus der Partei nicht unterstützen.

Als „besonders empörend" bezeichnete es Fratscher ferner, daß westdeutsche Politiker bei Gesprächen in Berlin die Wahrheit gesprochen, und offen die große Not Westdeutschlands geschildert haben.

Nach der Pressekonferenz wurde bekannt daß in Niedersachsen bereits über 250 Mitglieder ihren Austritt aus der CDU erklärt und Dr. Gereke ihr Vertrauen ausgesprochen haben, der der niedersächsischen Wirtschaft durch seine Berliner Verhandlungen einen unschätzbaren Dienst erwiesen hat.

Offener Brief der sozialdemokratischen Aktion

Berlin. (EB.) Zu der Forderung, freie und demokratische Wahlen in ganz Berlin durchzuführen, nimmt der vorbereitende Ausschuß der sozialdemokratischen Aktion in Berlin in einem offenen Brief Stellung. In dem Brief, der an alle SPD-Wähler gerichtet ist, werden alle die, die für den Frieden sind, aufgefordert, ihre ganze Kraft für die Verteidigung des Friedens einzusetzen. „Der Parteivorstand der SPD", heißt es in dem Brief, „hat sich nicht zur Aechtung der Atomwaffe bekannt. Wir wissen, daß ein gespaltenes Berlin einen dauernden Gefahrenherd für den Frieden in der internationalen Politik darstellt. Aus diesem Grunde fordern wir die Einheit Berlins und freie demokratische Wahlen für ganz Berlin."

Schadenersatz fordern genügt nicht

Nur Abzug der Besatzung verhindert neue Schäden — Bamberger Tagung der Besatzungsgeschädigten erkennt Vorstoß der KPD an

Bonn. (EB.) Die Besatzungsgeschädigten müssen den Abgeordneten der KPD dankbar sein, daß sie ihre Angelegenheiten im Bundestag so nachdrücklich vertreten haben, erklärte der zweite Vorsitzende des Landesverbandes der Besatzungsgeschädigten in Bayern, Rechtsanwalt Dr. Nokher, auf einer Landestagung in Bamberg. Vor ihm hatte der Vorsitzende des Verbandes, Reiser, auf diese Tatsache hinweisend, erklärt, man kann hier sehen, wer sich für die Interessen des Volkes einsetzt und eingesetzt hat. Scharf wurde das Auftreten des CDU-Abgeordneten Dr. Vogel verurteilt, der im Bundestag den Vorstoß der KPD-Fraktion für die Besatzungsgeschädigten lächerlich zu machen versuchte.

Allein in Bayern gibt es etwa 600 000 Besatzungsgeschädigte, deren Vertreter der Bamberger Tagung eine Menge Material unterbreiteten, über die empörende Art, in der die Bseatzungsmacht das Recht deutscher Menschen mit Füßen tritt. Heute wissen wir, sagte der Landesvorsitzende, daß es darüber hinaus Geheimanweisungen gibt, die sich gegen die Wiedergutmachungsansprüche der Besatzungsgeschädigten richten. Die Besatzungsgeschädigten sollten sich aber auch die Worte einprägen, daß es nicht genügt, nur Ersatz für ihren Schaden zu verlangen, sondern daß es höchste Zeit ist, daß sämtliche Besatzungstruppen unser Land verlassen, damit nicht laufend neue Besatzungsschäden entstehen können. Sie müssen die Gefahr erkennen, die darin liegt, daß heute die Adenauer stützenden Parteien die Besatzungstruppen zu ihrer Schutzmacht erklären. Wenn sie dem nicht entgegentreten, dann besteht die Gefahr, daß sie nie mehr ihr Eigentum wiedersehen und nie mehr in ihre Wohnungen zurückkehren können.

Fortschrittliche Völker sind unbesiegbar

Gromyko erinnert die USA an das Schicksal bewaffneter Einmischung

Nachdem uns der Text der Erklärung des stellvertretenden Außenministers der UdSSR, Gromyko vorliegt, bringen wir nachstehend einen uns wesentlich erscheinenden Teil nachträglich zum Abdruck.

Die Geschichte kennt viele Beispiele, in denen durch Einmischung von außen versucht wurde, den Kampf der Völker um nationale Einheit und um demokratische Rechte abzuwenden.

Schon im vorigen Jahrhundert...

In Verbindung hiermit könnte man an den Krieg zwischen den Nord- und Südstaaten Nordkoreas in den sechziger Jahren des vorigen Jahrhunderts erinnern. Damals führten die von Lincoln angeführten Nordstaaten einen bewaffneten Kampf gegen die Sklavenhalter des Südens für die Abschaffung der Sklaverei und für die Erhaltung der nationalen Einheit des Landes. Die bewaffneten Streitkräfte der Nordstaaten, die vom Süden überfallen worden waren, haben sich bekanntlichch nicht darauf beschränkt, ihr Territorium zu verteidigen, sondern haben die Kriegshandlungen auf das Gebiet der Südstaaten ausgedehnt. Die Truppen der Plantagenbesitzer und Sklavenhalter, die vom Volk nicht unterstützt wurden, geschlagen, das im Süden bestehende Sklavenhaltersystem beseitigt und die Bedingungen für die Errichtung der nationalen Einheit geschaffen.

Es ist bekannt, daß damals einige Regierungen, so zum Beispiel die Regierung Englands, sich ebenfalls in die inneren Angelegenheiten Nordamerikas einmischten, und zwar zugunsten der Südstaaten gegen die Nordstaaten und gegen die nationale Einheit. Ungeachtet dessen errang das amerikanische Volk durch die fortschrittlichen Kräfte, die an der Spitze des Kampfes des Nordens gegen den Süden standen, den Sieg.

USA - Regierung intervenierte schon einmal

Es ist nicht überflüssig, auch an eine andere Lehre der Geschichte zu erinnern. In der Zeit nach der Oktober-Revolution in Rußland, als die reaktionären, zaristischen Generale, die Rußland in Stücke zu reißen suchten, mischte sich die USA-Regierung zusammen mit den Regierungen Englands, Frankreichs und einiger anderer Staaten in die inneren Angelegenheiten des Sowjetlandes ein und stellte sich auf die Seite der reaktionären zaristischen Generale, um die Einigung unseres Vaterlandes unter der Führung der Sowjetregierung zu verhindern.

Die Regierung der USA hat nicht vor der militärischen Intervention haltgemacht, indem sie ihre Truppen nach dem sowjetischen Fernen Osten und in das Gebiet von Archangelsk schickte. Die amerikanischen Truppen haben gemeinsam mit den Truppen anderer Länder aktiv die russischen, zaristischen Generale — Koltschak, Denikin, Judits ch und andere — in ihrem Kampf gegen die Sowjetmacht unterstütz, sie haben russische Bauern und Arbeiter erschossen und die Bevölkerung ausgeplündert.

Auch in diesem Fall haben die regierenden Kreise einiger ausländischer Staaten, indem sie den Frieden verletzten, mit Hilfe der bewaffneten Intervention versucht, das Rad der Geschichte zurückzudrehen, gewaltsam dem Volk das von ihm gestürzte und verhaßte Regime aufzuzwingen und eine Vereinigung unseres Landes zu einem einheitlichen Staat zu verhindern.

Es ist allen bekannt, welches Ende dieser Interventionsabenteuer genommen hat.

Es ist nützlich, auf diese historischen Beispiele hinzuweisen, da die Begebenheiten Korea und in einigen anderen Ländern Asiens und die aggressive Politik der Vereinigten Staaten gegenüber diesen Ländern in vielen an die oben erwähnten Ereignisse aus der Geschichte der Vereinigten Staaten und Rußlands erinnern.

Keine Hand für Rüstungsarbeit

Damit alle Schlote rauchen

Die DDR schafft die Voraussetzungen dazu

Dieser Tage läuft das innerdeutsche Handelsabkommen ab. Dieses Abkommen ist bis heute nur zu etwa einem Drittel erfüllt, und bis jetzt besteht keine Aussicht auf Verlängerung des Abkommens. Die Deutsche Demokratische Republik ist mit Lieferungen im Werte von rund 5 Millionen gegenüber Westdeutschland im Vorsprung, weil die amerikanisch beeinflußten Fachstellen in Frankfurt bei der Untergliederung der im Global-Abkommen festgelegten Warenposten Bestellungen und Lieferungen praktisch unmöglich machten. (Z. B.: Ein Einzelkauf in der Sparte „Kinovorführapparate" durfte nicht mehr als 5000 Mark betragen, ein einzelnes Vorführgeräte kostet aber über 8000 Mark, usw.) Sogar die britische Zeitung „Die Welt" schreibt auf Grund der üblen Manöver bei Ausschreibungen von Lohnveredelungsaufträgen: Wer so handelt, „macht sich verdächtig, den Interzonenhandel auf das tot Gleis zu schieben und eine Ausschreibung nur plakatieren zu wollen".

Die westdeutschen Firmen aber wollen liefern. Selbst wenn keine Verlängerung des Handelsabkommens vereinbart werden sollte, wollen sie direkte Kompensationsgeschäfte abschließen. Denn die westdeutsche Wirtschaft ist nach wie vor sehr hart getroffen durch die fremden imperialistischen Einmischungen in den innerdeutschen Handel, die u. a. im Februar 1950 zur Sperre jeder Stahllieferung von West- nach Ostdeutschland führte. Die Folge war: Zehntausende mehr Arbeitslose und gefüllte Lager. Die Verhinderung des Steinkohle-Braunkohleaustausches ließ die Kohle auf den Halden in Westdeutschland anwachsen.

Aber das gehört zum Plan der amerikanischen Monopolisten: Verschärfung der Krise, damit die westdeutsche Industrie um so leichter aufgekauft werden kann, und Millionen Erwerbsloser greifbar sind für ein blutiges Geschäft. Natürlich sollte dadurch auch die Erfüllung und Uebererfüllung des Volkswirtschaftsplans in der DDR verhindert werden. Daß ihnen dies nicht gelang, beweisen die Produktionsziffern des bereits übererfüllten Zweijahrplanes und die Vorbereitungen auf den ersten deutschen Fünfjahrplan, der im Entwurf bereits am 20. Juli dem III. Parteitag der SED vorliegen wird.

Die Erfolge der DDR sind nicht aufzuhalten. Die erweiterten Freundschafts- und Handelsabkommen mit den volksdemokratischen Ländern sind eine unerschütterliche Grundlage für die Aufwärtsentwicklung in der DDR.

Der Ministerrat nahm in einer außerordentlichen Sitzung den Bericht der vom Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, geführten Delegation über die Verhandlungen in Prag und Budapest entgegen.

Die Tatsache, daß in der Deutschen Demokratischen Republik die Grundlagen einer friedlichen demokratischen Ordnung geschaffen worden sind, hat es der Bevölkerung der Tschechoslowakischen Republik erst möglich gemacht, nach solchen faschistischen Schandtaten, wie denen von Lidice, sich zum Geiste der Freundschaft und des gegenseitigen Vertrauens gegenüber der DDR zu entschließen, betonte Walter Ulbricht, Stellvertreter des Ministerpräsidenten. Als unmittelbare Auswirkung dieser freundschaftlichen Verhandlungen wird durch ein Kreditabkommen der Handel zwischen den beiden Ländern gegenüber dem Vorjahr um 80 Prozent gesteigert werden. Noch in diesem Jahre werden über 1,4 Millionen Paar Lederschuhe von der Tschechoslowakischen Republik geliefert.

Der Abschluß eines auf 5 Jahre berechneten Handelsabkommens wurde in Besprechungen weitgehend vorbereitet. Der Vertiefung der wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen dienen ferner das Abkommen über technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit, das Protokoll über die kulturelle Zusammenarbeit, sowie das Protokoll über die Finanzierung von nichtkommerziellem Verkehr.

Die Verhandlungen mit Ungarn erfolgten auf einer neuen Basis. Das sind Völker, in deren Auftrage die beiden Regierungen die Verhandlungen führen ließen. Die traurigen Erfahrungen der Vergangenheit haben diese Völker belehrt. Sie wissen, daß sie ihre Befreiung der großen Sowjetunion verdanken, deren Unterstützung ein entscheidender Faktor im Aufstieg und in der demokratischen Entwicklung der beiden Länder ist. Im Abkommen über gegenseitige Warenlieferungen wurde der ursprünglich für 1950 geplante Umfang um 70 Prozent ausgeweitet. Dadurch wird die Einfuhr von bedeutenden zusätzlichen Mengen an Fleisch, Fett und Weizen ermöglicht. Auch mit der ungarischen Regierung wurden die erforderlichen Vorbesprechungen über den Abschluß eines auf 5 Jahre berechneten Handelsabkommens geführt. Vereinbarungen über die technische und wissenschaftlich-technische Zusammenarbeit und über die Finanzierung von nicht kommerziellem Verkehr wurden getroffen.

Die gesamtdeutsche Bedeutung dieser Verhandlungen unterstrich der Stellvertreter des Ministerpräsidenten, Walter Ulbricht, da die Delegation auch die wirtschaftlichen Interessen Westdeutschlands vertreten habe.

Es ist an den Werktätigen und Geschäftsleuten Westdeutschlands, dafür Sorge zu tragen, daß die notleidende westdeutsche Wirtschaft nicht mehr den imerialistischen Interessen der Kriegsbrandstifter untergeordnet wird. Ein erweitertes innerdeutsches Handelsabkommen wird einem friedlichen gesamtdeutschen Aufbau — ohne Erwerbslosigkeit und Existenzangst — dienen.

W. F. C.

Der amerikanische Krieg

Araber wollen nicht amerikanisches Kanonenfutter werden

Der führende Leitartikler unseres französischen Bruderblattes „L'Humanité", Pierre Courtade, hat am 1. 7. 1950 ein sehr treffendes Wort geprägt, als er schrieb, Truman und McArthur hätten in den ersten acht Tagen ihrer Intervention in Korea mehr getan, um ihr Ansehen zugrundezurichten, als dies durch 100 Pressekampagnen möglich gewesen wäre.

Einen Beweis dafür, wie recht er hat, lieferte die „New York Herald Tribune", die am 2. 7. 1950 einen Bericht ihres Kairoer Korrespondenten brachte, in dem dieser „große Besorgnis" über die Einstellung der 75 Millionen Araber zum Ausdruck bringt. Der Berichterstatter vergleicht die Stimmung in Kairo, wo die Zurückweisung des über die Rumpf-UN geforderten Freibriefes für die amerikanische Intervention in Korea durch die ägyptische Regierung „begeisterte Unterstützung" fand, mit der in Tunesien. Dort kam es anläßlich der imperialistischen Intervention in Korea zu einer Protestdemonstration gegen die den Imperialisten völlig hörige Marionettenregierung Mustafa el Kaak, in deren Verlauf eine größere Anzahl von Demonstranten von französischen Truppen niedergemetzelt wurden. Der Berichterstatter muß offen zugeben, daß „weder Aegypten, noch die anderen arabischen Länder irgendetwas mit dem koreanischen Konflikt oder mit einem daraus entstehenden Krieg zu tun haben wollen. Als Grund wird angegeben . . .. daß die Araber die westlichen Demokratien nicht als ihre Freunde ansehen."

Die Tatsache, daß die westlichen Kolonialherren in den Ländern Arabiens an Einfluß verlieren, — eine Tatsache, die auch in der Stimmenthaltung Aegyptens anläßlich der Korea-Resolution der Rumpf-UN ihren Niederschlag fand und die die „New York Herald Tribune" nun bestätigt — ist ein Faktor von nicht zu unterschätzender Bedeutung. Denn es ist bekannt, daß die Imperialisten darauf spekulieren, aus den 75 Millionen Arabern Kanonenfutter zu einem Krieg gegen die Sowjetunion zu rekrutieren. Auch dies ist eine für die amerikanischen Imperialisten recht angenehme Begleiterscheinung ihrer Einmischung in die ureigenen Angelegenheiten des koreanischen Volkes, mit der sie vielleicht nicht gerechnet haben, eine Entwicklung, die indessen das Lager des Friedens, und der Demokratie in der Welt weiter stärkt.

Wenn es um das Geschäft geht, kommen sie mit der Wahrheit heraus

Den britischen Imperialisten ist es bei der amerikanischen Intervention im Fernen Osten nicht ganz wohl. Zwar haben sie sich im Rumpf-Sicherheitsrat der Vereinten Nationen auch der amerikanischen Version von einem angeblichen nordkoreanischen Angriff auf Südkorea gebeugt und sich bereit erklärt, ihre Schiffe zur Niederschlagung der koreanischen Volksbewegung einzusetzen. Andererseits kommt ihnen die amerikanische Besetzung von Formosa recht ungelegen. Sie fürchten, daß diese Maßnahme Rückwirkungen auf ihre Bemühungen hat, mit China wieder ins Geschäft zu kommen und versuchen deshalb, sich von ihr zu distanzieren.

Nur wer diesen Hintergrund vor Augen hat, kann verstehen, warum die konservative Sonntagszeitung „The Observer" am 2. Juli 1950 schrieb:

„Aktionen in Korea auf See- und Luftunterstützung südlich des 38. Breitengrades zu beschränken (inzwischen ist bekanntlich diese Beschränkung durch Truppenlandungen im Süden und Bombardierungen von Frauen und Kindern auch in Nordkorea bereits aufgehoben, d. Verf.) und zu gleicher Zeit Formosa, das diplomatisch in einem ganz anderen Zusammenhang steht, zu besetzen, deutet auf eine Vermengung einer Polizeiaktion der Vereinten Nationen (mit Bomben auf Frauen und Kinder?, d. Verf.) mit einer Aktion hin, die beim Ausbruch eines allgemeinen Krieges angebracht wäre, wenn alles auf strategische Erwägungen ankommt . . . Es gibt nichts . . . was den rechtlichen und diplomatischen Status von Formosa ändert, ein Status, der bisher richtig dahingehend charakterisiert wurde, daß er ein Eingreifen in den chinesischen Bürgerkrieg nicht rechtfertige. Indem man Formosa dem amerikanischen Marineschutz unterstellt, begeht man eine solche Intervention."

Es ist anerkennenswert, daß die britischen Imperialisten, wenn ihr Geschäft zu leiden droht, die nötigen Worte finden, um eine Intervention auch eine Intervention zu nennen. Noch anerkennenswerter wäre es indessen, wenn sie die Wahrheit auch dann verkünden würden, wenn ihre Geschäftsinteressen nicht unmittelbar betroffen sind, wie im Falle Korea.

Rechtliche Basis „zweifelhaft"

Die Aufhebung der Bombenlinie, die es unseren Flugzeugen gestattet, oberhalb des 38. Breitengrades zu bombardieren, scheint eine zweifelhafte rechtliche Basis zu haben und dehnt sicherlich das Kriegsgebiet aus.

„New York Times".

Gegen Bodenreform hilft keine Intervention

Dieser Kampf (der militärische, der Uebers.) wird jedenfalls nur einen Teil der Probleme regeln. Wir müssen noch die Wirkung des anderen Aspektes der kommunistischen Politik in Asien einschätzen, nämlich die Bodenreform. Ihrer Wirkung kann man nicht durch militärische Interventionen begegnen.

„The Observer", London.

Amerikaner unter sich

Senator McCarthy (der berüchtigte „unamerikanische Ankläger" im Senat, d. Uebers.) erklärte, es sei vollkommen einwandfrei gewesen, daß er von dem jetzt bankrotten Lustron-Konzern, einer Gesellschaft für im voraus gebaute Häuser, 10 000 Dollars für das Schreiben einer Broschüre über Hausbau annahm. Er sagte, seine Handlung sei genau so einwandfrei gewesen, wie es für den Vizepräsidenten Barkley gewesen sei, 5000 Dollars für eine Rede anzunehmen oder für den republikanischen Senator von Oregan, Morse, 500 Dollars für eine Rede zu nehmen.

„The New York Times, 3. 7. 1950.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Offener Brief an François Poncet

Landessekretariat Rheinland-Pfalz fordert Aufhebung des Verbots der Friedensstimme „Neues Leben"

An den
Hohen Kommissar der französischen
Republik in Deutschland
Godesberg

Werter Herr Oberkommissar!

Seit dem 21. Juni 1950 ist unsere Volkszeitung „Neues Leben" von Ihnen auf unbestimmte Frist verboten worden. Als Grund des Verbots wurde uns erst nach einigen Tagen auf mehrmaliges Ansuchen schriftlich mitgeteilt, „Neues Leben" habe gegen das Gesetz 5 verstoßen, weil es einen Aufruf des Landesfriedenskomitees zum Abdruck gebracht habe.

Das Landessekretariat der KPD Rheinland-Pfalz kann Ihrer Begründung nicht folgen. Die Veröffentlichung des Aufrufes des Landesfriedenskomitees erfolgte, nachdem dieser Aufruf auch anderen Zeitungen und der dpa-Pressestelle zugesandt worden war. Tatsächlich wurde der Aufruf auszugsweise von der dpa verbreitet und in anderen Zeitungen von Rheinland-Pfalz veröffentlicht.

Das Landessekretariat sieht daher in dem Verbot von „Neues Leben" eine einseitige Maßnahme, die sich gegen die einzige Zeitung in Rheinland-Pfalz wendet, die konsequent und unbeeinflußt den Kampf um den Frieden führt. Diese Auffassung des Landessekretariates wird erhärtet durch die Tatsache, daß „Neues Leben" bereits mehrfach wegen seines Eintretens für den Frieden verfolgt und verboten wurde. Das Landessekretariat erinnert in diesem Zusammenhang an die an „Neues Leben" gerichtete Aufforderung der französischen Militärregierung, daß es ihm verboten sei, über Kriegsvorbereitungen in Rheinland-Pfalz zu berichten. Diese Aufforderung, die jedem demokratischen Grundsatz von Pressefreiheit widerspricht, erging an „Neues Leben", weil dieses Blatt über die Sprengvorbereitungen an der Lorelei berichtet hatte.

Es ist jedoch Tatsache, daß über diese Sprengvorbereitungen inzwischen in allen Zeitungen Deutschlands und des Auslandes berichtet wurde. Selbst die amerikanische Presseagentur Associadet Press gab die Richtigkeit der von „Neues Leben" gemeldeten Tatsachen zu. Der Hohe Kommissar der USA in Deutschland, McCloy, hat ebenfalls die Richtigkeit der Meldung bestätigt.

Tatsache ist, daß über die Sprengvorbereitungen an der Lorelei auch eine Erklärung der französischen Besatzungsbehörde vorliegt, die den Tatbestand zugibt. Tatsache ist, daß in zahlreichen Zeitungen (Münchener Illustrierte „Quick", „Allgemeine Zeitung" Mainz u. a.) Abbildungen über die getroffenen Sprengvorbereitungen veröffentlicht wurden.

Die Verfolgung von „Neues Leben" und das inzwischen ausgesprochene Verbot dieser Friedensstimme muß deshalb als eine einseitige Maßnahme gegen den Friedenskampf der ehrlichen, friedliebenden Kräfte in Rheinland-Pfalz betrachtet werden. Tatsache ist, daß im Gegensatz zu den Redakteuren der bürgerlichen Lizenzpresse, die Redakteure von „Neues Leben" zum großen Teil während der Hitlerzeit unter Einsatz ihres Lebens konsequent und unerschrocken den Kampf gegen die faschistische Tyrannei geführt haben. Sie haben in den Konzentrationslagern, in den Widerstandsbewegungen des In- und Auslandes den Kampf für die Demokratie und den Frieden und für die Befreiung der unterdrückten Völker vom deutschen und italienischen Faschismus geführt. Sie haben französischen Gefangenen Hilfe geleistet und sie vor faschistischen Greueltaten gerettet. Sie haben mit der Waffe in der Hand an der Seite der Alliierten Truppen für den Sieg der demokratischen Kräfte gekämpft.

Die Zeitung „Neues Leben" zu verbieten, heißt deshalb, die Stimme der ehrlichen und friedliebenden Deutschen zum Schweigen zu bringen. „Neues Leben" zu verbieten heißt, den alten und neuen Faschisten in Westdeutschland Hilfe zu leisten.

Das Landessekretariat der KPD Rheinland-Pfalz erklärt in aller Offenheit, daß es den Kampf um den Frieden verstärkt weiterführen wird. Denn der Kampf um den Frieden ist der Kampf um das Leben der Völker, auch des französischen Volkes. Das Landessekretariat der KPD und die Redaktion „Neues Leben" fühlen sich in diesem Kampfe einig mit den Millionen tapferer Kämpfer des Friedens in Frankreich, mit den französischen Kardinälen und Bischöfen, die sich in einem Aufruf für den Kampf um den Frieden erklärten.

Weil wir unsere schöne Heimat lieben, weil wir nicht wollen, daß Millionen unschuldiger Frauen und Kinder in einem grauenvollen Atomkrieg untergehen sollen, weil wir nicht wollen, daß Europa zu einer rauchenden und sterbenden Trümmerstätte werden soll, deshalb bekennen wir uns zum Frieden, deshalb bekämpfen wir alle Vorbereitungen, die eine Gefahr für den Frieden und das Leben der Völker sind.

Das Landessekretariat der KPD Rheinland-Pfalz entnimmt aus der Erklärung des Vertreters der französischen Militärregierung an den Pressevertreter der amerikanischen Associadet Press, Well Gallgher, daß diese Anordnung zur Anlage von Sprengvorbereitungen nicht auf Anweisung der französischen Besatzungsbehörde erfolgt und nicht nur in der französischen Zone, sondern in ganz Westdeutschland und darüber hinaus auch in Westeuropa vorgenommen wird.

Die Erklärung zeigt die riesengroße Gefahr, die den Völkern Europas droht. Sie wird verstärkt durch das Auftreten neofaschistischer Elemente in Westdeutschland, die ungehindert ihre antidemokratischen Pläne entwickeln können. Sie wird auch verstärkt durch das Aufkommen faschistischer Zeitungen, das Wiederauftauchen früherer Redakteure von Zeitungen der NSDAP im öffentlichen Leben, und die sich ins Uferlose mehrenden Veröffentlichungen von Lebenserinnerungen und Biographien ehemaliger Hitlerischer Kriegsverbrecher und faschistischer Generale in der Lizenzpresse und illustrierten Zeitschriften Westdeutschlands. Das Landessekretariat stellt fest, daß gegen diese dem Geiste der Völkerverhetzung und dem Rassenhaß dienende Propaganda in Westdeutschland durch die Besatzungsbehörde nicht eingeschritten wird. Wenn dagegen einseitig die antifaschistische demokratische und friedliebende Presse verfolgt wird, so ist das ein glatter Verstoß gegen die von den Alliierten in Potsdam zugesicherten Versprechen, dem deutschen Volke im Kampf gegen den Faschismus und Militarismus und bei der Schaffung einer wirklichen Demokratie zu helfen.

Das Landessekretariat der KPD erwartet daher von Ihnen, Herr Oberkommissar, daß Sie Ihre Verbots- und Verfolgungsmaßnahmen gegen die Friedensfreunde zurücknehmen und im Sinne der in Potsdam gegebenen Verpflichtungen den Friedensfreunden in Westdeutschland helfen, erfolgreich und überall den Kampf gegen die Remilitarisierung, den Neofaschismus und die Kriegsvorbereitungen führen zu können.

„Jedes Mitglied der Freien Deutschen Jugend, jeder junge deutsche Patriot sowohl in Ostdeutschland als auch in Westdeutschland muß es sich zur Aufgabe machen, in den Betrieben, in den Schulen, in den Kontoren, auf dem Lande, in den Städten, in den Dörfern, in allen Häusern eine breite Aufklärungsarbeit über die Notwendigkeit eines verstärkten Kampfes für den Frieden zu leisten."

Aus dem Friedensaufgebot der deutschen Jugend.

Falken lehnen Hetze ab

Die fortschrittlichen „Falken" machen die Hetze gegen die Deutsche Demokratische Republik und die Völker des Ostens nicht mehr mit. So erklärten „Falken" aus Hamburg: „Wenn man von einer Regierung sagen kann, daß sie etwas für die Jugend getan hat, so ist es die Regierung der Deutschen Demokratischen Republik. Das haben die fortschrittlichen „Falken" beim Deutschlandtreffen in Berlin erkennen können.

Wir fordern die Mitglieder auf, gemeinsam mit allen fortschrittlichen Jugendorganisationen die Regierung der Bundesrepublik zu zwingen, die Jugend in dem Maße zu unterstützen, wie es in der Deutschen Demokratischen Republik der Fall ist. Wir fortschrittlichen „Falken" betrachten die FDJ als Bruderorganisation und stellen uns voll hinter ihren mutigen Kampf für Frieden und ein besseres Leben."

Die Antwort der jungen Generation

„Unsere Antwort auf die Sprengvorbereitungen am Loreleifelsen und an den Rheinuferstraßen, die auf Befehl der westalliierten Hohen Kommission durchgeführt werden, ist die konsequente Erfüllung aller Aufgaben im Friedensaufgebot der deutschen Jugend", heißt es in einer Entschließung des Landesvorstandes Sachsen der FDJ. In der Resolution wird weiter betont, daß die Anschläge der westlichen Imperialisten doch zum Scheitern verurteilt seien, da sie auf den Widerstand der mächtigen über 800 Millionen Menschen umfassenden Weltfriedensfront stoßen.

Sprengstoff-Attentat gegen den Frieden!

Wie gemeine Provokateure den Friedenskampf der Jugend diffamieren wollen

Ab 6. Juli findet vor dem mittleren Militär-Gericht der amerikanischen Besatzungsmacht in Bremerhaven ein Prozeß statt, der Aufschluß über einen der ungeheuerlichsten Provokationsakte der Nachkriegszeit geben wird.

In diesem Prozeß sind die Rollen vertauscht. Die man als Angeklagte vor die Schranken des Militärgerichts zerrt, kommen aus ordentlichen Verhältnissen. Die wirklich Schuldigen stehen nicht unter Anklage. Sie stehen unter höherem Schutz und genießen alle Rechte, die bezahlte Kreaturen bei Provokations-Affären zu genießen pflegen.

Neun durchaus ordentliche, unbescholtene Menschen, darunter acht Jugendliche im Alter von 15 bis 21 Jahren stehen vor dem Militärrichter. Sie sind angeklagt, ein Sprengstofflager angelegt, aus dessen Bestände Sprengplatten entnommen und zu terroristischen Zwecken aufbewahrt zu haben.

Die gründliche Untersuchung dieser Affäre enthüllt ein hinterhältiges Komplott. Hier sind die Tatsachen:

1. Mitglieder einer Jugendorganisation unter amerikanischer Aufsicht, des Boys Club, haben Anfang Mai einigen Mitgliedern der FDJ Sprengstoffe des seit vielen Jahren im Bremerhavener Bürgerpark befindlichen Lagers von Munition und anderem Kriegsmaterial der ehemaligen deutschen Wehrmacht angeboten. Zwei von den vier Mitgliedern dieser amerikanischen Jugendorganisation sind seltsamerweise späterhin auch der FDJ beigetreten.

2. Die, den Mitglieder der FDJ übergebenen Sprengstoffe sind bereits kurze Zeit danach von dem besorgten Vater, eines der Jugendlichen, der eine Provokation vermutete, durch Versenkung im Schlamm der Geeste vernichtet worden.

3. „Zufälligerweise" tritt nun als Ankläger in dieser Angelegenheit ein Herr auf, der bereits in einigen Provokations- und Agentenaffären gegen Funktionäre der KPD eine führende Rolle gespielt hat. Dieser Herr verfügt in allen diesen Fällen über bedeutende Geldsummen, mit denen er die Provokateure und Agenten gegen die KPD bezahlte. Der Name dieses Herrn ist Mr. R. Weinschenk, Angestellter der CIC des amerikanischen Geheimdienstes, mit dem Amtssitz in Bremen, Schwachhauserheerstraße. Mr. Weinschenk ist „zufällig" über die Wanderung der Sprengstoffe aus den Händen der Mitglieder der amerikanischen Jugendorganisation in die Hände der FDJ genauesten orientiert.

Die Provokateure handeln nach bekannten Beispielen

Vor 23 Jahren ging durch die ganze Welt eine Welle der Empörung aller anständigen Menschen gegen den Provokationsakt der amerikanischen Polizeigewaltigen gegen die beiden Arbeiterführer Sacco und Vanzetti, die man mit einer Sprengstoffaffäre belastete, um sie mit Hilfe kriminieller Beschuldigungen über den elektrischen Stuhl in den Tod zu schicken.

Vor 17 Jahren startete Göring den Reichstagsbrand, bezeichnete als die Brandstifter die KPD, um mit Hilfe dieser Provokation die Vorkämpferin in der Front gegen Hitler zu belasten, um im Schutze einer antikommunistischen Panikstimmung den Staatsstreich, die Einleitung zum Unglück unseres Volkes durchführen zu können.

Zahlreich sind die Beispiele provokatorischer Akte der Imperialisten und Kriegstreiber gegen die Arbeiterbewegung und ihren Kampf für den Frieden und die Freiheit der Menschen.

Auch in diesem Falle, der sich auf dem Boden unseres Landes abspielt, ist die Absicht der Provokateure im Hintergrund klar: **Sie wollen den Kampf für den Frieden mit schmutzigen Affären diffamieren.**

Im selben Augenblick, wo alle friedliebenden Menschen vor dem Ausbruch eines dritten Weltkrieges zittern,

im selben Augenblick, wo es klar wird, daß die Friedenskämpfer den Provokateuren das Handwerk legen,

im selben Augenblick, wo die Bremer Hafenarbeiterschaft Beschlüsse faßt, wonach sie sich weigert, den amerikanischen Krieg in deutschen Häfen auszuladen,

im selben Augenblick, wo das Volk in Bremen nicht mehr nur vom Frieden spricht, sondern beginnt, die Pläne der Kriegsorganisatoren zu durchkreuzen,

im selben Augenblick, wo in Bremen ein Friedenskongreß zusammentritt, an dem als Zeugen internationaler Solidarität Vertreter der Hafenarbeiter aus vielen europäischen Häfen auftreten,

in diesem selben Augenblick starten die Hintermänner der Sprengstoffaffäre diesen Prozeß, mit dem sie beabsichtigen, die Friedenskämpfer als Sprengstoffattentäter zu diskreditieren, so wie es Göring 1933 bei seiner Brandstiftung gegenüber den Kommunisten versuchte.

Kein Deutscher glaubt den Organisatoren der Bremer Sprengstoffaffäre ein einziges Wort.

Kein Deutscher läßt sich mit Hilfe bezahlter Agenten gegen seine eigenen Landsleute aufhetzen.

Kein Deutscher läßt sich als Hilfspersonal der Kriegsorganisatoren mißbrauchen.

Kein Deutscher kann mehr Respekt haben vor den Zeitungen in deutscher Sprache, die sich zu Helfershelfern der Provokateure degradieren.

Kein Deutscher läßt sich für den Krieg anwerben.

Schlagt den Provokateuren ihre schmutzigen Waffen aus der Hand. Entlarvt die Kriegstreiber, die aus Westdeutschland

ein zweites Südkorea machen wollen.

Alle Kräfte für den Frieden! Jetzt erst recht:

Tausende neue Unterschriften für die Aechtung der Atombombe.

Jetzt erst recht:

Unverbrüchliche Solidarität aller friedliebenden Menschen im Kampf um die Verhinderung eines neuen Weltkrieges!

Jugend an Heuß und Adenauer

Bundesregierung soll Friedenstreffen unterstützen — Aber Heuß und Adenauer haben „keine Zeit"

Im Zusammenhang mit der Vorbereitung des großen Friedenstreffens der deutschen Jugend in Westdeutschland am 30. September hat die Konferenz junger Friedenskämpfer, die kürzlich in Essen tagte, an die Regierung der deutschen Bundesrepublik in Bonn einen Offenen Brief gerichtet, den wir im folgenden gekürzt wiedergeben:

„Hochverehrter Herr Bundespräsident!

Als Vertreter und Mitglieder von 20 verschiedenen Jugend-Organisationen haben wir uns zusammengefunden, um angesichts der drohenden Gefahr eines neuen Weltkrieges gemeinsam über die Sicherung unserer Zukunft zu beraten.

Wir fühlen uns, wie Millionen andere friedliebende Menschen, durch das skrupellose Verhalten einiger verantwortungsloser Politiker beunruhigt, die mit der Atombombe, der gefährlichsten Menschenvernichtungswaffe, das Leben und die Gesundheit von Millionen Männern, Frauen und Kindern bedrohen. Wir haben die grauenvollen Tage und Nächte der Bombenangriffe miterlebt, haben unter tiefen Schmerzen die besten und liebsten Menschen, die wir besaßen, unsere Frauen, Mütter und Schwestern, im Bombenhagel zugrunde gehen sehen.

Höchste Pflicht: Frieden erhalten

Aus diesem Grunde sind wir bereit, alle unsere Kräfte für die Sache des Friedens einzusetzen. Weil wir wissen, daß es nicht allein genügt, den Frieden zu wollen und ihn aus tiefstem Herzen zu lieben, sehen wir es als unsere hohe Verpflichtung an, jede Maßnahme zum Verbot und zur Aechtung der Atombombe tatkräftig zu unterstützen.

Durchdrungen von dem Bewußtsein, im Interesse des deutschen Volkes und vor allem seiner jungen Generation zu handeln, haben wir beschlossen, am 1. Oktober 1950 im Ruhrgebiet ein großes Treffen der friedliebenden Jugend Westdeutschlands durchzuführen. Wir wollen mit diesem Treffen von hunderttausend friedliebenden jungen Menschen unserem gemeinsamen Willen zur Aechtung der Atombombe Ausdruck verleihen und vor allem unseren Nachbarvölkern unsere Friedensliebe beweisen.

Kämpft mit uns!

In der festen Annahme, daß auch Sie, hochverehrter Herr Bundespräsident, für das Verbot der Atombombe sind, und gemeinsam mit uns die große Gefahr für die deutsche Jugend erkennen, unterbreiten wir Ihnen folgendes Ersuchen:

1. Wir bitten Sie, im Interesse eines friedlichen und glücklichen Lebens der gesamten Jugend in Westdeutschland und im Interesse des deutschen Volkes, auch Ihre Unterschrift zur Aechtung der Atomwaffe zu geben, um damit zu zeigen, daß auch Sie gegen den Krieg sind.
2. Wir bitten Sie, allen Jungen und Mädel, die am Friedenstreffen im Ruhrgebiet teilnehmen werden, bei der Beschaffung von Transportmitteln zu helfen und ihnen stark ermäßigte Fahrpreise zu genehmigen.
3. Wir bitten Sie, die entsprechenden Stellen im Bundesministerium anzuweisen, daß sie die Verpflegung und Unterbringung unserer 100 000 Friedensfreunde mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln unterstützen.
4. Wir bitten Sie, in Absprache mit den verantwortlichen Instanzen im Bundesministerium, der friedliebenden Jugend in Westdeutschland zur Durchführung ihrer großen Aufgaben im Kampf um den Frieden eine entsprechende finanzielle Unterstützung zu gewähren.

Dieses Friedenstreffen wird ein Meilenstein auf dem Wege in eine glückliche Zukunft der jungen Generation sein. Deshalb bitten wir Sie höflichst, unser Schreiben zu prüfen und den darin enthaltenen Bitten im Interesse der friedliebenden deutschen Jugend, des gesamten deutschen Volkes und des Friedens zu entsprechen."

Heuß und Adenauer hatten keine Zeit

Dieser Offene Brief sollte von einer Delegation des Komitees junger Friedenskämpfer in Westdeutschland, bestehend aus Mitgliedern von fünf Jugendorganisationen und einem unorganisierten Jugendlichen, dem Bundespräsident und dem Bundeskanzler übergeben werden. Als die Delegation zu diesem Zwecke auf der Viktorshöhe — dem Wohnsitz des Bundespräsidenten Heuß — erschien, wurde nur der Delegationsführer zum Chef der Polizeimannschaften des Bundespräsidenten vorgelassen, während man den übrigen Delegationsmitgliedern den Zutritt in den Park verwehrte. Der Chef der Polizeimannschaft erklärte, daß der Bundespräsident Besuch der Schuman-Plan-Vertreter aus Frankreich und des Hohen Kommissars habe und deshalb die Delegation nicht empfangen könne. Außerdem würde der Bundespräsident am 30. Juni 1950 in Urlaub fahren. Er wolle jedoch dafür sorgen, daß der Brief so schnell wie möglich beantwortet würde.

Auf dem Bundeskanzleramt wurde die Delegation von der Sekretärin des Bundeskanzlers im Flur abgefertigt. Sie erklärte, der Bundeskanzler bedürfe nach seiner langen Krankheit unbedingter Schonung und die Beantwortung des Briefes müßte auf einige Zeit zurückgestellt werden.

Wir waren in Berlin

Meine Erlebnisse beim großen Friedenstreffen der Jugend an Pfingsten 1950 in Berlin

Es war in einer schwülen, sternklaren Mainacht, genau waren es noch 10 Minuten bis 24 Uhr, als wir in Mellrichstadt, dem westdeutschen Grenzdorf ankamen. Wir waren seit 14 Uhr mit unseren 27 Berlinfahrern aus Mannheim und Heidelberg unterwegs. Vor dem Bahnhof standen etliche Grenzpolizisten die uns zur Kontrollierung der Kennkarten festhielten und zum Grenzpolizeirevier mitnahmen.

Zwei von unseren Freunden, die die Führung über uns hatten, wurden stundenlang von einem CID-Beamten über Berlin verhört und kamen dann in ein Gefängnis in Bad-Neustadt, wo sie nach zweitägiger Haftdauer entlassen wurden. Trotz unserer Reklamationen mußten wir teils im Flur wartend, teils auf den Treppen sitzend, bis morgens um 6 Uhr warten, bis wir unsere Kennkarten mit dem Stempel „Grenzpolizeistelle Mellrichstadt, zurückgewiesen" versehen, zurückbekamen. Wir sind, wie aus dem Stempel schon hervorgeht, zurückgewiesen worden, gingen aber nur ein Dorf zurück, um am Abend erneut den Versuch zu unternehmen, über die Grenze und somit nach Berlin zu kommen.

Und wir kamen hinüber!

Und wir kamen hinüber. Nach achtstündigem Marsch waren wir endlich soweit, daß wir sagen konnten: Hier ist die Grenze und dort ist schon die DDR! Die ersten, die wir zu Gesicht bekamen, waren ein Rotarmist mit zwei Volkspolizisten, die uns mit Hallo begrüßten, denn sie hatten schon auf uns gewartet. Sie begleiteten uns in die Grenzstation, wo sofort Feuer gemacht wurde, da wir durchfroren und naß waren nach diesem Marsch.

Nachdem wir wieder erwärmt waren, kam ein Auto und fuhr uns nach Meiningen, eine Kreisstadt mit 24 000 Einwohnern. Hier war auch die Sammelstelle für westdeutsche Berlinfahrer. Das war nun Dienstag früh vor Pfingsten.

Jeder Berlinfahrer bekam als Spende der Stadt DM 5.- geschenkt. Ferner konnten wir am Abend ein Kino kostenlos besuchen und hatten ebenfalls Gelegenheit, einen volkseigenen Betrieb, sowie das dortige Amtsgericht zu besichtigen.

Wir waren im Volkshaus untergebracht. Die Verpflegung war sehr gut. Am Abend begleiteten wir 4000 Meininger FDJler zum Bahnhof, wo sie unter Fanfarenklängen in Richtung Berlin abfuhren.

Am nächsten Nachmittag war es auch für uns soweit. Wir bekamen einige Sonderwagen angehängt, denn nun fuhren alle Freunde die in der Zwischenzeit eingetroffen und registriert waren. Zunächst ging es bis Erfurt. Hier hatten wir einen glänzenden Empfang. Auf dem Bahnsteig wimmelte es von FDJlerinnen und FDJlern. Vor dem Bahnhof standen noch etwa 100 Volkspolizisten, die uns aufs herzlichste begrüßten. Wir bekamen unsere Koffer und Taschen förmlich aus der Hand gerissen, sie stritten sich, wer unsere Sachen tragen durfte.

Wir gingen dann bis zur Stadthalle, wo schon alles auf uns wartete. Hier unterhielten wir uns auch mit Freunden aus der DDR. Bei diesem gemütlichen Zusammensein verflogen die 4 Stunden Aufenthalt, die wir hatten, wie im Traume.

Kurz vor Mitternacht traten wir unsere letzte Etappe an. Diesmal im Sonderzug direkt nach Berlin. Am Donnerstag früh waren wir in Berlin-Weißensee in unsere Quartiere eingeteilt.

Der große Kongreß

Am Samstagnachmittag um 14 Uhr begann der Kongreß junger Friedenskämpfer in der neuerrichteten Werner-Seelenbinderhalle. Es waren 10 000 junge Friedenskämpfer, die ein einmaliges Zeugnis für den Frieden ablegten. Wir westdeutschen Friedenskämpfer wurden von unseren Schwestern und Brüdern aus der DDR mit einem Riesenbeifall empfangen. Was überhaupt den Beifall anbelangt, so war dies ein Erlebnis für sich. Ob es nun Max Reimann, Guy de Boisson oder Hsu li Chuen war, alle wurden sie auf das Herzlichste begrüßt. Der ganze Kongreß hat einen solchen Eindruck auf uns hinterlassen, daß wir ihn nie wieder vergessen werden.

Man kann gar nicht alles berichten

Der Höhepunkt des Deutschlandtreffens war aber die Friedensdemonstration der 700 000, die in Berlin erschienen waren, um für den Frieden zu kämpfen. Wir zogen in diesem achtstündigen Protestmarsch an Wilhelm Pieck, Max Reimann sowie an allen großen Friedenskämpfern, die auf der Ehrentribüne standen, vorbei.

Man kann gar nicht alles berichten, was man in diesen Tagen Großes erlebt hat. Am Sonntagnacht war das Riesenfeuerwerk auf dem Turmberg. So etwas ergreifendes werden wir auch nicht mehr so schnell erleben. Am Pfingstmontag war von uns eine Delegation bei der Kranzniederlegung am Ehrenmahl der gefallenen Sowjets. Hier waren auch tausende FDJler erschienen, um bei dieser Gedenkstunde dabei sein zu können.

Der zweite Höhepunkt erfolgte dann in der Nacht, als sämtliche Friedenskämpfer im Fackelzug marschierten und ihre Fackel als Friedensbekenntnis brennend über sich trugen. Und der Friedensschein dieser 700 000 Fackeln hat nicht nur den demokratischen Sektor beschienen, nein, er ist bis weit hinüber in die Westsektoren eingedrungen, auch in manches Herz.

„Das Deutschlandtreffen ist geglückt, Adenauer wird verrückt". Mit dieser Losung sind wir am Dienstagabend in Richtung Mannheim wieder abgefahren. Nach fünfzehn Stunden Omnibusfahrt kamen wir in Offleben, einem Grenzort in der britischen Zone, an und sind mit wehenden Fahnen sowie unseren blauen Hemden über die Grenze. Die Bundesbahn mußte uns dann einen Sonderzug bis nach Fulda zur Verfügung stellen und wir kamen glücklich und wohlbehalten am Donnerstag früh um 7 Uhr im Mannheimer Hauptbahnhof an.

Aber das Ganze, was wir in Berlin erlebt haben, werden wir auswerten im Kampf für den Frieden, denn das haben wir in Berlin erfahren: dafür müssen alle Menschen noch viel mehr tun!

G. G., Mannheim

Hände weg von Korea!

Nachstehende Resolution wurde am vergangenen Wochenende von den Funktionären der FDJ, die in Stuttgart tagten, verabschiedet:

„Die Landeskonferenz der Funktionäre der Freien Deutschen Jugend Württemberg-Baden verurteilt voller Empörung die verbrecherische und völkerrechtswidrige militärische Aggression der amerikanischen Regierung in Korea. Die berechtigte Abwehr der Volksrepublik Korea gegenüber den auf Anordnung der USA von der südkoreanischen Regierung durchgeführten Provokationen benutzte Präsident Truman, um unter Verdrehung der Tatsachen, ganz Ostasien zu einer militärischen Basis auszubauen und die Sowjetunion zu provozieren. Die Ereignisse beweisen, daß die amerikanischen Milliardäre und ihre Militärclique den dritter Weltkrieg auslösen wollen.

Die friedliebende deutsche Jugend steht auf der Seite des koreanischen Volkes und verfolgt mit heißer Bewunderung dessen heldenhaften und erfolgreichen Kampf gegen die amerikanischen Eindringlinge und gegen die brutale Diktatur der südkoreanischen Marionettenregierung.

Die friedliebende deutsche Jugend und koreanische Jugend stehen im Kampf gegen den gleichen Feind. Jeder Erfolg ist ein gemeinsamer Erfolg! Deshalb wird die Freie Deutsche Jugend kein Opfer scheuen, um den Kriegstreibern in Deutschland immer schwerere Schläge zu versetzen und ihre Pläne zu durchkreuzen.

Korea den Koreanern!
Deutschland den Deutschen!
Für Korea und Deutschland: Friede und Freiheit!

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Es ist Zeit zum Nachdenken

Auf einer Pressekonferenz erklärte der Leiter des Mannheimer Arbeitsamtes, Regierungsdirektor Kuhn, daß sich in letzter Zeit viele Arbeitssuchende erkundigen, ob es nicht möglich sei, als Soldat bei den Besatzungsmächten unterzukommen. Außerdem versuchten viele Erwerbslose nach Uebersee zu kommen, was jedoch bei den strengen Auswahlbedingungen der westlichen und überseeischen Mächte sehr schwer sei, da diese nur an der Einwanderung von erstklassigen Fachkräften im besten Alter, womöglich ohne Familienanhang, interessiert wären. Von deutscher Seite aus sehe man solcher Auswanderungen ungern, da es sich hier um die wertvollsten Kräfte des deutschen Volkes handelt.

Diese Erklärungen des Arbeitsamtsdirektors müssen zum Nachdenken veranlassen. Die wirtschaftliche Not und die Hoffnungslosigkeit der Menschen in Adenauer's „goldenem Westen" ist so groß, daß viele der verzweifelt nach Arbeit Suchenden schon wieder mit dem Gedanken spielen, für einen vollen Magen sich als Söldner ausländischer Mächte totschießen zu lassen, oder einer ungewissen Zukunft in Uebersee entgegenzugehen. Nicht vergessen sei aber auch die ununterbrochene Kriegshetze, die fortwährende Verhetzungskampagne der Kriegsorganisatoren, welche solche bedauerlichen Auswirkungen zeitigt. Wie gesagt, es ist Zeit zum Nachdenken.

Die Serie ohne Ende

Heidenheim. (lwb) Ein Taxichauffeur wurde am Donnerstagvormittag auf der Bundesstraße zwischen Heidenheim und Ulm von zwei Personen in amerikanischer Uniform überfallen. Die Täter fuhren bis Hausen bei Heidenheim, ließen dann das Fahrzeug stehen und flüchteten. Die Fahndung wurde sofort aufgenommen.

Strafen für Raubüberfälle amerikanischer Soldaten

Heidelberg. (lwb) Wegen Ueberfalles auf einen Deutschen wurden zwei amerikanische Soldaten dieser Tage von einem amerikanischen Distriktgericht in Heidelberg zum unehrenhaften Ausscheiden aus der Armee und zu acht bzw. fünf Jahren Zwangsarbeit verurteilt. Die Soldaten hatten am 5. Mai dieses Jahres in Mannheim einen Deutschen überfallen und ausgeraubt.

Mannheimer Jugendrat erteilt Neofaschisten Abfuhr

Stürmische Sitzung des Jugendrates — RSF-Vertreter verlassen entlarvt den Saal

Mannheim. Die bereits Anfang Juni festgesetzte „Auseinandersetzung" mit der Radikal-Sozialen Freiheitspartei war am Donnerstag erster Tagesordnungspunkt im Mannheimer Jugendrat. Dazu waren einige Vertreter der neofaschistischen RSF erschienen. Hauptsächlich waren es die Vertreter der Falken und der FDJ, die in vorbildlicher Initiative diese Neofaschisten gemeinsam entlarvten und ihnen eine Abfuhr erteilten, so daß auch der Verblendetste erkennen mußte, daß bei der Mannheimer Jugend für sie nichts zu gewinnen ist. Als die RSF unter gemeiner Ausnützung der Loyalität des Jugendrates sogar im Saal propagandistische Flugblätter verteilen wollte, fehlte nicht viel und die empörte Jugend hätte sie mit unsanften Mitteln des Raumes verwiesen.

Es war bereits damals — worauf wir in unserer Ausgabe vom 3. Juni unter der Ueberschrift „Neofaschistisches Gift für Mannheimer Jugendrat?" eindeutig hingewiesen — von den Mitgliedern des Jugendrates ein Fehler, als sie auf Grund einer Abstimmung, der RSF die Möglichkeit gaben, ihr zersetzendes reaktionäres Gedankengut an die Mannheimer Jugend heranzutragen.

Die Vertreter der FDJ konnten an dieser Sitzung damals nicht teilnehmen, da sie zu dieser Zeit durch die Beteiligung am großen Deutschlandtreffen in Berlin verhindert waren.

So erst wurde es möglich, daß nunmehr einem Herrn Studienrat Bäuerle, einem alten Bekannten Feders, ganze 20 Minuten Redezeit eingeräumt wurden, in denen er mit geschwungenen Redensarten glaubte, die Jugend beeinflussen zu können. Bei der Zurückweisung des Vorwurfs, die RSF sei neofaschistisch, antisozial und reaktionär, stellte er einer Meinung nach „sachlich" fest, daß die freiwirtschaftliche Bewegung von Hitler 1933 ebenfalls verboten wurde. Er vergaß allerdings bei seiner „Beweisführung" zu erwähnen, daß außer dem Verbot der antifaschistischen Parteien alle anderen im Zuge der Gleichschaltung in der Nazipartei aufgingen, da sie mit ihr in den Grundzügen wesentlich übereinstimmten.

Als sich Bäuerle gar zu der Behauptung verstieg, seine Partei sei die einzige antikapitalistische Partei der Welt, schoß er damit den Vogel ab und erntete schallendes Gelächter.

In der anschließenden Diskussion erteilte zunächst der Vertreter der „Falken", Rudolph, Herrn Bäuerle die gebührende Antwort. Er betonte, daß man die Jugend mit krankhaften sozialwissenschaftlichen Abhandlungen nicht dumm machen kann, denn wir wissen, daß ein Mann wie Gsell sogar Arbeits- und Tarifverträge rundweg ablehnte. Noch bezeichnender sei es, daß Gsell nachweisbar von gewerkschaftlichen Einrichtungen absolut nichts wissen wollte. Das sei ein klarer Beweis für seine Förderung der bestehenden Ausbeutung der Arbeiterschaft. „Der Kampf ums Dasein läßt den Schwächeren untergehen ..." sei eine charakteristische Formulierung der RSF, die mehr als deutlich eine ausgesprochen nazistische Tendenz verrät. Sind die elenden sozialen Verhältnisse des einzelnen etwa seine Schuld?, fragte der Vertreter der „Falken" sehr richtig. Dies alles zeige den antisozialen Charakter der RSF. „Wir, die arbeitende Jugend, wehren uns gegen eine solche Partei, die uns lediglich den heißen Brei ums Maul schmiert, um uns so einem kapitalistischen System in die Hände zu spielen, und lehnen sie deshalb entschieden ab."

Der Vertreter der FDJ, Hermann Nau, erklärte sich mit den Ausführungen seines Vorredners solidarisch und untermauerte diese, indem er zwar nur einen, aber dafür um so bezeichnenderen Punkt aus dem Programm der RSF herausgriff, der charakteristisch für die neofaschistische Tendenz dieser Partei ist. Die „Mangel-an-Boden"-Theorie der RSF sei dasselbe wie das „Volk-ohne-Raum"-Schlagwort der Nazis. Die Jugend kenne diese Parole, die sie schon einmal in einen Weltkrieg geführt habe, um für die Interessen des deutschen Monopolkapitalismus zu sterben. „Wir müssen wachsam sein," rief er der Jugend zu, „daß wir unter dieser Parole nicht Opfer eines dritten Weltkrieges werden.

Als Herr Bäuerle den Jugendrats-Satzungen zuwider noch einmal schön Wetter für seine Partei machen wollte, griff der Vertreter der „Falken" empört ein und stellte fest: „Wir lehnen eine weitere Diskussion mit dieser Partei ab. Sollte aber der Jugendrat anders disponieren, dann werden wir uns gezwungen sehen, uns zu distanzieren. Aber solche Arten von Diskussionen dürfen wir hier nicht einreißen lassen."

Auch der Vertreter der FDJ gab noch einmal klar zu verstehen, daß der Jugendrat andere Aufgaben hat, als mit der RSF zu diskutieren. Es komme jetzt vielmehr darauf an die Jugend zum Kampf für den Frieden und für ein besseres Leben zu mobilisieren.

Daraufhin fand eine Abstimmung über die weitere Diskussion mit der RSF statt, die die Mehrheit ablehnte. Der größte Teil der RSF-Vertreter trat danach wie begossene Pudel den Rückzug an.

Das in dieser Sitzung vorbildlich zum Ausdruck gekommene einheitliche Handeln der „Falken" und der Freien Deutschen Jugend — im Gegensatz zur letzten Sitzung des Landesjugendrings — müßte besonders der Falkenführung beweisen, wie notwendig es für die Interessen der arbeitenden Jugend ist, gegen jede reaktionäre Bestrebung gemeinsam Stellung zu nehmen. Nur dadurch wird verhütet, daß es der Reaktion noch einmal gelingen könnte, über die Spaltung der schaffenden Menschen ihre gefährlichen Absichten zum Nachteil des gesamten deutschen Volkes zu verwirklichen.

„AZ" macht Propaganda für Franco

In ihrer Ausgabe vom 5. 7. 50 übernimmt die Mannheimer „AZ" den Artikel eines reaktionären dpa-Korrespondenten aus Madrid, in dem der spanische Maquis, d. h. die Widerstandsbewegung gegen die faschistische Franco-Diktatur als Banditentum bezeichnet wird. In diesem Artikel kann man lesen, daß das Räuberunwesen eine uralte Tradition Spaniens sei, die, wie in den Tagen der Republik sich auch unter der Diktatur Francos fortsetze. Die Guardia Civil, d. h. jene Polizeitruppe, welche während der Zeit des spanischen Bürgerkriegs und auch noch in nachfolgenden Jahren Zehntausende von Republikanern, Sozialisten, Kommunisten und fortschrittliche Menschen erschossen oder viehisch zu Tode geprügelt hatte und wegen ihrer Brutalität nur mit der SS verglichen werden kann, wird als „gut organisierte und ausgebildete Polizeitruppe" bezeichnet. Wir erinnern daran, daß es die Guardia Civil war, welche den unsterblichen spanischen Dichter, den Sänger des spanischen Volkes, Garcia Lorca, meuchlings ermordete.

Es ist eine in der ganzen Welt bekannte Tatsache, daß sich das spanische Volk 32 Monate lang heroisch gegen den rebellischen General und blutrünstigen Diktator Franco wehrte. Nachdem sich das spanische Volk in seiner überwiegenden Mehrheit im Jahre 1936 für eine demokratische Regierung entschieden hatte, welche der seit Jahrhunderten fortschreitenden Verarmung der Massen Einhalt gebieten, die Rechte der Großgrundbesitzer, des Offizierklüngels und der in- und ausländischen Monopolkapitalisten beschneiden und dem Volk, das noch zu 80 Prozent analphabetisch ist, Bildung vermitteln sollte, organisierte der Landesverräter Franco mit Hilfe von Hitler und Mussolini den Ausrottungsfeldzug gegen die freiheitliebenden und fortschrittlichen spanischen Menschen. Er, der sich auch als Retter des Christentums und der abendländischen Kultur aufspielte, fand keine Spanier zur Durchführung seines verächtlichen Vorhabens. Er mußte mit mohamedanischen, marokkanischen und italienischen Divisionen und mit deutschen Flugzeugen und Tanks seine eigenen Landsleute niedermetzeln. Hunderttausende von Republikanern, Sozialisten, Kommunisten, Anarchisten, Demokraten und Katholiken kämpften brüderlich Seite an Seite gegen den faschistischen Rebellen. Viele Tausende fielen im Abwehrkampf, Unzählbare wurden in den Gefängnissen und Konzentrationslagern Francos ermordet. Zehntausende flüchteten in die Berge und setzten von hier aus den Kampf gegen den verhaßten Unterdrücker ihres Volkes fort. Ueber 500 000 spanische Frauen, Männer und Kinder jedweder Parteizugehörigkeit zogen das bittere Los der Emigration dem Leben in der faschistischen Hölle Francos vor. Und nun bezeichnet eine Zeitung, die sich „sozialdemokratisch" nennt, den großartigen und bewundernswerten Kampf der spanischen Widerstandsbewegung als Banditentum.

Wir haben Mitleid mit den Lesern dieser Zeitung. Wir wissen aber, daß die große Mehrzahl der sozialdemokratischen Mitglieder Mannheims mit dieser Art von „objektiver" Berichterstattung ihrer Zeitung nicht einverstanden ist.

Gespräch mit einem Arbeitslosen

„Ein Jahrzehnt habe ich bei meiner Firma gearbeitet, jetzt liege ich auf der Straße ..."

„Tag, Heiner, wie geht's?" Unser Reporter packt einen arbeitslosen Schlosser am Zipfel seines Aermels. „Ich gehe stempeln", meint dieser. Beide schütteln sich die Hände. „Ja, es sind schwere Zeiten" äußert sich der Schlosser nach einer Weile. „Ein Jahrzehnt habe ich bei meiner Firma gearbeitet, jetzt liege ich auf der Straße." Unser Reporter: „Keine Seltenheit heute, die Krise nimmt überhand." Der Arbeitslose druckst eine Weile. „Meine Frau und meine Kinder ... oft frage ich mich, warum das alles ... diese verflixte Arbeitslosigkeit. Bei der Firma hieß es Absatzschwierigkeiten."

„Stimmt, Absatzschwierigkeiten", Drosselung des Exports und Ueberflutung des deutschen Inlandmarktes mit ausländischen Importen", meint unser Reporter. Der Schlosser macht ein fragendes Gesicht. „Gewiß, ihr Zeitungsleute habt die Weisheit löffelweise verschluckt", sagt er lachend, „für mich ist dieser wirtschaftliche Krimskram etwas kompliziert ... die Krise von der man oft spricht."

„Läßt sich mit dürren Worten klipp und klar aufdecken", flicht unser Reporter ein. „Da ist zum Beispiel eine Besatzungsmacht und ein sogenannter Marshallplan."

Heiner nickt verständnisinnig. „Ah, der Marshallplan, neulich war ich in einer Ausstellung, da wurde gezeigt, was dieser Plan alles Gutes bringen soll ... allerdings habe ich davon noch nichts gemerkt. Was mein Bruder ist, der arbeitet auf einem Fischkutter. Er schrieb mir, daß er auch arbeitslos ist, durch den Marshallplan kämen zu viel ausländische Lieferungen nach Deutschland, meint er ..."

„Richtig, diese Importe aus dem Ausland, besonders aus Amerika, legen selbstverständlich die deutsche Produktion lahm. Wir können nicht arbeiten, weil unsere Waren nicht gekauft werden. Und weshalb nicht? Nun, der deutsche Verbraucher ist gezwungen, dafür sein Geld herzugeben, was im Rahmen des Marshallplanes auf den Markt geworfen wird." Der arbeitslose Schlosser denkt nach. „Ich begreife, es gibt also eine Stelle, die uns Deutschen vorschreibt, was und wieviel wir produzieren dürfen. Unsere Produktion wird eingeschränkt und dafür fließt aus dem Ausland all das herein, was wir ebenso gut erzeugen könnten. Ich denke hier an landwirtschaftliche Erzeugnisse, Fette, Konserven, das Klickerwasser Coca-Cola ..."

„Stimmt, und die erwähnte Stelle ist die Besatzungsmacht und hinter ihr stehen ausländische Geschäftemacher." Wieder wird das Gesicht des Arbeitslosen um etwas nachdenklicher. „Wissen möchte ich, ob die landwirtschaftlichen Geräte, die meine Firma herstellte ..."

„Folgendes muß hierzu gesagt werden", sagt unser Reporter anknüpfend an seinen Gedankengang. „Zahllose Firmen gehören zu denen, die einst die Länder belieferten, die hinter dem sogenannten „eisernen Vorhang" liegen. Heute darf Westdeutschland laut alliierter Anordnung keinen Handel mehr mit diesen Gebieten treiben. Da dieses natürliche Absatzgebiet fehlt, werden viele Beschäftigte arbeitslos."

„Dann müßten sich also die Schaffenden zusammenschließen und die Wiederaufnahme des Handels mit diesen Staaten fordern!"

„Jawohl, das müssen wir ... und besonders sämtliche Schranken zwischen uns und unseren Landsleuten in der DDR müssen fallen, darüber hinaus werden wir erst dann wieder über unsere Wirtschaft bestimmen können, wenn Marshallplan und Hohe Kommission aufgehört haben, zu existieren und der letzte Besatzungssoldat unser Vaterland verlassen hat."

Beide, der arbeitslose Schlosser und der Reporter, drücken sich die Hände.

Letzterer hat es, wie immer, sehr eilig und wendet sich zum Gehen. „Halt," sagt da der Arbeitslose und über seine Züge gleitet ein verschmitztes Lächeln, „eins haben wir noch vergessen, die Hauptsache nämlich, wie kann all unsere Not und das Elend aufhören, wie kann sich unsere Wirtschaft ungestört entwickeln, wenn ..., ja, wenn wir nicht alles tun, um den Frieden zu erhalten? Ich bin kein Kommunist, aber Mitglied des Friedenskomitees ... Neulich habe ich auch Unterschriften gesammelt ... wenn wir alle zusammenstehen, meine ich, muß es uns gelingen, jedweden Krieg, der immer nur einigen Profitmachern genutzt hat, zu verhindern. -bü-

Lebemann verjubelt sein Geschäft

Mannheim. „Ihr Einkommen übersteigt das Gehalt eines Amtsrichters um das dreifache" äußerte der Vorsitzende im Hinblick auf den Angeklagten. In der Tat hätte dieser bei seinem zunächst gutgehenden Geschäft ausreichend zu leben und noch etwas mehr gehabt, wenn er nicht durch seinen bodenlosen Leichtsinn und sein Schlemmerleben sich und seinen Betrieb ruiniert hätte.

In den Nachtlokalen scheint er Stammgast gewesen zu sein. Bei seinen Zechgelagen hatte er mächtig auf die Tube gedrückt meist war er von einem Schwarm „Freunden" umgeben, die Bardamen wurden natürlich ebenfalls freigehalten, an die Gäste wurden Pralinen, Bonbons und Blumensträuße verteilt, kurz, binnen weniger Minuten trank alles ausgiebig auf das Wohl des edlen Spenders. Der Verteidiger nannte dies „vorbeugende Kundenwerbung", weil der Ruf eines Geschäftsmannes selbstverständlich verpflichtete und der Angeklagte damit die Wirte gefügig machen wollte, ihm (er hatte eine Heizungsmontage-Firma) Dampfheizungsaufträge zu erteilen ...

Auf die Firma des Angeklagten selbst warf die Verhandlung ein bezeichnendes Licht. Die Handelsbücher wurden nachlässig geführt, von einer ordnungsgemäßen Bilanzziehung konnte keine Rede sein und der „Chef" entnahm der Kasse laufend Beträge oder er kassierte diese von Kunden ein, um seine „Privatspesen" zu decken. Was Wunder, wenn auch die Beiträge zur Sozialversicherung für die Arbeiter und Angestellten nicht mehr abgeführt wurden. Die Krankenkasse macht daraufhin ihre Forderungen geltend, die Firma hielt sich noch eine Weile über Wasser, aber schließlich kam der Konkurs.

Auch nach dem Konkurs gab sich der Angeklagte noch als „wohlhabender Geschäftsmann" aus und machte Schulden, obwohl hierfür keine Deckung vorhanden war. Er hatte sich deshalb außer den Verstößen gegen die Konkursbestimmungen zusätzlich noch wegen Betrugs zu verantworten. „Betrügereien mit günstigen Vorzeichen allerdings," flocht hier der Verteidiger ein. In seinem Plädoyer meinte er, der Angeklagte habe beim Trinken nicht „viel vertragen" können, sei ein loyaler Mensch und von schlechten Freunden ausgenützt worden. Die „bösen" Gewerkschaften, die damals für die in Ludwigshafen beschäftigten Mannheimer Arbeiter der Firma den für Mannheim geltenden Tariflohn verlangten, hätten mit dazu beigetragen, daß der angeklagte Unternehmer in geschäftliche Schwierigkeiten gestürzt wurde.

Welch „armer Mann"!

Man braucht jetzt nur noch die Quintessenz zu ziehen, daß immer dann, wenn Arbeiter höhere Löhne verlangen, dies den normalen Verlauf des Wirtschaftslebens störe und den Bestand eines Unternehmens gefährde.

Als ob nicht lediglich der Profit des Unternehmers durch höhere Lohnforderungen geschmälert wird!

Wenn ein leichtsinniger Geschäftsmann wie in diesem Falle, durch Unfähigkeit und Verschwendungssucht seinen Betrieb ruiniert und darüber hinaus durch Nichtbezahlung der Krankenkassengelder seine Arbeiter und Angestellten schädigt, dann ist jede Silbe von Lohnforderungen, die für den Betrieb kaum tragbar gewesen sein sollen, ein schlecht angebrachter Witz. -bü-

Er wollte Kassenbote Pfeffer in die Augen streuen

Doch die Polizei verpfefferte ihm die Sache

Karlsruhe. Am vergangenen Mittwoch verhandelte die Strafkammer gegen den 52jährigen Erich Müller aus Karlsruhe. Neben Betrug, Urkundenfälschung, Unterschlagung war er des geplanten Raubüberfalles auf Kassenboten der Städtischen Werke angeklagt.

Zerwürfnisse im Elternhaus brachten den Angeklagten schon 17jährig auf die schiefe Bahn; er landete in der Fürsorgeanstalt. Es folgte der erste Weltkrieg. In der Folgezeit tätigte M. Handelsgeschäftchen, teils in eigener Regie oder unter fremder Flagge. 1943 setzte es wegen Betrugs die erste längere Zuchthausstrafe ab. 43 000 Mark, die er sich für versprochene Warenlieferungen vorerstatten ließ, gingen in der Baden-Badener Spielbank zum Teufel. Beim Umsturz 1945 setzte sich M. auf freien Fuß. Mit restloser Hingabe lebte er fortan für und vom Schwarzmarkt. (Eigentlich verwunderlich, daß keine einzige Strafe aus dieser Zeit sein Sündenregister verunziert.) Nach der Währungsumstellung begannen die Zeiten langsam aber sicher flauer zu werden. Bei einem letzten großen Coup mit Insulin will der Angeklagte von einem Polen mit dem biblischen Namen Josef um 6 Mille „gespritzt" worden sein. Von nun an ging es rapide bergab. Hauptsächlich fristete er sein Leben von am laufenden Band aufgenommenen Darlehen. Heute schuldet er noch die Kleinigkeit von 6000 D-Mark.

Im November 1949 — das Wasser stand M. buchstäblich am Halse — nach einem harmlosen Gespräch mit einem ihm bekannten Angestellten der Städtischen Werke, nahm der Plan eines Ueberfalls auf die Kassenboten greifbare Formen an. Nachdem M. das Terrain persönlich rekognosziert hatte, wurde die Sache bis ins kleinste Detail ausgearbeitet. Zur Durchführung benötigte er aber noch einen Komplicen. M. erschien eines Abends bei Dicks, stellte diesem einen „guten Job" in Aussicht, forderte zunächst aber dessen Zusicherung, bevor er sich näher darüber ausließ. Dicks sagte zu und ließ den M., auch nachdem ihm dieser den Plan unterbreitet hatte, im Glauben, daß er mitmache. M. hatte dem Dicks, um ihn eher zu gewinnen, vorgemacht, daß einer der Kassenboten mit von der Partie sei. Inzwischen war von Dicks die Kriminalpolizei verständigt worden. Die nächsten Lokalbesichtigungen erfolgten bereits unter staatlicher Beschattung. Man wußte von dem Pfeffer, der den beiden Kassenboten nach ihrer Rückkehr von der Bank in einem Raum der städtischen Werke in die Augen gestreut werden sollte, während man ihnen die Aktentaschen entreißen wollte. Ebenso von der Flucht auf bereitgestellten Fahrrädern.

Bei der letzten Generalprobe erlebte M. den großen Reinfall: der grandiose Plan zur Sanierung seiner Finanzlage scheiterte an der Verständnislosigkeit der Polizei. Die Sache wirbelte ziemlich Staub auf. Durch die Flunkerei des Angeklagten geriet Vorübergehend auch der Kassenbote G. in den Verdacht der Mittäterschaft. Bald stand es aber fest, daß der Betreffende zu Unrecht in die Untersuchung einbezogen worden war und mit der Sache überhaupt nichts zu tun gehabt hat.

Das Gericht erkannte schließlich gegen den Angeklagten auf 3 Jahre Gefängnis. 5 Monate der Untersuchungshaft werden ihm angerechnet. -ä-

Achtung, Berlinfahrer, FDJ'ler!

Am kommenden Sonntag um 8.30 Uhr im Lokal Fashold, T 2, 15

Kreiskonferenz

des Friedensaufgebotskreises Mannheim. Alle Mitglieder der FDJ und Berlinfahrer nehmen teil. (Blaue Blusen)

Kultureller Querschnitt

Verpflichtungen an die Städtischen Bühnen Heidelberg

Heidelberg. Die Städtischen Bühnen Heidelberg haben für die kommende Spielzeit für das Schauspiel verpflichtet: Johannes Schütz und Alfred Hansen vom Deutschen Theater in Konstanz, sowie Artur Bauer von den Münchener Kammerspielen. Für die Oper wurden gewonnen: Mogens Wedel (Baß) von der Staatsoper Kopenhagen und Friedrich Gynrod (Heldenbariton). Gynrod hat in den letzten Jahren an der Wiener Staatsoper, an der Mailänder Scala und an der Metropolitan-Oper in New York gastiert.

Rundfunksendungen aus dem Karlsruher Schauspielhaus

Karlsruhe. Dieser Tage wurden im Bühnen- und Zuschauerraum des Schauspielhauses Tonbandaufnahmen eines Orchesterwerks, gespielt von der Bad. Staatskapelle, von Technikern des Süddeutschen Rundfunks durchgeführt. Das Ergebnis des Versuches war hinsichtlich der Klangwirkung so günstig, daß Staatstheater und Süddeutscher Rundfunk beschlossen, noch vor den Theaterferien ein Sinfonie-Konzert unter der Leitung von Otto Matzerath aufzunehmen. Auf Grund der günstigen akustischen Gegebenheiten, die der Raum bietet, hofft man, künftig regelmäßige Sendungen von Konzerten und Opern aus dem Schauspielhaus durch den Rundfunk zu übertragen.

Film der Woche

Capitol: „Tarzan und die Amazonen"

Inklusiv eines Affen haust die „Familie Tarzan" in einer Baumhütte, die mit einem Krähennest große Aehnlichkeit besitz. Wie weit die Geschmacksverirrung einer billigen Urwaldromantik gehen kann, ist erstaunlich. Aehnlich einem anderen Tarzan-Produkt, das bezüglich des Inhaltes beinah haarscharf dasselbe brachte, gibt es auch hier einen geheimnisvollen Amazonenstamm, der seine glitzernden Tempelschätze gegenüber weißen Eindringlingen verteidigt.

Neben Kämpfen mit Dschungelbestien sind temperamentvolle Pfeil- und Bogengefechte zu sehen. Auch das happy end für Tarzan, Frau und Sohn darf nicht fehlen. Weiter auf die kindische Handlung dieser Kulturspritze aus Hollywood einzugehen, hieße Druckerschwärze verschwenden. Gute Leistungen der Kamera, Natur- und Tieraufnahmen versöhnen etwas mit der Ideenlosigkeit des gekünstelten und kitschigen Inhaltes. -bü-

Alster: „Der ideale Gatte"

Mannheim. Der englische Komödienschreiber und Romanschriftsteller irischer Abstammung, Oscar Wilde, erlaubte sich vor 50 Jahren die „gute Gesellschaft" old Englands, ihre Heuchelei und doppelte Moral zu glossieren und zu kritisieren. Es bekam ihm schlecht, auf der Höhe seines Lebens steckte man ihn unter einem Vorwand ins Zuchthaus zu Reading.

„Der ideale Gatte", das stärkste seiner Bühnenerzeugnisse, benützte Alexander Korda als Vorwurf für seinen Technicolor-Farbfilm. Wildes geistvolle Aphorismen und spitzen Paradoxien zünden noch immer und der Rahmen des viktorianischen Englands ist außerordentlich prächtig — dennoch hat Korda die Klippe des „fotografierten Theaters" nicht ganz umschiffen können. Ein echter Wilde-Typ und dem Dichter wie aus dem Gesicht geschnitten ist Michael Wilding als Lord Goring, Paulette Goddard eine schillernde Schlange der Salons der „guten Gesellschaft." Das ganze ein Bild der Fäulnis und laxen Moral der oberen Zehntausend Englands, die heute nicht um ein Haar besser sind.

Palast: „Stadt ohne Maske"

„The Naked City", nach einer Novelle bearbeitet, ist ein ungewöhnlicher Streifen, den man mit dem „Dritten Mann" vergleichen könnte. Die Handlung allerdings ist alltäglich und typisch amerikanisch — ein „gewöhnlicher" Mordfall mit dem nötigen Drum und Dran. Jedenfalls aber ist es anzuerkennen, daß dieser Film der 8-Millionen-Stadt Newyork, in der das Verbrechen immer wieder triumphiert, einmal die Maske unerbittlich vom Gesicht reißt, so daß jene Schattenseiten hervorkommen, die man durch den Glanz einiger tausend begüterter Familien so gern verdecken möchte. Doch hat es Jules Dassin, ein begabter Regisseur, großartig verstanden, Menschen ohne Schminke in einer Stadt ohne Maske mit einer Realistik auszustatten, in der man das Leben pulsieren spürt. Ergänzend, für das nicht abzusprechende künstlerische und darstellerische Niveau dieses Filmes, wirkt eine vorbildliche Kamera, die Bilder von erschütternder Dramatik widerspiegelt. Barry Fitzgerald ein ungemeiner Charakter, trägt den Film routiniert und schauspielerisch hervorragend. Mit etwas Abstand folgen Howard Duff und Don Taylor, wenn sie auch in ihrer Leistung absolut anzuerkennen sind.

Fröbel-Seminar wieder in Mannheim

Mannheim. (lwb) Das frühere Mannheimer Fröbel-Seminar, in dem Kindergärtnerinnen ausgebildet werden, wird im Herbst wieder nach Mannheim zurückkehren.

Das Institut war im Jahre 1947 nach Heidelberg evakuiert worden. Die Schule, die einst Privatbesitz war, ist im Jahre 1920 von der Stadt Mannheim übernommen worden. Der Schulbetrieb wird durch Beiträge der Freunde des Fröbel-Vereins und durch Zuschüsse der Stadt Mannheim finanziert.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK Baden-Württemberg

Kurz notiert

Deutscher Gewerschaftsbund — Ortsausschuß Mannheim

Mannheim. Das Frauensekretariat gibt bekannt: Am Sonntag, 9. Juli 1950, vormittags 10 Uhr, findet die Besichtigung der Kollektiv-Ausstellung von Erich Heckel — Gemälde, Aquarelle, Zeichnungen, Graphik — in der Städt. Kunsthalle statt. Wir laden unsere Kolleginnen hierzu freundlichst ein und bitten um rege Beteiligung. Der Eintritt ist frei!

Verein der Siedler und Kleingärtner der Schönau

Mannheim. Heute, Samstag, findet im Siedlerheim am Bunker eine wichtige Mitgliederversammlung der Siedlergemeinschaft Mannheim-Schönau statt. Auf der Tagesordnung stehen die Lebensinteressen der Siedler der Schönau! Jeder muß erscheinen!

„Pole Poppenspeeler" in Mannheim

Mannheim. Vor der Presse entwickelte Fritz Gerhards, der Leiter eines Marionettentheaters, welches kommenden Sonntag in einer Matinee im Nationaltheater gastiert, seine Ideen zur Wiedererweckung des Puppenspiels als eines Theaters „für Kinder von 6—90 Jahren." Seine Dramaturgie und seine künstlerische Zielsetzung fußt auf der Schrift, die Heinrich von Kleist zu Beginn des 19. Jahrhunderts in Berliner Blättern veröffentlichte, und die kaum den Theaterleuten und Literaturhistorikern bekannt ist, — bedauerlicherweise, wie man sagen muß, denn das Puppenspiel ist ein alter Zweig der Volkskunst, der gerade heute, in der Zeit des kulturellen Niederganges der westlichen Welt, eine größere Beachtung verdiente. Fritz Gerhards erstrebt auf seinem Gebiet nicht die „Imitation des Menschentheaters" (solche Versuche wurden in der Vergangenheit von Puppentheaterbesitzern gemacht), sondern er will die „Aktivierung der Phantasie". Sein Repertoire umfaßt die „Zaubergeige" von Pocci, das alte Faustspiel „Gevatter Tod" (nach dem Märchen der Gebrüder Grimm), „Till Eulenspiegel" und Shakespeares Zauberspiel „Der Sturm", selbstverständlich in freier Bearbeitung für die Puppenbühne. Die künstlerischen Puppen schnitzten Fritz Gerhards und seine Spielgemeinschaft von 16 Sprechern bzw. Sprecherinnen selbst. Das Theater hat seinen festen Sitz in Schwäbisch Hall und steht unter dem Protektorat des Kultusministeriums.

Fritz Gerhards Marionettentheater spielte bis jetzt in 924 Gemeinden vor 250 000 Zuschauern, zumeist Schulkindern und hat auch, wie er bemerkte, von dem kommunistischen Bürgermeister von Langenburg verständnisvolle Unterstützung gefunden, worüber Fritz Gerhards zwar, aber wir uns nicht wundern, denn wie sehen das Puppentheater anders als bürgerliche Ignoranten und Snobs. Uns scheint es aber notwendig, das Puppentheater aus dem Geist der Romantik herauszuheben und seine alte Form mit neuen Inhalten zu füllen. In der gesellschaftlichen Ordnung, die wir erstreben, wird die Marionettenbühne nicht den Platz im Dunkel einnehmen wie heute noch in der bürgerlichen Welt, sondern als alte Volkskunst selbstverständlich einen erstrangigen.

Ist „Mannheim eine einzige Baustelle?"

Jawohl, aber hauptsächlich für Banken, Konzerne und Versicherungsgesellschaften

Mannheim. Amerikanische Bomben hatten in die „City" Mannheims schwere Lükken gerissen und ganze Quadrate niedergelegt. Vom Hauptbahnhof über den Kaiserring, durch die Heidelberger und Breite Straße klafften überall die Breschen, als Bilanz des Hitlerkrieges. Nach dem Währungsschnitt in der Zeit der ersten Scheinblüte schossen die Behelfsläden des Einzelhandels wie Pilze aus dem Boden, das gepumpte Geld rollte, und die Schaufenster füllten sich wieder mit Bedarfsartikeln zu hohen und höchsten Preisen.

Wer jetzt durch die Planken samt den anstoßenden Quadraten, durch die Breite Straße, kurz, das eigentliche Geschäftsviertel geht, dem fällt eine hektische Bautätigkeit der Bankkonzerne, Lebensversicherungen und anderen Monopolgesellschaften ins Auge, als sichtbares Zeichen dafür, wer eigentlich den Krieg gesund überstanden hat, ohne Schaden zu nehmen, wie der private Hausbesitz und die Millionen von Ausgebombten und Verarmten, die man um den Lastenausgleich bis jetzt betrügt. Man sieht, die großen Gesellschaften schüttelten die Kriegserscheinungen ab wie der Hund die Wassertropfen — sie haben Geld und sie bauen.

In den Planken werden vorerst vier neue Bauvorhaben sichtbar. Kaum waren die Sprengschüsse verhallt und die Ruinen niedergelegt, fing in Qu 7 die Südwestbank an zu bauen. Die Unterkellerung ist schon längst gemacht, die Säulen wachsen schon für den neuen Bankpalast, und, wenn man nun von der Stadtverwaltung hört, daß allein ein Grundstück in dieser Lage, für ein Gebäude in halber Blocktiefe, 100 bis 150 000 DM kostet, dann kann man sich ein ungefähres Bild von den Kosten eines solchen Vorhabens machen. Hundert Meter weiter, auf dem alten Grundstück, erstellt die Rheinbau, Tochtergesellschaft der Rheinelektra, ein ebenso großzügiges Geschäftshaus mit Laden und dahinterliegendem Lager für die genannte Gesellschaft. Schräg gegenüber in P 7 steht schon die Stahlkonstruktion der Geldschrank- und Tresorbaugesellschaft, kurz davor ein moderner Zweckbau mit betonähnlicher Fassade. Ein Schuhhaus und Tapetengeschäft beziehen hier die unteren zwei Läden, oben entsteht „privater Wohnungsbau".

Die Karlsruher Lebensversicherungs-Gesellschaft will nicht zurückstehen und erbaut sich ein pompöses fünfstöckiges Verwaltungshaus in P 6. Die Stoffel-Großgarage geht in N 7 der Vollendung entgegen. Das Herrenkonfektionshaus Mages in Qu 6, Plankenseite, ist eröffnet. Daneben wird — um einem dringenden Bedürfnis abzuhelfen, da wir bisher nur vier Großkinos in Mannheim haben — ein weiteres Kino und ein Kaffeehaus errichtet. Die Industrie- und Handelskammer baut in L 2, um repräsentativ unterzukommen, ebenfalls zwei Stockwerke. Vom kläglich und unnütz restaurierten Kaufhausturm links, entsteht der zweite Abschnitt der Hadefa mit einer Reihe von Geschäften des Einzelhandels.

Am Marktplatz, neben Engelhorn u. Sturms Paradefenster, läßt sich die Einhorn-Apotheke wieder nieder. In S 1, Südseite, Geschäfte, Nordseite Geschäfte (Goldpfeil-Konzern), in J 1, an der Ecke, baut eine große Textilfirma. Der Einzelhandel zeigt also einen bemerkenswerten, durch die Erfahrungen des letzten Jahres anscheinend, noch nicht getrübten Optimismus.

Das ist die eine Seite Mannheims, die Glanzfassade, vor deren Ueberschätzung einmal sogar der Oberbürgermeister warnte. Der Wohnungsbau der Gemeinnützigen Baugesellschaft präsentiert sich wesentlich bescheidener. — Er baut mit Trümmersplit, T-Ziegeln und all dem behelfsmäßigen Material der gezwungenermaßen sparsamen Bauweise: In der Eisenlohrstraße und, gegenüber der Uhlandschule, den zweiten Abschnitt des Ludwig-Frank-Blocks. Dazu kommen die sogenannten Einfachstwohnungen in der Schönau, Thornerstraße, in Rheinau, Spornwörthstraße, in Käfertal in der Habichtstraße, in der Unteren Riedstraße und auf dem Hasselweg, in der Gartenstadt. Die Bilanz: Es entstanden und entstehen insgesamt 900 Wohnungen bei einem Dringlichkeitsbedarf von rund 20 000, welcher mit der Aufhebung der Zuzugssperre sich katastrophal vergrößern dürfte, da einige zehntausend Mannheimer immer noch außerhalb unserer Mauern wohnen und wieder zurück möchten. Bauprojekte für die Neckarauer Straße, die Untere Mühlau, die Fortsetzung in der Landwehrstraße und die Ergänzung in der Schönau ruhen noch in den Schubladen der Experten der Gemeinnützige Baugesellschaft. Die Stadtverwaltung möchte ja gerne bauen, aber sie verfügt nicht über die riesigen Mittel der Monopolisten, 72 Millionen DM Besatzungskosten werden jährlich von ihr erpreßt und die Finanznot grinst aus allen Ecken. Das Wort des Bürgermeisters Trumpfheller auf der Elternversammlung in Sandhofen „Mannheim ist eine einzige Baustelle" wird durch diesen Querschnitt der augenblicklichen Bauvorhaben ins richtige Licht gerückt.

Arbeitsamtsdirektor Kuhn meint:

„Es gibt keine Erwerbslosenprobleme"

Weinheim. Die Arbeitslosen von Weinheim wählten sich dieses Jahr in einer Versammlung eine Vertretung. Dieselbe arbeitet in engster Anlehnung mit dem Gewerkschaftsbund Weinheim zusammen und unter dessen Kontrolle. Um die Arbeitslosen in allen Fragen zu beraten und ihnen beizustehen, beschloß die gewählte Vertretung, in einem vom Gewerkschaftsbund bereitgestellten Raume jeden Freitag Sprechstunden abzuhalten. Sie malten sich ein Plakat, ließen es vom Gewerkschaftsbund abstempeln und unterschreiben und wollten es am Arbeitsamt freitags beim Geldabholen aushängen. Ordnungsgemäß wurde es nach Mannheim ans Arbeitsamt gesandt zur Genehmigung. Die Anbringung wurde verboten mit der Erklärung, daß das Arbeitsamt neutral sei und keiner Personenvereinigung solche Sachen erlauben könnte.

Soweit die Vorgeschichte, die auch schon lehrreich für Kuhn ist, der, es ist noch nicht lange her, den Lehrlingen ihre geringe Entschädigung teilweise entziehen wollte. Ein Vertreter der gewählten Arbeitslosenvertretung war in der Zwischenzeit bei Herrn Kuhn und wollte ihn in verschiedenen Angelegenheiten der Erwerbslosen sprechen. Dabei entwickelte Herr Kuhn gleich zu Anfang eine Auffassung, die einfach als skandalös zu bezeichnen ist.

Er sagte nämlich wörtlich folgendes:

1. Vertreter der Erwerbslosen gibt es nicht.
2. Probleme der Erwerbslosen gibt es nicht.
3. Für mich gibt es nur Arbeitsuchende.
4. Als Erwerbsloser höre ich Sie an, aber nicht als Vertreter der Erwerbslosen.

Ein paar Fragen, Herr Kuhn: „Warum soll es keine Vertretung der Erwerbslosen geben? Vielleicht deshalb, weil man mit dem Einzelnen besser fertig wird, als mit einer ganzen Gemeinschaft. Die Artikel des Grundgesetzes sagen was anderes. Und warum soll sich ausgerechnet der Erwerbslose nicht zusammenschließen dürfen? Nur, weil dies einem oder mehreren Herren nicht in den Kram paßt. Bei der nächsten Wahl werden diese Herren der CDU und anderer Parteien wieder hinausgehen zum Volk, auch zu den Arbeitslosen und werden ihnen das Blaue vom Himmel herunter versprechen. Aber in der Zwischenzeit gibt es: keine Vertreter der Arbeitslosen und keine Probleme der Arbeitslosen. Es gibt nur Arbeitsuchende usw. Nein, Herr Kuhn, so geht das denn doch nicht. Die Arbeitslosen werden sich einen Dreck darum kümmern, was sie oder andere in dieser Richtung wollen. Sie werden zusammengeschlossen ihre Interessen mit eiserner Konsequenz vertreten — mit oder ohne Arbeitsamt —. Das sollen sich alle gesagt sein lassen, die eine Entwicklung unterbinden wollen, die ihnen auf die Dauer äußerst unbequem sein wird. (VK)

Fünfzig Pfg. auf jedes Kilo Margarine

Fettsteuer beschlossen — Bereitet dem Spiel mit der Not des Volkes ein Ende

Freiburg. In einer unserer letzten Ausgaben warnten wir bereits die werktätige Bevölkerung in dem Artikel „Protestiert gegen Brotpreiserhöhung" vor den Absichten der Bonner Regierung, die notwendigen Subventionsmittel für Lebensmittelimporte durch eine Besteuerung der Margarine aufzubringen. Jetzt hat der Ernährungsausschuß des Bonner Parlaments beschlossen, eine Fettsteuer von 50 Pfg. je Kilo Margarine zu erheben, die in dem zu verabschiedenden Milchgesetz festgelegt werden soll.

Die Fettsteuer soll durch die Margarine-Fabriken, also durch den Erzeuger erhoben werden. Das bedeutet aber, daß die Lasten dieser Fettsteuer wieder auf die große Masse der Verbraucher abgewälzt wird. Zwar wird behauptet, daß sich der gegenwärtige Margarinepreis nicht erhöhen soll. Wer aber die Kosten dieser ungeheuerlichen Maßnahme tragen soll, darüber schweigt sich Bonn aus. Auf jeden Fall werden es nicht die Konzernherren und die Margarinefabrikanten sein, deren Profite immer noch steigen. Um der Brotpreiserhöhung zu entgehen, wird nun eines der Hauptnahrungsmittel der Armen, der Arbeitslosen und des größten Teils der Werktätigen, die Margarine, besteuert.

Indessen hat man insgesamt 7000 Tonnen Butter aus dem Markt herausgenommen und eingelagert, was, wie sich der Wirtschaftsdienst der Nachrichtenagentur dpa ausdrückt „zu einer Stabilisierung des Marktes auf der Grundlage des amtlichen Preises geführt hat". Tausende Tonnen Butter werden eingelagert, damit der hohe, für den größten Teil der Werktätigen unerreichbare Butterpreis gehalten werden kann. So spielt man mit der Not des Volkes, so spielt man mit dem Brot-, Butter- und Margarine-Preis, damit den Herren der Fettindustrie einträgliche Profite gesichert bleiben und McCloys Befehl, die teuren Weizeneinfuhren aus den USA weiterzubetreiben, von den Herren in Bonn prompt ausgeführt wird. Die werktätige Bevölkerung darf sich nicht zum Spielball von Profitinteressen in- und ausländischer Konzernherren machen lassen. Die Gewerkschaften, Genossenschaften, die Interessenverbände alle Teile der Bevölkerung müssen gegen diese Betrugsmanöver der Adenauer-Regierung schärfsten Protest erheben, und die Ausweitung des Handels mit den Ländern des Ostens fordern, die gegen die Lieferung von Fertigwaren bereit sind, uns zu billigeren Preisen und annehmbaren Bedingungen Brotgetreide zu liefern.

Bekleidungshaus Mages hat eröffnet

Mannheim. Am Freitagvormittag eröffnete das Herrenbekleidungshaus Mages in den Planken, Ecke P 4, seine neuen und modernen Geschäftsräume. Nicht allein aus Gründen der Neugier war gleich am ersten Tag bei Mages ein Andrang der breiten Massen zu verzeichnen, sondern vor allen Dingen, weil die Mannheimer Bevölkerung durch zahlreiche Vorankündigungen wußte, daß hier ein Haus entstanden ist, das, wie die Geschäftsleitung betont, „dem Kunden gehört." Wenn man bedenkt, daß wir im Textilgeschäft augenblicklich am Ausgang der Saison stehen, ist es erstaunlich, daß sich am Freitag bei Mages das Bild eines Ausverkaufstages bot.

Schon immer sucht der „kleine Mann" auf Grund seiner kleinen Lohntüte nach volkstümlichen Preisen bei guter Qualität. Nun scheint er bei der Firma Mages ein Haus gefunden zu haben, das seinen Wünschen in dieser Hinsicht weitgehendst entgegenkommt. Daß man für sein Geld wirklich etwas bekommt, davon konnten wir uns während einer Besichtigung anläßlich der Eröffnung der Firma eingehend überzeugen und auch die Mannheimer Bevölkerung wird es in den nächsten Tagen freudig bestätigen.

Aus dem Parteileben

Veranstaltungen der KPD Mannheim

Ketsch: Samstag, 8. Juli, 20 Uhr, im Lokal „Enderle", Generalmitgliederversammlung.

Neulußheim: Samstag, 8. Juli, 20 Uhr, im Lokal „Eintracht", Generalmitgliederversammlung.

Laudenbach. Sonntag, 9. 7., vormittags 10 Uhr Generalmitgliederversammlung.

Org- und Polleiterbesprechung. Montag, den 10. 7., 19 Uhr in S 3, 10, für die Stadtteilorganisation, Wohngebiets- und Betriebsgruppen.

Dienstag, 11. 7., 20 Uhr, Funktionärsitzung des neuen Kollektivs der Stadtteilorganisation Innenstadt-Ost im „Schützenhof", S 3, 10.

Veranstaltungen der KPD Karlsruhe

Wochenendschulungskurs. Für Mitglieder und Funktionäre in Karlsruhe im „Nowack".

Beginn: Samstag, 8. Juli, 15 Uhr, Ende gegen 19 Uhr.

Fortsetzung: Sonntag, 9. Juli, vormittags 9 Uhr, Ende gegen 13 Uhr.

Thema: „Die Deutsche Demokratische Republik".

Funktionär-Vollversammlung. Montag, 10. 7., 19 Uhr in der „Walhalla". Thema: Der Kampf um den Frieden. Ref.: R. Klausmann.

Veranstaltung der KPD Heidelberg

Dossenheim. Samstag, 8. Juli. 20.30 Uhr, im Lokal „Bergstraße" Mitgliederversammlung.

Walldorf. Samstag, 8. Juli, 20.30 Uhr, im „Stern" Generalversammlung.

Heidelberg-Kirchheim-Nord. Montag, 10. Juli, 20.30 Uhr, im „Adler" Generalversammlung.

TERMINE DER FDJ

FDJ Heidelberg. Heute am Samstag treffen wir uns um 15.15 Uhr am Bismarckplatz zur Unterschriftensammlung.

Am Sonntag findet auf unserer Kalt-Eich-Hütte eine Kreisdelegiertenkonferenz statt. Beginn 15 Uhr. Alle Freunde und Interessenten sind dazu eingeladen.

Achtung, Genosse!

Ist das neue Sozialistische Bildungsheft „Unser Kampf um die Verteidigung des Friedens" schon in Deiner Hand?

Wenn nicht, besorge es Dir bei dem für Dich zuständigen Kreissekretariat der KPD. Die Durcharbeit dieses Bildungsheftes soll Euch helfen, die Aufgaben, die für alle Parteimitglieder stehen, nämlich die Argumentation zu entwickeln, die für die Gewinnung aller bisher von der Friedenspropaganda nicht erfaßten Schichten der Bevölkerung notwendig ist, zu erfüllen.

Das Sportprogramm in Nordbaden

Badische Amateurboxmeisterschaften in Knielingen

Die diesjährigen Endkämpfe um die badische Amateurmeisterschaft aller Klassen der Senioren und Junioren haben ein gutes Nennungsergebnis gefunden. Bei den Junioren kämpfen insgesamt 33 Boxer in 13 Gewichtsklassen um die Titel. Am stärksten ist der Kreis Mannheim mit 11 Boxern vor Karlsruhe und Odenwald mit je 8 und Heidelberg mit 6 Boxern vertreten.

Bei den Senioren werden insgesamt 34 aktive von folgenden 17 Vereinen am Start sein: Walldürn, Mosbach, Eppingen, Weinheim, VfR Mannheim, KSV Mannheim, SV Waldhof, Kirchheim, Leimen, Boxring Heidelberg, Wiesental, Brötzingen, Dillweisenstein, Durlach, KTV 46 Karlsruhe, Langensteinbach und Boxring Knielingen.

Badische Kraftsportjugendmeisterschaften in Mannheim

Am kommenden Sonntag finden in Mannheim-Sandhofen die badischen Kraftsportjugendmeisterschaften statt, an denen sich etwa 300 Jugendliche beteiligen werden. Da Baden über einen ausgezeichneten Ringernachwuchs verfügt, sind auf der Matte interessante Kämpfe zu erwarten. Im vergangenen Jahr konnte Baden bei den deutschen Jugendmeisterschaften in Obereisesheim vier Titel von insgesamt acht Meisterschaften r-ringen. Die deutschen Jugendmeister Götz-Viernheim, K. Martus-Kirrlach und Ehmann (Wiesental) sind auch in diesem Jahre wieder dabei.

Mannschaftsringer-Turnier in Daxlanden

Der ASV Daxlanden veranstaltet am kommenden Sonntag ein Mannschaftsringer-Turnier, an dem die Ringerstaffeln von „Einigkeit" Mühlburg, ASV Daxlanden, KSV Durlach und Karlsruher Athletengesellschaft teilnehmen. Als stärkste Mannschaft gilt die Mühlburger Staffel, die durch Eugen Schäfer (Germania) eine wesentliche Verstärkung erfahren hat. Die Ringerstaffel der Karlsruher SpVgg Germania tritt am Sonntag zu einem Freundschaftskampf gegen ASV Rheinhausen an.

DDR-Sportler auch in Karlsruhe

Internationale Kanuregatta in Karlsruhe

Mit zum größten sportlichen Ereignis der süddeutschen Kanuten dürfte die am Sonntag in Karlsruhe stattfindenden internationale Kanuregatta werden. Neben deutschen Spitzenfahrern, darunter auch solche aus der DDR, werden sich die schweizerischen, italienischen und österreichischen Landesmeister am Start beteiligen. So stehen im 1000 m Rennen dem deutschen Meister Helmut Noller von der Mannheimer Kanugesellschaft der Italiener Virgilio, die Schweizer Paul Glauser, Reymond Kamber und Fritz Zulauf sowie der österreichische Herbert Schreiner gegenüber. Ueber 500 m stehen dem deutschen Ernst Steinhauser, Mannheim, A. Kast, Mainz-Kastel, und Theo Hück, Düsseldorf, die Schweizer Fritz Zulauf, Paul Glauser, Hans-Rudi Engler, Rudolf Wenk sowie der Oesterreicher Fritz Rittsteiger und der Italiener Virgilio gegenüber.

Im Zweier-Kajak über 1000 m werden es die deutschen Meister Knepper-Kleine vom Kanu-Ski-Club Lünen schwer haben, sich gegen das Schweizer Meisterboot Kunz-Kunz und gegen die Mannheimer Noller-Steinhauser durchzusetzen. Im Zweier-Kajak über 500 m gilt das Schweizer Boot Kunz-Kunz als Favorit.

Das Vierer-Kajak-Rennen bestreiten Wassersportverein „Rheintreue", Düsseldorf, Mannheimer Kanugesellschaft, die Schweizer Nationalmannschaft und die Kanugesellschaft Neckarau.

Das größte Interesse gilt der internationalen Staffel über 4 x 500 m. An dieser Staffel beteiligen sich insgesamt neun Mannschaften: Reichsbahn Dresden, Schweiz, Mannheimer KG, „Rheintreue" Düsseldorf, Union Böckingen, Kanugesellschaft Neckarau, VfK Köln, Kateler KG und „Rheinbrüder" Karlsruhe.

Badische Tennismeisterschaften in Heidelberg

Der badische Tennisverband (Nord) ermittelt vom 7. bis 9. Juli in Heidelberg seine diesjährigen Titelträger im Herren-Einzel, Damen-Einzel, Herren-Doppel und gemischten Doppel in den Klassen A und B.

Titelverteidiger in der A-Klasse sind Kuhlmann, Heidelberg, (Herren-Einzel), Potaß-Gratwohl, Freiburg, (Herren-Doppel), Gräber, Konstanz, (Damen-Einzel), Burgmeister-Knobloch, Karlsruhe, (Damen-Doppel) und Frau Baacz-Müller, Konstanz, (gemischtes Doppel).

An den Titelkämpfen in Heidelberg werden sich neben den Spielern Nordbadens folgende Spieler aus Südbaden beteiligen: Potaß, Freiburg, im Herren-Doppel, der südbadische Vorjahresmeister Müller, Konstanz, Gratwohl, Freiburg, Frau Peters, Baden-Baden sowie die Titelverteidigerin im Damen-Einzel, Frl. Gräber, Konstanz.

Entscheidungsspiel Hockenheim—Oftersheim am 8. Juli

Das in der Aufstiegsrunde zur badischen Handballverbandsklasse notwendig gewordene Entscheidungsspiel zwischen den punktgleichen Anwärtern TSV Oftersheim und HSV Hockenheim findet bereits am kommenden Samstag, dem 8. Juli, auf dem neutralen Platz in Ketsch statt.

Radrennen in Karlsruhe und Durlach

Am kommenden Samstag und Sonntag finden in Durlach und Karlsruhe Radrennen mit namhaften süddeutschen Amateuren statt. Die Veranstaltung in Durlach steht u. a. ein Fliegerhauptfahren und ein Mannschaftsfahren nach Sechstageart vor. Am Sonntag geht es in Karlsruhe um die „Goldene Schärpe von Karlsruhe".

Tagung des Nationalen Olympischen Komitees

Das Präsidium des Nationalen Olympischen Komitees tritt am 12. Juli in Königswinter zu einer Sitzung zusammen, um die Nominierung der deutschen Delegation für die am 28. und 29. August in Lausanne stattfindende Tagung des Exekutiv-Ausschusses des Internationalen Olympischen Komitees vorzunehmen.

NÄHMASCHINEN kauft man bei NABBEN i. d. Passage

Kissel-Kaffee
täglich frisch geröstet.
Atlantik-Mischung 100 g 2.40
Spezial-Mischung 100 g 2.80
Hochland-Mischung 100 g 3.20
Costa-Rica-Mischung 100 g 3.60
Probieren Sie den köstlichen Kissel-Kaffee an meiner Quick-Bar in der Eingangshalle!
1 Probetasse -.20
Kissel-Kaffee Grossrösterei
Karlsruhe, gegenüber Hauptpost

MÖBEL EHRFELD am Rondellplatz KARLSRUHE

Drucksachen
liefert rasch und preiswert
Rhein-Druck G. m. b. H.
Mannheim S 3, 10

Lest, verbreitet u. abonniert das „Badische Volksecho"

Preiswerte Angebote in DAMEN-HERREN- UND KINDERKLEIDUNG sowie MODISCHEN SOMMERSTOFFEN
Man geht zu Schöpf SEIT 50 JAHREN
AM MARKTPLATZ

FÜR DIE FRAU

Brief an die Frauen Westdeutschlands

So wir Ihr, hörten auch wir mit namenlosem Entsetzen und tiefster Empörung von den grauenhaften Sprengvorbereitungen der Westmächte, die einen großen Teil Westdeutschlands mit seinen Bewohnern, mit Millionen von Heimstätten und fruchtbaren Feldern unter Wasser setzen wollen.

Als die große gesamtdeutsche Frauenorganisation wendet sich der Demokratische Frauenbund Deutschlands angesichts dieser schrecklichen Gefahr, die unserem ganzen Volke droht, insbesondere an Euch Frauen in Westdeutschland. Wir appellieren an Euch. Laßt Euch nicht einschläfern, öffnet die Augen, ehe es zu spät ist. Die Gefahr, daß die anglo-amerikanischen Imperialisten einen neuen Krieg entfachen, ist riesengroß. Deutschland soll das Schlachtfeld sein. Für das Vorhandensein der Sprenganlagen gibt es nicht nur photographische Beweise. Es wurde von den amerikanischen und französischen Militärverwaltungen offen zugegeben, daß die Sprengvorrichtungen fast überall in Westdeutschland bestehen. Denkt daran, daß auch Hitler unter der Maske des Friedens den grauenhaftesten Vernichtungskrieg vorbereitet hat. Wir aber haben genug vom Hitlerkrieg. Wir wollen nicht aufs Neue durch Leiden und Schrecken gehen, die noch hundertmal schlimmer sind, als die, die wir in den Bombennächten erlebten. Wir wollen endlich in Frieden und Demokratie aufbauen und unseren Kindern eine glückliche Zukunft schaffen.

Frauen Westdeutschlands, verstärkt die Arbeit für den Frieden, den Kampf gegen die Atombombe und gegen die Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland noch mehr. Geht in die Häuser, in die Bauernhöfe, in Geschäfte, Betriebe, in Büros und in die Schulen und klärt die Bevölkerung über die furchtbaren Kriegsvorbereitungen in Westdeutschland auf. Unterstützt die Arbeit der Friedenskomitees und des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands. Protestiert gegen das Verbot des Friedenstreffens auf der Lorelei.

Keine Frau darf sagen, man kann nichts tun. Wenn wir nur den Kampf für den Frieden und für das Leben unserer Kinder und unserer Familien kämpfen, werden wir die Vernichtung abwehren und gemeinsam ein einheitliches, demokratisches, friedliebendes und blühendes Deutschland schaffen. Wir sind in unserem Kampf nicht allein. Mit uns kämpfen Hunderte von Millionen friedliebender Menschen in allen Ländern der Erde.

Wir Frauen der Deutschen Demokratischen Republik werden Eure Friedensarbeit noch mehr als bisher unterstützen. Wir haben unsere Frauen aufgerufen, an ihre Angehörigen und Freunde in Westdeutschland über den weltweiten Kampf unter Führung der stärksten Friedenskraft der Sowjetunion gegen die amerikanische Atombombe zu schreiben und ihnen auch die Zeitungen mit den Photographien der Sprenganlagen zu senden. Wir haben uns um Unterstützung in unserem Kampf gegen die Zerstörungspläne der anglo-amerikanischen Besatzungsmächte an die friedliebenden Frauen der ganzen Welt gewandt und insbesondere den französischen Frauen eine gemeinsame Aktion gegen die Gefahr, die unsere beiden Länder bedroht, vorgeschlagen. Ferner haben wir das Sekretariat der Internationalen Demokratischen Frauenföderation gebeten, Protest gegen die Sprengvorbereitungen bei der UN zu erheben.

Es lebe unser gemeinsamer Kampf für den Frieden, das Wohl unserer Kinder in einem einheitlichen, demokratischen, friedliebenden Deutschland.

Demokratischer Frauenbund Deutschlands - Bundesvorstand
gez. Elli Schmidt
gez. Wilhelmine Schirmer-Pröscher.

Der Brotkorb wird höher gehängt ...

... für Frau Brückner, Madame Dupont und Mrs. Bridges

Wie, er interessiert Sie nicht, der Schuman-Plan? Ja, glauben Sie wirklich, Frau Brückner und Madame Dupont in Metz, es ginge Sie nichts an, wenn die Herren über den Stahl im Ruhrgebiet und in Lothringen darüber beschließen, wie Ihre Männer, wie Sie selbst mit vereinten Kräften noch mehr als bisher ausgebeutet werden können? Der Schuman-Plan, der jetzt in Paris ausgehandelt wird, will die westdeutsche und die französische Stahlindustrie zu einem gewaltigen internationalen Konzern zusammenfassen, dem sich auch die übrigen Marshallplan-Länder anschließen sollen. Geschachert wird bei diesen Besprechungen um die Profite der Finanzgewaltigen der verschiedenen Nationen, die sämtlich möglichst viel Geld aus dem gemeinsamen Geschäft heraus. Tagesordnung steht, sind die Interessen der deutschen und französischen Werktätigen.

Glauben Sie, Madame Dupont, die internationale Konzernleitung wird es dulden, daß Ihr Mann weiterhin nur 40 Stunden in der Woche arbeitet, wenn der deutsche Stahlwerker Brückner für weniger Geld 48 Stunden schuftet? Das wäre nicht „rentabel" im Sinne des Kapitalismus. Und mit der Drohung, daß nur „rentable" Betriebe in Gang gehalten werden können, wird man Ihren Mann zwingen, alles wieder aufzugeben, was er sich in zähen Auseinandersetzungen und Streiks mühsam an Rechten erkämpft hat.

Sie, Frau Brückner, machen sich vielleicht Hoffnung, daß Ihr Mann künftig den höheren Lohn seines französischen Kollegen erhalten könnte. Gemach, über diese Frage ist schon entschieden. Die Differenz zwischen den höheren und niedrigeren Löhnen fließt in eine sogenannte Ausgleichskasse zugunsten der Unternehmer. Auch die Preisunterschiede bei Kohle und Stahl in den beiden Ländern sollen nur den neuen Partnern der Schwerindustrie zum Vorteil gereichen: für den Verbraucher in Deutschland wird die Kohle, in Frankreich der Stahl teurer werden.

Und auch bei Euch wird das Geld knapper werden, Ihr Frauen in Italien, Belgien, Holland und Norwegen, nachdem Eure Regierungen sich unter dem Druck der allmächtigen Wirtschaftsführer bereit erklärt haben, an dem Zusammenschluß der Montanindustrie in Westeuropa teilzunehmen. Ueberall, wo es für den Europa-Konzern rentabler ist, in diesem oder jenem Land die Werke stillzulegen, weil die Produktionskosten zu hoch sind, werden Massenentlassungen das Heer der Arbeitslosen vergrößern. Lohnstreiks werden nichts mehr nützen, da sie nur den Arbeitsplatz in Gefahr bringen, und Arbeitskraft wird die einzige billige Ware auf dem westeuropäischen Kontinent sein.

Ihre Regierung, Mrs. Bridges in Sheffield, macht zunächst noch Vorbehalte zum Schuman-Plan. Und doch wird sie dem kapitalistischen System, dem sie anhängt, Rechnung tragen müssen. Kann England es sich leisten, nach dem Verlust der überseeischen Märkte, die der große Bruder in den USA während des Krieges an sich gerissen hat, auch noch auf sein Absatzgebiet in Westeuropa zu verzichten? Einen mörderischen Konkurrenzkampf aber mit dem geplanten internationalen Stahltrust aufzunehmen, ist England nicht in der Lage, zumal die britischen Stahlarbeiter die höchsten Löhne in Westeuropa erhalten. Für eine nationalisierte Stahlindustrie, wie sie auf dem Programm der Labour-Regierung steht, ist [illegible]eilich kein Platz in diesem Konzern der Banken und Großindustriellen. Darum eben sucht die Regierung verzweifelt nach einem Ausweg aus der Sackgasse, während die konservative Opposition mit Churchill an der Spitze begeistert ins Horn stößt. Sie aber, Mrs. Bridges, werden in jedem Fall weniger Wirtschaftsgeld erhalten.

Ein Schlag gegen die Arbeiter ist dieser Zusammenschluß der Unternehmer. Sie werden über die Wirtschaft bestimmen, sie werden entscheiden, welche Industriezweige in Westdeutschland, in Frankreich, in England, in Belgien gefördert und welche stillgelegt werden, und ausschlaggebend bei allen Beschlüssen wird die „Rentabilität", das heißt, das Profitinteresse der Unternehmer sein. Die Arbeiterschaft der einzelnen Länder aber wird gegeneinander ausgespielt. Welche Macht bleibt den Regierungen, welche Macht den gewählten Vertretern des Volkes, wenn die wichtigsten Industriezweige einer internationalen Clique überantwortet werden? Sie wird über die Lebenshaltung entscheiden. Die Hauptaktionäre des westeuropäischen Stahlkonzerns aber sitzen weder in Deutschland noch in Frankreich, noch in irgendeinem anderen europäischen Land, sondern in den Vereinigten Staaten von Amerika. Sie haben sich durch ihre Kapitalsanlagen in der Ruhrindustrie und in der französischen Wirtschaft von vornherein den Löwenanteil gesichert. Diese „Internationale" der Unternehmer bedeutet den Verrat an den nationalen Interessen jedes Landes.

Eine Gefahr für den Frieden ist die konzentrierte Macht des Kapitals in den Händen einiger Weniger. Denn je größer die Zusammenballung des Kapitals ist, desto größer auch die Krise, der die Wirtschaft entgegentreibt. Massenarbeitslosigkeit und immer niedrigere Löhne drücken die Kaufkraft für Gebrauchsgüter. Soll der Großkonzern dennoch gewinnbringend sein, so muß er produzieren, was seit Beginn der kapitalistischen Epoche immer produziert wurde, um Krisen zu überbrücken: Waffen, Munition, Kriegsmaterial. Um neue Absatzmärkte erschließen zu können, muß mit ihrer Hilfe das Heer der Arbeitslosen aufgerüstet und zu Kanonenfutter gemacht werden.

Zweimal schon haben die kapitalistischen Machthaber die europäische Arbeiterschaft diesen Weg geführt. Trotz aller demagogischen Friedensbeteuerungen einer gekauften Presse ist sie jetzt hellhörig geworden. Auch die Arbeiter schließen sich zu einer internationalen Front zusammen, um der Welt den Frieden zu erhalten. In London, in Paris, in Rom — überall begehrten die Werktätigen auf gegen die Bevormundung ihrer Wirtschaft durch die USA. In den Hafenstädten weigern sie sich, amerikanisches Kriegsmaterial zu entladen. In allen Ländern der Welt forderten die Frauen am Internationalen Kindertag Frieden für die Zukunft ihrer Kinder. Millionen und Abermillionen unterzeichneten den Beschluß des Stockholmer Friedenskomitees zur Aechtung der Atomwaffe. Sie haben erkannt, daß nur eins den Schlag der kapitalistischen Machthaber gegen die Arbeiter und den Frieden abwehren kann: die Solidarität aller Werktätigen im Kampf für ein besseres Leben und gegen die Kriegsgefahr. ggz.

Madame Curie / Zu ihrem 16. Todestag

Das Leben dieser einzigartigen Frau gleicht in seiner Hingabe an ihre Forschungsarbeit einem Mythos. Marie Sklodowska war Polin, die Tochter eines Physikprofessors an einem Warschauer Gymnasium. Nach Absolvierung des Lyzeums in ihrer Vaterstadt kam sie nach Paris, wo sie, da sie völlig mittellos war, eine Stellung als Laboratoriumsdienerin im chemischen Institut der Sorbonne annahm. Aus einer anfänglich untergeordneten Stellung stieg sie bald zur Laboratorin und Assistentin des Institutdirektors, des Chemikers Pierre Curie empor, der sie später heiratete. In gemeinschaftlicher Forschungsarbeit gelang dem Paar zu Anfang des Jahrhunderts die Entdeckung des Radiums, das als therapeutisches Mittel rasch eine ungeheure Bedeutung erlangte. Für ihre epochemachenden wissenschaftlichen Forschungen wurde dem Ehepaar Curie im Jahre 1903 der Nobelpreis für Chemie zugesprochen. Nach dem Tode ihres Gatten, der 1906 bei einem Automobilunglück ums Leben kam, wurde sie dessen Nachfolger als Professor an der Fakulté des Sciences der Sorbonne und Vorsteherin des dortigen Radiuminstituts, das den Mittelpunkt der Radiotherapie in Frankreich bildet. 1910 wurde Frau Curie von der englischen Royal Society die Albert-Medaille verliehen, und 1911 wurde sie zum zweiten Male mit dem Nobelpreis für Chemie bedacht. Die wiederholt beantragte Zulassung zum Institut de France wurde ihr versagt, da ein prinzipielles Bedenken gegen die Berufung von Frauen aufgeworfen wurde. Jedoch wurde sie später Mitglied der Aerztlichen Akademie. 1920 stellte der Gemeinderat von Paris auf Antrag von Frau Curie 2,5 Millionen Francs zur Verfügung für den Aufbau des Radium-Instituts, insbesondere zum Ankauf von 2 Gramm Radium (zum Preise von 800 000 Franken für das Gramm), das bekanntlich bei der Behandlung der Krebskrankheit — diese fordert alljährlich in Paris ungefähr 3500 Opfer — große Dienste leistet. Der Ausbau des Instituts sollte vor allem die Behandlung einer größeren Krankenzahl ermöglichen und war in den nächsten Jahren Frau Curie's Hauptaufgabe.

Im Juni 1928 ernannte sie die Universität Glasgow zum Ehrendoktor. Sie ging dann im Oktober desselben Jahres in ihre Heimat, um an der Errichtung eines Radiuminstituts in Warschau mitzuarbeiten.

1934: Marie Curie ist 67 Jahre alt. Von Tag zu Tag steigert sich ihre Müdigkeit, die Sehkraft ist geschwächt, quälendes Ohrensausen und rheumatische Beschwerden stellen sich ein. Alle diese Zeichen der Ueberarbeitung und höchster Anspannung beachtet sie nicht, bis ihre übermenschliche Energie an der Grenze ihres Lebens zu Ende ist. Sie erkrankt an einer tödlichen Blutkrankheit, die die Medizin als eine perniziöse Anämie bezeichnet, und stirbt im Sanatorium Sancellemoz am 4. Juli als ein Opfer des Radiums, das sie mit ihrem Manne entdeckte. Unter der andauernden Einwirkung der Strahlung war das Knochengewebe zerstört. Ein Jahr nach ihrem Tode erscheint das Buch, das sie kurz vor ihrem Tode noch vollendete. Es trägt den Titel „Radioaktivität" und den Namen des Autors: „Madame Pierre Curie, Professor an der Sorbonne, Nobelpreis für Physik. Nobelpreis für Chemie". Die geistvolle und anmutige Polin Marie Sklodowska war in ihrer Wahlheimat Frankreich zu einer der bedeutendsten Frauen der Welt, einer Wohltäterin der Menschheit geworden. unsterblicher Ruhm umstrahlt den Namen Curie.

Frankfurter Frauen und Kinder demonstrierten

Am Mittwochvormittag hatten sich Frankfurter Frauen zusammengefunden, um in einer eindrucksvollen Demonstration durch die Straßen der Stadt ihren Friedenswillen zu bekunden. Die Frauen führten ihre Kleinen an den Händen und viele schoben Kinderwagen. Darin lagen die Kleinsten. Sie sollen, das ist der feste Wille ihrer Mütter, nicht die Schrecken eines neuen Krieges erleben. Eine Frau hatte ihre beiden Kinder auf einen Leiterwagen gepackt. Sie wurde vor sechs Jahren durch amerikanische Bomber ausgebombt und ist nicht in der Lage, von dem geringen Verdienst ihres Mannes einen Kinderwagen zu kaufen.

Der Zug der Frauen und Kinder bewegte sich in den Mittagsstunden durch die belebten Straßen der Stadt. Auf Transparenten, die von den Kindern getragen wurden, forderten sie: „Schluß mit dem Krieg in Korea!", „Wir wollen Frieden!", „Wir wollen nicht in Luftschutzkellern sitzen, sondern in Sandkästen spielen!"

Ein Transparent rief alle Frauen auf, gegen die Atombombe zu kämpfen. Weitere Frauen schlossen sich dem Zuge an und ein altes Mütterchen sagte: „So ists richtig, wir müssen den Herrschaften zeigen, daß wir genug von dem ganzen Schlamassel haben."

Vor dem Gebäude des amerikanischen Konsulats in der Bockenheimer Anlage hielt Frau Friedel Jung vom Demokratischen Frauenbund Deutschlands eine kurze Ansprache. „Schon wieder werden von amerikanischen Flugzeugen Bomben auf friedliche Frauen und Kinder in Korea abgeworfen. Es ist unsere Aufgabe, an das Gewissen der Menschen zu rütteln", rief sie den Versammelten zu. Dann ertönten im Sprechchor die Rufe: „Korea, den Koreanern!" „Ami, go home!"

Hervorragende sowjetische Frauen

Einen wichtigen Beitrag zum Kampf gegen Malaria leistete Frau Dr. Polowdowa, wissenschaftliche Mitarbeiterin des Rostower Institutes für Malaria und medizinische Parasitologie, mit einer neuen Arbeit über die Malariamücke. Nach ihren letzten Versuchen wird es möglich sein, neueste chemische Präparate mit großem Erfolg gegen die Malariamücke einzusetzen.

Eine sowjetische Traktoristin, Darja Garmasch, die für die Einführung neuer Arbeitsmethoden mit dem Stalin-Preis ausgezeichnet wurde, ist jetzt zum wissenschaftlichen Beirat des landwirtschaftlichen Instituts in Rjasan gewählt worden.

Hilfe! MUTTER Hilfe!

Millionenfach stand dieser Verzweiflungsschrei über den Schlachtfeldern des ersten und des zweiten Weltkrieges.

Hilfe, Mutter, Hilfe!

gellt der Schmerzensruf heute auf den Schlachtfeldern des schmutzigen Krieges gegen das Volk von Vietnam! Auch die Söhne deutscher Mütter enden dort im Bombenhagel.

Hilfe, Mutter, Hilfe!

In Korea befahl Syngman Rhee, ein Feind seines Volkes, den Krieg gegen Nordkorea, in dem das Volk selbst seine Geschicke in die Hand genommen hat.

Hilfe, Mutter, Hilfe!

Das wird der Entsetzensschrei von Millionen westdeutscher junger Menschen werden, wenn es den Kriegstreibern in Amerika und ihren Freunden in allen Ländern, auch in unserer Heimat, gelingt, aus dem Krieg in Korea den großen Weltbrand zu entfesseln, den sie seit langem vorbereiten.

Hilfe, Mutter, Hilfe!

werden unsere kleinen Söhne und Töchter, unsere Geschwister schreien, wenn fremde Truppen unser Land in einen Kriegsschauplatz verwandeln, wenn wir wieder vergeblich versuchen werden, sie vor den Bomben, die auf unsere Städte niederprasseln und unsere Häuser und uns selbst in Feuersäulen verwandeln, zu retten.

Hilfe, Mutter, Hilfe!

Dieser Ruf wird in unseren Ohren gellen und unsere Herzen in wilde Verzweiflung treiben, wenn unsere erwachsenen Söhne und unsere Männer in fremde Uniformen gesteckt und von unserer Seite weggerissen werden, um gegen unsere Brüder im Osten unserer Heimat zu kämpfen.

Die Stunde ist ernst!

Wir Mütter entscheiden mit über Leben oder Tod

Es nützt nichts, die Augen zu schließen und zu hoffen, daß „schon alles gut werden wird". Die Kriegstreiber wollen den Krieg, um ihre eigene Macht und ihren Reichtum gegen das Verlangen der einfachen Menschen in allen Völkern zu verteidigen, die mit ihren Kindern in friedlicher Arbeit ein glückliches Leben verlangen. Sie werden alle Mittel anwenden, um uns von unserem Recht auf ein sorgloses Leben, auf eine glückliche Jugend unserer Kinder fernzuhalten.

Atombomben bedrohen uns alle -

schon hat ein englischer Abgeordneter verlangt, daß der Krieg in Korea durch den Abwurf von Atombomben auf Nordkorea beendet werden soll! Mit derselben Brutalität werden er und seine Freunde Atombomben auf unsere Städte verlangen. In den Städten und auf den Dörfern, die von dieser furchtbaren Mordwaffe bedroht sind, leben wir aber mit unseren Männern und unseren Kindern! Auf uns, auf unsere Häuser werden die Atombomben fallen und alles vernichten, was Leben hat.

Wir aber wollen Leben!

Zur Verteidigung dieses unseres Lebens, Frauen, rufen wir Euch alle. Noch ist es nicht zu spät, noch können wir das geliebte Leben unserer Kinder behüten. Wir entscheiden, ob sie in Frieden spielen und lernen können.

Hilfe, Mutter, Hilfe!

Täglich kommt dieser Ruf zu uns. Täglich geben wir ihnen Hilfe, unseren unter Schmerzen geborenen Kindern. Wir dürfen nicht versagen, wenn es gilt, viel mehr als ihre täglichen kleinen Sorgen und Kümmernisse zu heilen. Holt alles zusammen, was in Euch ist, Frauen, an Liebe zu den kleinen Geschöpfen, die das Glück und der Inhalt unseres Lebens sind oder einmal werden sollen.

Seid tapfer, Mütter!

Denkt daran, daß Millionen und aber Millionen anderer Mütter mit derselben Liebe erfüllt sind, mit derselben Bereitschaft, ihr Glück zu verteidigen. Die Mütter in Amerika, in England, in Italien, in der Sowjetunion, die Mütter in China und Korea, die Mütter in Polen und Rumänien, die Mütter in aller Welt warten auf uns. Sie alle haben schon einmal über Gräbern geweint und zu spät erkannt, daß das Leben ihrer Toten mit in ihre Hand gegeben war, ohne daß sie das erkannt hatten. Sie wollen nicht noch einmal versagen.

Wir sind Millionen -

und Millionen den Frieden liebender Männer stehen an unserer Seite. Es kommt nur darauf an, daß wir uns alle vereinigen und unseren gemeinsamen Feinden, den Kriegstreibern in allen Ländern, in die Arme fallen. Nur wenn wir tatenlos das Grausige auf uns zukommen lassen, uns nicht wehren, werden wir zu Millionen einen furchtbaren Tod sterben.

Vereinigen wir uns!

Bilden wir überall Friedensausschüsse, in allen Wohngemeinschaften, in allen Städten und Dörfern, in allen Betrieben, in den Schulen — überall dort, wo Menschen wohnen, die atmen und leben wollen!

Millionenfach muß unser Schrei durch die Länder gellen:

Schluß mit aller Kriegshetze! Schluß mit allen Kriegsvorbereitungen!

Wir stellen uns hinter die Beschlüsse der Weltfriedensbewegung, die auf ihrer Tagung in Stockholm das Verbot der Herstellung und die Vernichtung aller bereits hergestellten Atombomben verlangt hat.

Wir fordern, daß die Regierung und die Volksfeinde geächtet werden, die, wie der englische Abgeordnete, Atombomben fordern oder anwenden.

Viele hundert Millionen Menschen haben sich schon in die Listen der Kämpfer für den Frieden eingetragen, um durch ihre Unterschrift allen Kriegstreibern und allen Kriegsplänen ihr „Halt!" entgegenzusetzen. Geben auch wir Frauen unsere Unterschrift.

Mütter! Frauen!

Zögert keine Minute in der Verteidigung Eures eigenen Lebens, des Lebens Eurer Männer und des Lebens Eurer Kinder! Holt Euch aus Eurer Liebe zu den Menschen, die zu Euch gehören, zu allen Menschen, die Kraft und den Mut zum Handeln!

Es geht um Tod oder Leben! Wir aber wollen leben!

DFD

Demokratischer Frauenbund Deutschlands, Büro Westdeutschland

Verschafft Euch Listen und sammelt Unterschriften für den Frieden!
Listen sind erhältlich bei dem Komitee der Kämpfer für den Frieden in Westdeutschland, Frankfurt a. M., Schweizerstraße 38, und beim Büro Westdeutschland des Demokratischen Frauenbundes Deutschlands, Düsseldorf, Worringerstraße 112/3.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

New York, 12. Straße / Von Hilde Eisler

Die 12. Straße in New York — zwischen der 2. und der 1. Avenue — wird an Schmutz, Gestank und Lärm, an bunter Geschäftigkeit und der Zahl sich herumbalgender Kinder höchstens noch von der 11. Straße übertroffen. Hier leben in Wohnungen, die völlig des berühmten amerikanischen Komforts entbehren, meistens Italiener, Polen, Ukrainer, Russen und Juden, die um die Jahrhundertwende und in den zwanziger Jahren nach Amerika kamen und in dieser klassischen Gegend der Einwanderer hängen blieben, weil sie zu arm waren, um — wie ihre glücklicheren Landsleute — in den schöneren und gesünderen Stadtteil Bronx zu ziehen. Es ist eine Gegend, die mit dem Reklame-Amerika der glatten Magazine des Mr. Henry Luce so viel zu tun hat wie die Atombombe mit dem menschlichen Glück. Es ist die Straße, wo die italienische Hausfrau ihren unverfälschten Parmesankäse, Olivenöl und dicke schwarze Oliven kauft, wo der polnische Fleischer die echteste Krakauer Wurst herstellt und wo in gewölbeartigen Läden lebendes Geflügel feilgeboten wird, das in seinen Lattenkisten einen Höllenlärm verursacht. Sind die Olivenfässer und Geflügelkisten leer, so werden sie einfach auf der Straße übereinandergetürmt und dienen den Kindern als „Deckung", wenn sie sich als „Gangster und Polizei" gegenseitig „totschießen".

Um die Ecke, zwischen der 12. und 11. Straße an der 1. Avenue, ist eine große Markthalle, die mich, als ich sie entdeckte, in helles Entzücken versetzte. Sie ist ganz unamerikanisch und könnte in jeder mittel- und osteuropäischen Stadt beheimatet sein. Vom Salzhering bis zum Schnürsenkel wird dort alles verkauft. Keine europäische Spezialität, die hier nicht zu finden wäre. Italienisch und Polnisch sind die vorherrschenden Sprachen, Englisch hört man auch manchmal. Immer wenn mich die Sehnsucht nach gutem Brot packte, ging ich in die 12. Straße hinunter, in dies kleine Stück Europa, und kaufte beim Italiener ein Brot, das zwar nicht in Zellophanpapier eingewickelt war mit der Aufschrift „Dieses Brot wurde von keines Menschen Hand berührt", dafür aber auch nicht wie Watte aussah, sich nicht wie Watte anfühlte und sich nicht wie Watte kaute.

Die New Yorker Sommer sind ihrer unerträglichen feuchten Hitze wegen berüchtigt. Die 12. Straße, die eng und dumpf ist, weder Baum noch Strauch ihr eigen nennt, ist dann ein Inferno. In den Wohnungen ist es so heiß und stickig, daß die Eltern ihre Kinder den ganzen Tag auf die Straße schicken müssen. Die Stadtverwaltung läßt in den vornehmen Gegenden die Straßen jeden Tag mit Spritzwagen reinigen, in der armen 12. Straße unterzieht sie sich dieser Mühe nur alle paar Tage. Aber der Schmutz ist nicht der größte Feind dieser Kinder, sondern die riesigen Lastautos, die ununterbrochen durch diese und die benachbarten Straßen rasen. Unfälle sind an der Tagesordnung. Das statistische Amt bezieht sie ein in die Zahl der 300 000 Todesopfer, die der Verkehr jährlich in den USA fordert. Als alle Vorstellungen und Bitten der Eltern bei der Stadtverwaltung, gewisse besonders kinderreiche Straßen für den Lastwagenverkehr zu sperren, ungehört blieben, taten sich die Mütter einer Straße zusammen und bildeten eine menschliche Mauer, um die Lastwagen daran zu hindern, durchzufahren und das Leben ihrer Kinder zu gefährden.

Ich will nicht den Eindruck erwecken, als ob alle Kinder in New York so traurig dran sind. Das wäre ungerecht. Nur etwa fünfzehn Minuten Fußweg entfernt, in einer der vornehmsten Straßen von Alt-New York, mitten zwischen kleinen Villen und eleganten Wohnhochhäusern, befindet sich eine wunderschöne, gepflegte Parkanlage, die abgeschlossen ist: der Gramercy-Park. Den Schlüssel zum Park bekommt jede Familie, die in dieser Straße wohnt. Ein Fremder darf nicht hinein. Vormittags und nachmittags sitzen hier die Kindermädchen mit den Sprößlingen der reichen Leute. Am Abend führen der gnädige Herr und die gnädige Frau den Hund im Park spazieren und erfreuen sich der kühlen Brise und des Wohlgeruchs der Linden und Akazien. In der 12. Straße, in der es nach allem riecht, nur nicht nach Linden und Akazien, sitzen die Leute an den Sommerabenden vor der Haustür oder auf der Feuerleiter, um ein bißchen Luft zu schnappen, während die zehn- bis vierzehnjährigen Buben im Licht einer Straßenlaterne auf dem Boden sitzen und um Geld Poker spielen, mit den Gesten und dem Jargon gewiegter Kartenspieler. Größte Freude herrscht bei den Kindern, wenn die Straßenreinigungsgesellschaft die Hydranten, die für die Feuerwehr bestimmt sind, aufdreht, um den Dreck mit starkem Wasserdruck fortzuspülen. Dann rennen sie nach ihren Badehöschen und spielen „Strandbad". Unter ungeheurem Johlen und Schreien bespritzen sie sich gegenseitig und sitzen bis zum Nabel in dem vom Staub und von den Abfällen trüben Wasser.

Als ich wieder einmal durch die 12. Straße ging, knallte plötzlich dicht vor mir ein riesiger Klecks Spucke aufs Pflaster. Das wäre beinahe ein Volltreffer gewesen, dacht ich entrüstet und schaute hoch, woher diese wenig liebenswürdige Begrüßung käme. Da bemerkte ich etwas, was mir bisher entgangen war: ein Haus, in dem vom ersten bis zum letzten Stockwerk sämtliche Fenster vergittert waren. Hinter den Gitterstäben sah ich zwei Jungengesichter höhnisch grinsen. Na, wenn ich da oben eingesperrt wäre und immer auf Menschen schauen müßte, die frei herumlaufen, würde ich wahrscheinlich auch mal vor Wut oder Gehässigkeit hinunterspucken, sagte ich mir. Ich studierte die ganze Fassade und sah in jedem Fenster die Köpfe von Negerbuben und weißen Buben (an solchen Orten gibt es keine Absonderung), die krampfhaft versuchten, so weit wie möglich durchs Gitter auf die Straße zu schauen. Es war eine „Besserungsanstalt" für kriminelle Jugendliche. Hier, dachte ich, hast du das Symbol der 12. Straße, aller 12. Straßen. Von klein auf liegen die Kinder in der Gosse, sich selbst überlassen, lesen die Schundmagazine, in denen der erforderliche Gangster der Held, in denen jedes Verbrechen bis in grausamste Einzelheiten beschrieben und abgebildet ist. Die Fortsetzung davon sehen sie im Kino, hören sie im Radio. Ihre Religion ist der Dollar, um so mehr, als er zu Hause allzu knapp ist. Das Leben lehrt sie, daß nur der erfolgreiche Mann, d. h. der Mann, der die meisten Dollars macht — auf welche Weise, spielt keine Rolle — etwas gilt, und in der Schule lernen sie es auch nicht besser. Wenn sie dann das, was sie lesen und hören, „praktisch anwenden", entweder kleine Diebe werden, oder, was erschreckend oft vorkommt, gar Mörder, dann landen sie auf der gegenüberliegenden Seite der Straße, im Gefängnis. Der Weg ist nicht weit, und die Szene wechselt nicht. Was sie vorher „in Freiheit" sahen, sehen sie jetzt aus vergitterten Fenstern.

Der zusammengeflickte Tourist

Eine in Deutschland bisher noch unveröffentlichte Humoreske von Jaroslav Hasek

Als ich auf einem Ausflug in der Umgebung von Dresden herumschlenderte, passierte mir das Unglück, daß ich von einem Schnellzug dicht vor der Stadt überfahren wurde. Ich wurde so herrlich zerstückelt, daß anderthalb Jahre nötig waren, bis man mich im Krankenhaus wieder gründlich zusammengeflickt hatte. Ich wollte von meinem Ausflug nach Dresden nach vier Tagen wieder in Prag sein, aber es dauerte achtzehn langen Monate, bis ich die Rückreise endlich antreten konnte.

Ich sah schrecklich aus. Was von mir selbst noch übriggeblieben war, weiß ich bis heute noch nicht. Mir ist nur bekant, daß mich 18 Aerzte mit ihren 52 Assistenten Stück für Stück künstlich zusammenfügten. Und es gelang ihnen herrlich. Ich erhielt eine Aufstellung darüber, aus welchen Bestandteilen ich wieder zusammengesetzt wurde, um weiter leben zu können; insgesamt waren es 14 Seiten.

So habe ich behalten: ein winziges Stück meines Gehirns, irgendeinen Teil des Magens, etwa 15 kg vom eigenen Fleisch, einen halben Liter vom eigenen Blut; — alles andere war nicht von mir, nur mein Herz, und auch das war noch so zusammengenäht aus meinem und dem Herzen eines Rindviehs. Die ärztliche Wissenschaft feierte wahre Triumphe.

Als ich endlich entlassen wurde, führte mich mein erster Weg zum Zentral-Friedhof, um hier von meinen bestatteten Resten würdevoll Abschied zu nehmen. Dann ging ich zum Bahnhof und fuhr nach Prag, mit dem Bewußtsein, daß ich meinen Ausflug nach Dresden von allen Touristen, die jemals diese Stadt besucht haten, wohl am besten ausgenutzt habe.

In Teschen, an der österreichischen Grenze mußten wir uns einer Grenzkontrolle unterziehen. Meine absonderliche Erscheinung eines künstlich wiederhergestellten Menschen erweckte bei einem dieser Zöllner allem Anschein nach den Eindruck daß eine Person von solchem Aussehen zumindest ein Süßstoffschmuggler sein müßte.

„Zeigen Sie mir Ihren Koffer", befahl mir der Beamte, „und folgen Sie mir in das Büro!" Hier wurde der Koffer geöffnet aber man fand nichts Verdächtiges. Schließlich entdeckte man dann unter meinen Papieren das Verzeichnis, das in dem Krankenhaus in Dresden ausgestellt war und die Unterschriften von 18 Professoren und 52 Assistenten trug.

„Mensch", sagte er zu mir, nachdem er einen Blick in die Aufstellung geworfen hatte, „kommen Sie mit zum Vorsteher, so dürfen Sie nicht nach Oesterreich fahren!"

Der Vorsteher des Zollamtes blätterte lange in dem Verzeichnis herum und sagte schließlich:

„Erstens ist, wie hier in dieser Aufstellung vermerkt, das Hinterteil Ihres Schädels durch eine silberne Platte ersetzt. Das Silber ist nicht punciert, dafür haben Sie eine Strafe von 12 Kronen zu zahlen. Da Sie laut Setzungen der Zollvorschriften VII b § 946 nichtpunciertes Silber mit Vorsatz ins Ausland schaffen wollten, zahlen Sie — laut Satzungen der Zollvorschriften VIII v. § 946 — eine dreifache Strafe, also dreimal 12 Kronen, insgesamt 36 Kronen.

Hinzu kommt noch die Zollgebühr für 120 Gramm Silber — auf Grund der internationalen Abmachung vom Jahre 1902 je Gramm 10 Heller —, macht also zwölf Kronen. Des weiteren ist Ihr linker Schenkelknochen durch einen Pferdeknochen ersetzt. Das fällt unter unangemeldete Ausfuhr von Knochen. Damit fallen Sie dem österreichischen Handel mit Tierknochen in den Rücken, Freundchen!

Zu welchem Zweck tragen Sie Pferdeknochen in sich? Damit Sie gehen können? Wir werden also in das Protokoll aufnehmen daß Sie Pferdenochen zu Gewerbezwecken verwenden. Geben Sies nur zu, mein Herr! Ein gewerblicher Zweck ist eine sehr hübsche Sache, aber diesmal hat es sich wirklich nicht gelohnt, denn wir haben einen sehr hohen Zoll für den Schmuggel von Tierknochen nach Oesterreich. Sie zahlen 24 Kronen.

Dann ist hier angegeben, daß Ihnen drei Rippen durch Platindraht ersetzt worden sind.

Mensch! Sie führen nach Oesterreich Platin aus? Wissen Sie, was Sie dafür erwartet? Eine dreihundertfache Strafe. Wenn die Drähte ein Gewicht von 20 Gramm haben dann macht es 1605 Kronen Strafe. Allein für diesen LLeichtsinn hätten Sie eine Extrastrafe verdient.

Aber was sehe ich denn hier?

Hier steht ja, daß ein Teil Ihrer Nieren und zwar die linke Niere, durch Schweineniere ersetzt ist! Mein lieber Herr! Die Ausfuhr von ausländischen Schweinen nach Oesterreich ist verboten. Begreifen Sie das? Das Verbot bezieht sich auch auf die einzelnen Teile der Schweine. Wenn Sie also nach Prag wollen, muß die Niere in Deutschland bleiben."

Da ich hiermit nicht einverstanden, halte ich mich berets seit zehn Jahren in Sachsen auf und warte sehnsüchtig auf den Moment wo dieses Verbot aufgehoben wird.

Dann kann ich vielleicht doch endlich meine Heimreise antreten.

Ein „köstliches" Porträt

Ende Juni fand in Westberlin ein mit großem Getöse veranstalteter Kongreß sogenannter „Kämpfer für die Freiheit des Geistes" statt, auf dem sich die erprobten Antikommunistenhetzer zusammenfanden. Die westlich orientierte Presse versäumte nicht, mehr oder weniger breit und ausführlich über die vom Stapel gelassenen Tiraden zu berichten. So bringt die „Badische Zeitung" vom 6. Juli den Wortlaut der Rede eines Herrn Koestler, der sich in langatmigen kosmopolitischen Sachbadereien verliert. Es lohnt wirklich nicht, darauf einzugehen. Dafür ist es aber um so aufschlußreicher, sich etwas mit der Person des Herrn Koestler zu befassen, den die BZ in einer Einleitung als den Mann preist, dessen Erfahrungen ihn „zum entschiedenen Gegner der östlichen Tyrannei und zum Wortführer der demokratischen Freiheit" werden ließen. Es ist dies um so aufschlußreicher, da Koestler nicht der einzige seines Schlages war, der den Kongreß zierte.

Die BZ erwähnte Koestlers Buch „Der Yogi und der Kommissar", das 1945 in Dänemark herauskam. Durch dieses antisowjetische Machwerk wurde er als Betrüger entlarvt, verdiente aber trotzdem viel Geld damit, weil dieses Buch denen gelegen kam, die zum dritten Weltkrieg hetzen. Mit einer Fülle von angeblichem Tatsachenmaterial wollte er seine Lügen über die Sowjetunion „beweisen". Aber Herr Arthur Koestler hatte Pech. Auf Anregung der Dänischen Studentenvereinigung überprüfte ein ausdrücklich zu diesem Zweck eingesetztes wissenschaftliches Komitee die Quellen und Angaben seines Machwerks. Als Ergebnis dieser wissenschaftlichen Untersuchung erwiesen sich 40 Prozent der Angaben und Zitate Koestlers als nachweisbar reine Erfindungen, 23 Prozent als grobe Verdrehungen und Entstellungen der Wahrheit, 14 Prozent als richtige Angaben und Zitate mit „kleinen" Entstellungen und gewissen tendenziösen „Korrekturen". Nur 23 Prozent der Angaben wurden als richtig und stichhaltig anerkannt. Diese 23 Prozent sprechen aber ohne Ausnahme für die Sowjetunion. Mit ihrer Hilfe wollte Koestler seinem Machwerk den Anschein der Objektjvität geben. Die Kommission kam zu dem Gesamturteil, daß dieses Buch von einem Manne geschrieben ist, dem jeder Respekt vor der Wahrheit abgeht. Diesem Urteil hat Koestler nie widersprochen.

Als Koestler sein Machwerk fabrizierte, hatte er schon einige Wandlungen hinter sich, die bezeichnend für ihn sind. Vom Anhänger des Zionismus wechselte er zum Journalisten im Dienste der englischen Unterdrückung der jüdischen Einwanderung über. Von der britischen konservativen Zeitung Kairos ging sein Weg zum Berliner Ullstein-Konzern. Er wurde der Freund und Jünger des faschistischen Literaten Oskar Goldberg, der im „Zauberberg" von Thomas Mann als der Prototyp eines nihilistisch-faschistischen Intellektuellen figuriert. Im kommunistischen Lager landete er 1932, zu einer Zeit also, als eine Reihe sogenannter Salonbolschewisten ihr Herz für den Kommunismus entdeckten. Seine Rolle in der Emigration war unbedeutend, vor allem aber zweifelhaft, das Jahr 1938 fand ihn bei den Trotzkisten. Später tauchte er im faschistischen Lissabon auf, von dort ging er nach London, wo er seine Karriere als Hetzer gegen die Sowjetunion vorbereitete.

Fürwahr, der Mann, den die „Badische Zeitung" ihren Lesern servierte, ist ein „koestliches" Beispiel der „Geistesgrößen", die als Paradepferde auf dem sogenannten „Kulturkongreß" in Westberlin auftraten.

Jp.

Bei Ausgrabungen in der Nähe von Sarnowo, Kreis Wloclawek, wurden die Reste eines ausgedehnten Begräbnisfeldes aus neolithischer Zeit, ca. 2000 v. Chr. entdeckt, dessen Gräber der Becher-Kultur angehören, wie die aufgefundenen Skelette und Kugelamphoren beweisen.

Volksbühnentage hüben und drüben

Anläßlich des 80jährigen Bestehens der Berliner Volksbühne fanden vom 23. bis zum 26. Juni im Haus der Ministerien in Berlin für die Deutsche Demokratische Republik und in Frankfurt am Main für die Westzonen Volksbühnentage statt. Während in Berlin der Präsident der Republik, Wilhelm Pieck, und der Ministerpräsident Otto Grotewohl durch ihre Anwesenheit das Interesse, die Förderung und Unterstützung bekundeten, die im Neuen Deutschland Staat und Regierung der Kultur im allgemeinen und dem Theater im besonderen entgegenbringen und die Teilnahme offizieler Vertreter der polnischen und tschechoslowakischen Volksrepubliken, sowie des bekannten ungarischen Dramatikers Julius Hay und des holländischen Schriftstellers Nico Rost die internationale Verbundenheit und die Bedeutung dieser Tage unterstrich, hatte man sich für Frankfurt ausgerechnet den französischen Existentialisten Jean Paul Sartre als Festredner eingeladen

Rund 275 Delegierte aus den fünf Ländern der DDR und Berlin vertraten fast 500 000 Volksbühnenmitglieder. Unter den Gästen wurde der 83jährige Schriftsteller Wilhelm Spohr, ein Mitarbeiter des Begründers der Volksbühne, Bruno Wille, besonders herzlich begrüßt. Auf der Eröffnungskundgebung im Friedrichstadt-Palast, bei der Präsident Wilhelm Pieck und Ministerpräsident Otto Grotewohl bei ihrem Erscheinen stürmisch gefeiert wurden, ergriffen außer den Obengenannten u. a. der Dichter Arnold Zweig, Prof. Heinrich Franck von der Technischen Hochschule Charlottenburg und Prof. Gerhart Eißler das Wort. Wolffgang Langhoff rezitierte Friedensgedichte von Brecht und Becher. Grundlegende Referate des Intendanten Wolffgang Langhoff über „Das neue deutsche Theater im Kampf um den Frieden" und des Intendanten Hans Rodenberg über den „Kampf um die Entwicklung einer neuen deutschen Kultur" leiteten die Arbeitstagung ein. In diesen Referaten kam zum Ausdruck, daß wahre Kultur nur im Frieden gedeihen könne, daß darum der Kampf für die Erhaltung und Festigung des Friedens zu den vornehmsten und vordringlichsten Aufgaben der Volksbühne und ihrer Mitglieder gehöre. In der anschließenden regen und abwechslungsreichen Diskussion wurde deutlich, wie tief die Volksbühne mit ihren verschiedenen Sparten mit dem Kulturleben in der DDR verwachsen ist, wie fest sie in den Massen und in den Betrieben verankert ist. Die Delegierten der Betriebe und der Massenorganisationen versprachen, ihre Arbeit weiter zu verstärken und zu vertiefen, um im Laufe des Jahres die Zahl der Volksbühnenmitglieder auf eine Million zu verdoppeln. Die Brandenburger Intendantin Ilse Weintraud sagte: „Ich möchte an dieser Stelle noch einmal öffentlich das aussprechen, was ich in kleinem Kreise schon öfter gesagt habe; nämlich: wie glücklich ich bin, daß ich vor zwei Jahren aus dem Westen in die DDR kam; denn dort im Westen wäre ich jetzt eine arbeitslose Schauspielerin und in der DDR bin ich Intendantin."

Am Schluß der Tagung wurde die Umwandlung des Verbandes Deutscher Volksbühnen in eine zentrale Deutsche Volksbühne beschlossen. Zum neuen Vorsitzenden wurde nach dem Ausscheiden von Friedrich Wolf, der inzwischen zum Leiter der diplomatischen Mission in Warschau ernannt wurde, der Intendant des neuen „Theaters der Freundschaft" im Haus der Kultur, Hans Rodenberg, gewählt. Dem neuen Vorstand gehören u. a. an: Prof. Victor Klemperer, Intendant Wolffgang Langhoff, Intendant Ernst Legal, Prof. Maxim Valentin, Weimar, Fritz Erpenbeck, Intendantin Helene Weigel und Intendantin Ilse Weintraud, sowie der bekannte Bühnenverleger Bruno Henschel.

In Aufführungen der „Sonnenbrucks" in den Kammerspielen, dem bemerkenswerten Drama des polnischen Dichters Leon Kruczkowski, sowie des „Faust" im Deutschen Theater und von Gustav v. Wangenheims „Du bist der Richtige", einem Aktivistenstück aus der Gegenwart, im Theater der Freundschaft konnten sich die Delegierten und Gäste von dem hohen künstlerischen Stand und der kompromiß- und konzessionslosen thematischen Aufrichtigkeit des Berliner Theaters Rechenschaft geben.

Ge--ke

Brand in der Polarnacht

Roman von TICHON SJOMUSCHKIN

Copyright Verlag Kultur und Fortschritt, Berlin.

56. Fortsetzung

„Komm, rauchen wir, Umkatagen! Ich schenke dir meine Pfeife."

Und Loß schob dem Alten seine Pfeife in die Hand.

Auf dem Gesicht des Alten zeigte sich ein gequältes Lächeln.

„Wie ein Kind ist dieser russische Vorgesetzte", sagte er und hielt die Pfeife hin.

Loß stopfte sie und reichte ihm ein brennendes Streichholz.

Sie rauchten schweigend.

„Was soll jetzt werden?" fragte Umkatagen den Schamanen.

Vor Aufregung und Angst vor dem bösen Geist Kele weinte der Alte leise. Er rauchte und Tränen flossen über sein trauriges Gesicht.

Es war so viel Ungewöhnliches an dieser Lage, daß der Schamane selbst verwirrt war. Endlich zischte er aus seiner Ecke hervor:

„Man muß schnell den Namen des Alten ändern, damit Kele ihn nicht erkent. Man muß die Spur verwischen."

„Was für einen Namen soll ich denn nehmen?" überlegte Umkatagen laut.

„Nimm einen russischen Namen an, Alter!" sagte Andrej.

„Dann verliert Kele die Spur ganz."

„Jaja, das ist wahr! Kele wird keinen Russen suchen", griff der Schamane Andrejs Vorschlag auf.

„Wie heißt der Russe, der das neue Gesetz ausgedacht hat?" fragte Ermen zu Loß gewandt.

„Lenin! Iljitsch!"

So soll der Alte diesen Namen annehmen," sagte Ermen.

Es war keine Zeit zu verlieren, und der Alte wurde sofort Iljitsch getauft.

„Hast du den Namen angenommen?" fragte der Schamane.

„Jaja, ich habe ihn angenommen!" sagte der Alte froh und aufgeregt.

Jetzt kam die Prüfung.

„Umkatagen!" rief Ermen.

Umkatagen!" ertönte die Stimme des Schamanen,

Aber der Alte schwieg.

„Iljitsch!" rief Ermen wieder.

„Woj!" sagte der frühere Umkatagen rasch.

„Umkatagen! Iljitsch! Umkatagen! Iljitsch!" tönte es von allen Seiten.

Und jedesmal, wenn „Umkatagen" gerufen wurde, herschte Grabesstille im Zelt. Sobald aber irgendeiner „Iljitsch" rief, zuckte der Alte zusammen und beeilte sich mit der Antwort.

„Also, Iljtsch, rauchen wir jetzt!" sagte Loß vergnügt.

So verschwand Umkatagen aus der Jaranga. Und ein ganz anderer Mensch wohnte jetzt darin — Iljitsch!

XVII

Loß erwachte früh. Andrej war nicht mehr im Bett.

Er ist wohl wieder zur Jagd. Laß ihn jagen! dachte Loß gutmütig. Auch ein Vater würde dem Sohn das Vergnügen gönnen.

Er liebte Andrej von Herzen. Es ist nicht häufig, daß zwei Menschen, die lange Zeit gemeinsam in einer engen, kleinen Kammer verbringen, ihre gegenseitigen Vorzüge und Fehler kennen, einander oft ihre ganze Lebensgeschichte erzählt haben und dann noch Freunde bleiben. Loß und Andrej aber waren wirkliche Freunde.

Loß schürte den Herd, wärmte seine Konserven auf, trank Tee, setzte sich dann an den Schreibtisch und fühlte plötzlich einen Schmerz in den Beinen. Er besah sie und stellte fest, daß die Unterschenkel leicht geschwollen waren.

Ob sich der Skorbut in meinen Beinen eingenistet hat? dachte er auf Tschuktschenart.

Er ging auf den kleinen Spiegel an der Wand zu und betrachtete sein Zahnfleisch. Auch dieses war etwas geschwollen.

„Ein Schmarren!" sagte Loß und setzte sich an die Arbeit.

In den letzten Tagen hatte er seine Baude selten verlassen. Er schrieb an dem Jahresbericht für das Revolutionskomitee des Gouvernements. Er mußte alles berühren, alles berichten und vor allem alles begründen. Die Arbeit hatte Loß gefangengenommen.

Hols der Teufel! Wer hätte gedacht, daß noch ein Schriftsteller aus mir werden würde? dachte er ironisch, während er die beschriebenen Blätter betrachtete.

Shukow war auch gegen Abend noch nicht von der Jagd zurückgekehrt.

Wenn er nur nicht auf dem Eis abgetrieben ist! Dann schwimmt er mir auf dem Ozean umher! dachte Loß beunruhigt und sah aufs Meer hinaus.

Es war windstill. Die Eisfelder erstreckten sich so weit, daß sie das Auge nicht umfassen konnte. Das Meer barg heute keine Gefahr. Loß bemerkte den alten Komo und ging auf ihn zu.

Komo saß auf einem Walfischwirbel und rauchte eine lange kupferne Pfeife. Er war uralt. In seinem ganzen langen Leben war er nie krank gewesen, aber sein hohes Alter machte es ihm unmöglich ,sich weit von seiner Jaranga zu entfernen. Loß kannte ihn gut und ging nie an ihm vorüber, ohne ein paar Worte mit ihm zu wechseln.

„Wie gehts, Komo?" fragte er.

„Gut! Alle unsere Jäger sind dort", sagte Komo und wies mit seiner langen Pfeife aufs Meer. „Die Jagd ist jetzt gut. Es sind Robben da. Dein junger Mann ist auch dort."

„Ist es nicht gefährlich, so weit ins Eis hinauszugehen?"

„Nein, jetzt nicht." Der Alte sah zum klaren Himmel hinauf und fuhr fort: Fünf Tage wird es keinen Wind geben."

„Na, das ist ja schön, Komo. Ich gehe wieder arbeiten", sagte Loß beruhigt.

Was kann das für eine Arbeit sein in der Hütte? dachte Komo. Aber er sagte doch: „Geh nur, geh!"

Loß setzte sich an den Tisch und setzte den Plan für die Feier des Ersten Mai auf.

Die Rede werde ich schreiben, auswendig lernen und dann auf tschuktschis chhersagen.

Er schrieb lange an den Hauptgedanken dieser Rede. Es wollte ihm nicht gelingen. Es schien doch eine einfache Sache zu sein. Eine Rede zum Ersten Mai hätte ich vor einer ganzen Division gehalten, und wenn man mich mitten in der Nacht dazu geweckt hätte. Und hier weiß ich nicht wie ich anfangen soll . . . Er stand vom Tisch auf und ging im Zimmer auf und ab.

Die Maifeier, dachte er. Sie wissen ja gar nicht, was die Maifeier ist . . . Der Kampf mit der Selbstherrschaft? Sie kennen nur einen Kampf. Zwei Männer treten auf, legen die Joppen ab und ringen miteinander. Wie soll ich es ihnen klar machen. Das ist schon eine Aufgabe!

Bis in die späte Nacht hinein saß Loß. Viele Reden warf er ins Feuer, und während er zusah, wie sie verbrannten und zu Asche wurden, dachte er, daß es auch in Wirklichkeit so werden konnte. Er würde irgend etwas zusammenquatschen, und alles würde spurlos verrauchen. Nur Asche würde übrigbleiben. Er zupfte sich am Bart und setzte sich wieder an den Tisch.

Vor dem Schlafengehen ging er ans Ufer und sah noch einmal hinaus.

Das Meer war still.

In der Nacht weckte ihn ein heftiges Pochen am Fenster. Er sprang auf und lief auf die Tür zu. Als er sie öffnete, erblickte er einen hochgewachsenen Mann und hinter ihm eine Frau, beide mit aufgeregten Gesichtern.

„Russke Vorgesetzter, hilf schnell! Schnell schnell, hilf! sagte der Mann.

„Woher kommt ihr?"

„Wir sind Jarak und Mary."

„Wartet, wartet, ich zieh mich gleich an!" rief Loß.

Blitzschnel hatte er die Hosen übergezogen die Füße in die Pelzschuhe gesteckt und rief:

„Kommt herein!"

Verlegen betraten die nächtlichen Gäste das Zimmer.

„Ah, Jarak!" Loß faßte sie beide um die Schultern und führte sie zur Bank. „Setzt euch, setzt euch! Gleich werden wir Tee trinken. Kannst du mit dem Petroleumkocher umgehen?"

„Ja", sagte Jarak.

„Stecke ihn an, ich komme gleich!"

Mary beobachtete Loß schweigend. Die mächtigen Arme des bärtigen russischen Vorgesetzten zogen ihre Aufmerksamkeit an.

Loß lief ins Freie. Ueber dem Eis ging flammend die Sonne auf, und wie vor ihr erschrocken, hing abseits der bleiche Mond. Diese zwei Lichtquellen vtrtrugen sich hier an diesem niedrigen Firmament.

BLB BADISCHE LANDESBIBLIOTHEK
Baden-Württemberg

Wo liegt der Ausweg für den deutschen Obstbau?

Marshallplanpolitik ruiniert die badischen Obstbauern

In Lörrach tagten in der vergangenen Woche die Delegierten der verschiedenen im badischen Obstbauverband zusammengeschlossenen Bezirksvereinigungen. Diese Tagung der südbadischen Obstbauern stand im Zeichen der zunehmenden Krise unserer Landwirtschaft. Wie auf dieser Versammlung zum Ausdruck kam, ist der Obstbau durch die sogenannte Liberalisierung des Handels aufs Schärfste betroffen. Dies ist kein Wunder. Wenn man überlegt, daß allein durch die uneingeschränkten Einfuhren aus Holland im Jahre 1949 folgende landwirtschaftliche Erzeugnisse nach Westdeutschland eingeströmt sind, kann man verstehen, welche verhängnisvollen Folgen die Auswirkung der Marshallplan-Politik im deutschen Obstbau hervorruft.

Nach Inkrafttreten des neuen Handelsvertrages mit Holland wurden in der Zeit vom 15. 12. bis 31. 12. 1949 Einfuhrlizenzen für Gartenbauerzeugnisse (nur aus Holland) in folgender Höhe erteilt:

Obst	18 000 056	Dollar
Gemüse	37 000	„
Obstkonserven	438 000	„
Fruchtsäfte	67 000	„
Südfrüchte	1 257 000	„
Marmelade	211 000	„
Pulpe	465 000	„
Baumschulerzeugnisse	656 000	„
Blumenzwiebeln	1 173 000	„
Blumenzwiebeln	350 000	„
Schnittblumen	357 000	„
Forstpflanzen	26 000	„
zusammen:	23 037 056	Dollar

Diese sogenannte „Liberalisierung", die nicht nur aus Holland, sondern auch aus Frankreich, Spanien, Italien usw. die Erzeugnisse in das westdeutsche Bundesgebiet hineinpumpt, ist nicht nur für unseren Obstbau, sondern für die gesamte westdeutsche Landwirtschaft der Totengräber.

Wenn auf der Lörracher Versammlung ein Sprecher des Badischen Ministeriums der Landwirtschaft und Ernährung eine Förderung des badischen Obstbaus durch Marshallplangelder versprach, so ist damit unseren Obstbauern nicht im geringsten gedient. Untragbare Steuerlasten, die zu zahlende „Soforthilfe" und die Kosten für eine intensive Schädlingsbekämpfung können von unseren Obstbauern nicht mehr getragen werden. Wie soll man da verstehen, wenn Obstbausachverständige, die ernst genommen werden wollen, die anwesenden Obstbauern mit Geldern, die im Monde liegen, ködern wollen, statt ihnen zu sagen, daß noch von der vergangenen Ernte durch die Mashallplan-Mißwirtschaft Hunderttausend Zentner deutscher Aepfel, Ernte 1949, beim Erzeuger festliegen und unverkäuflich sind, während der Markt vom Auslandsobst überschwemmt wird.

Der badische Obstbau hat auf seiner Tagung in Lörrach seine Forderungen in verschiedenen Entschließungen der Regierung bekannt gegeben. Unter anderem verlangen die Obstbauern folgendes:

1. Herabsetzung der stark überhöhten Branntweinsteuer in Baden.
2. Schaffung von Obstlagerkellern in den verschiedenen großen Obstanbaugebieten durch Bereitstellung von Mitteln durch die Badische Landesregierung.
3. Vorbereitungen für die Errichtung von Bewässerungsanlagen in den badischen Trockengebieten unter besonderer Berücksichtigung der durch den Bau des „Grand Canal d'Alsace" zu versteppen drohenden Rheinebene.
4. Schutz gegen die im kommenden Jahr erscheinende Maikäferinvasion durch Feststellung des zu erwartenden Einfluggebietes und durch staatliche Mittel.

Diese Forderungen des badischen Obstbaus sind unbedingt gerechtfertigt. Doch in Anbetracht der Notlage unserer Obstbauern muß man das Uebel, das in der Marshallisierung unserer Landwirtschaft und der Zerreißung unseres Vaterlandes durch die Westmächte liegt, an der Wurzel bekämpfen.

Hunderttausende von Zentnern südbadischen Obstes gingen früher nach Leipzig, Dresden, Berlin und in die Länder der Deutschen Demokratischen Republik. Heute wird durch die Westmächte und ihre westdeutschen Handlanger der Handel mit der DDR und den Volksdemokratien unterbunden. Hinzu kommen die unverantwortlichen Einfuhren, die auf die westdeutsche Kolonialpolitik zurückzuführen sind.

Für die deutsche Landwirtschaft und damit auch für unseren einheimischen Obstbau steht die Frage:

Wo ist der Ausweg?

Auf den bis jetzt durchgeführten Tagungen des Gesamtdeutschen Arbeitskreises für Land- und Forstwirtschaft, an denen hunderte von Bauern und Agrarwissenschaftler aus Ost- und Westdeutschland teilgenommen, haben sich diese sehr ernsthaft mit dieser, für unsere Landwirtschaft so entscheidenden Frage beschäftigt. Einmütig kamen sie zu den Feststellungen, daß unsere Landwirtschaft nur gesunden kann durch Produktionssteigerung und Sicherstellung des Absatzes der landwirtschaftlichen Erzeugnisse. Unsere Landwirtschaft kann nur gesunden, wenn den Klein- und Mittelbetrieben ausreichende langfristige zinslose Kredite zur Verfügung gestellt werden. Die Existenz der deutschen Landwirtschaft kann nur gewährleistet werden, wenn der unbeschränkten Einfuhr ausländischer landwirtschaftlicher Erzeugnisse Einhalt geboten wird und der deutsche Innenhandel mit allen Mitteln gefördert wird. Ferner müssen die Steuern und Abgaben entscheidend gesenkt werden. Ferner muß die so hart auf unseren Bauern lastende „Soforthilfeabgabe" auf die Kriegs- und Währungsgewinnler umgelegt werden. Nur, wenn es der Arbeiterschaft, den Werktätigen und dem kleinen Mittelstand besser geht, kann es auch unserer Landwirtschaft besser gehen.

Deutschland braucht den Frieden und die Wiederherstellung einer einheitlichen gesamtdeutschen Landwirtschaft in einem souveränen, demokratischen Deutschland.

Ein gerechter Friedensvertrag mit unserem Volke ist erforderlich. Der Abschluß eines Friedensvertrages mit Deutschland bedeutet, daß alle Besatzungsmächte abziehen und die deutsche Wirtschaft und Landwirtschaft auf der Grundlage völliger Unabhängigkeit entwickelt werden kann.

UMSCHAU IM LANDE

Ein Neubau wird abgerissen

Schwäbisch Gmünd. (lwb) Ein Mann, der in Schwäbisch Gmünd hinter einer Bretterwand ohne Baugenehmigung in gemeinsamer Arbeit mit seiner Familie ein Wohnhaus errichtet hatte, mußte es am Mittwoch erleben, daß der Bau unter polizeilichem Schutz wieder abgerissen wurde. Dem eigenwilligen Bauherrn war es wiederholt zur Auflage gemacht worden, das Bauen einzustellen. Er hatte jedoch nicht damit gerechnet, daß die angedrohten Maßnahmen verwirklicht würden.

Sonderbarer Weg eines Blitzes

Uhingen, Kreis Göppingen. (lwb) Während eines schweren Gewitters traf in Uhingen am Mittwochvormittag ein Blitz in das Schulhaus, gerade als der Unterricht begonnen hatte. Augenblicklich waren die Klassenzimmer in dichten Schwefeldampf gehüllt. Glücklicherweise kam aber niemand zu schaden, denn der Blitz fuhr aus dem Schulhaus wieder heraus, lähmte einer Frau, die im Freien Wasser schöpfte, vorübergehend den Arm und schoß dann in den Blitzableiter eines neben der Schule stehenden Hauses. Der Blitzableiter war erst am Tage vorher auf dem Gebäude angebracht worden.

Karlsruhe bekommt eine feste Messehalle

Neben der Karlsruher Festhalle wird in diesen Tagen eine feste Messehalle errichtet. An dem Bau der Halle sind die Stadtverwaltung Karlsruhe und der Verband der leitenden Krankenhausärzte Deutschlands beteiligt. Die Messehalle, die in Holz erbaut wird, soll anläßlich der zweiten Deutschen Heilmittelmesse am 2. September eröffnet werden.

Vergiftungen durch Speiseeis

Weinheim. (lwb) In der kleinen Gemeinde Laudenbach an der Bergstraße erkrankten dieser Tage dreißig Personen nach dem Genuß von Speiseeis. Sie hatten durchweg Vergiftungserscheinungen, die zum Teil sehr schwerer Art waren. Mit ärztlicher Hilfe konnten jedoch lebensgefährliche Folgen der Vergiftungen verhindert werden.

Das Gesundheitsamt Mannheim hat eine Untersuchung eingeleitet, deren Ergebnis zur Zeit noch nicht bekannt ist.

Was geht in Korea vor?

Darüber spricht am Samstag, 8. Juli 20 Uhr in Schwetzingen im Lokal „Zum Römischen Kaiser"

Landtagsabgeordneter Fritz Salm

Die Bevölkerung von Schwetzingen ist dazu herzlich eingeladen.

KPD, Ortsgruppe Schwetzingen

Er machte zu viel Radau

Freiburg. Ein 22jähriger Metzger, der bereits einmal wegen Ruhestörung, Fahrens ohne Führerschein usw. vorbestraft ist, ließ, als er einmal über den Durst getrunken hatte, sein Motorrad im Stand zur nächtlichen Stunde auf vollen Vouren laufen, fuhr dann los und stürzte. Als er schließlich von einem Kameraden erfuhr, drei gerade des Weges kommende Bürger hätten sich über seine Randaliererei aufgeholten, da traktierte er diese mit Fäusten. Zwei Polizisten, die ihn zur Ruhe bringen wollten, griff er ebenfalls an. Dann ging er flüchtig und warf seinen Mantel so hinter sich, daß der ihn verfolgende Polizist zu Fall kam. Der Staatsanwalt meinte, drei Wochen Gefängnis und acht Tage Haft wären gut für ihn. Das Gericht schloß sich jedoch dem Verteidiger an und erkannte auf eine Geldstrafe von 170 DM. Die Strafe wurde wegen Körperverletzung und Widerstandes gegen die Staatsgewalt ausgesprochen.

Mannheimer Straßenbahnunglück vor Gericht

Mannheim. Das Straßenbahnunglück vom 26. Januar in Mannheim, bei dem es sechs Tote und vierzig Schwer- und Leichtverletzte gegeben hatte, wird am 13. Juli vor der großen Strafkammer des Landgerichts Mannheim verhandelt werden.

MÖBEL-KLINGER - BILLIG IMMER!

Achtung! Möbelkäufer!

Infolge leichten Wasserschadens verkaufe ich zu bedeutend herabgesetzten Preisen nur in meinem Lager, Lange Rötterstraße 18/20

Küchenschränke ab DM 115.-
Wohnzimmerschränke Eiche und Nußbaum, 180 cm DM 265.- u. 285.-
Kleiderschränke 3tür., 180 cm DM. 185.-
Kompl. Eichen-Schlafzimmer 3türig DM 435.-
dto. in Rüster DM 485.-
Kommoden, Eiche, roh DM 45.-
Nachttische, gebeizt DM 18.-
1 fast neuwertiges Zimmerbuffet oh. Aufsatz mit Vitrine in Birke, 200 cm DM 385.-
Einzelne Bettstellen, gebeizt, roh u. weißlackiert DM 12.-, 18.-, 23.-

Ein Posten ovale Tische Nußbaum DM 15.-
Einige Schreibmaschinentische, Mod. etw. überholt DM 25.-, 35.-
Ein Posten Stühle DM. 4.50, 5.50, 6.50
Küchenbuffets in modernen Ausführung, 120 cm = DM 168.-, 130 cm = DM 178.-, 140 cm = DM 195.-
ca. 30 Elfenbein-Küchenbuffets in bester Verarbeitung, 160 cm nur DM 245.-, 180 cm nur DM 285.-
sowie viele Einzelmöbel zu wirklich niederen Preisen.

Samstag, 8. Juli, Montag, 10. Juli, Dienstag, 11. Juli u. Mittwoch, 12. Juli, jeweils nachmittags von 2 bis 6 Uhr

Verkauf nur Lange Rötterstr. 18/20, Eing. durch die Toreinfahrt

Nützen Sie daher die günstige Gelegenheit

Inserieren bringt Gewinn!

Unser Angebot!

Leistungsbeispiele unserer Abteilungen

Stoffe

Bedruckte Waschstoffe viele Muster 1.98 1.85 — 1.65
Lavabel-Drucks, 90 cm breit 3.95 — 3.25

Wäsche

Damen-Unterkleider, schwere charmeuse Qualität mit kleinen Fehlern, dunkelbl. und schwarz Größe 42-50 Stck. 5.95 — 4.95
Herren-Sporthemd Karo und Popelinestreifen 7.95 6.95 — 6.50

Berufskleidung

Damen-Berufsmantel weiß, Knopfform mit 1/2 Arm — 10.45
Herren-Weghose beste Verarbeitung, Strapazierqualität — 15.95

Weißwaren

Linon 130 cm breit, feste Qualität, Mtr. — 2.95
Streifen-Satin 130 cm breit 3.95 3.75 — 3.55

Bettwäsche

Kopfkissen ca. 80 x 80, aus gutem Linon 3.65 — 2.98
Unterbettuch ca. 150x220, strapazierf. Dowlas 8.75 7.85 — 7.35

Ein Besuch überzeugt Sie!

Breite Straße H 1, 8 bei Schuh-Fritz

Webwaren ETAGE

Sorgt für Ihre Augen

Bonn DIPL. OPTIKER

Mannheim, O 6, 9
Universumstraße neben Pschorrbräu

OPTIK BERGMANN-MAHLAND MANNHEIM

Ab Samstag, den 8. Juli 1950, 14 Uhr

HARTMANN Schuhe

wieder am altvertrauten Platze

an den Planken **O 7, 14**

Bücher, die Sie suchen:

Am 1. Juli 1950 stellt sich die

Universum-Bücherei

der deutschen Leserschaft vor.

Die Universum-Bücherei bietet allen Schichten unseres Volkes gute Bücher aus allen Wissens- und Interessengebieten in erstklassiger Ausführung gegen mäßige Mitgliedsbeiträge.

Die Aufnahmegebühr beträgt DM 1,50, der monatliche Beitrag ebenfalls DM 1.50.

Dafür erhalten die Mitglieder:

1. Bei der Aufnahme einen Widmungsband.
2. Nach freier Wahl innerhalb der Ausgabeblocks A, B, C 6 oder 4 oder 3 Bände jährlich.
3. Die reichhaltige literarische Illustrierte „Das Universum-Magazin" in monatlicher Folge. Zustellung kostenlos.
4. Alle auf dem deutschen Büchermarkt erschienenen Bücher zu Original-Organisationspreisen.

Die erste dem Widmungsband folgende Buchlieferung vollzieht sich nach 2 oder 3 resp. 4 geleisteten Monatsbeiträgen.

Alle Bände sind geschmackvoll in Ganzleinen gebunden und hervorragend ausgestattet Sie bilden die Zierde jedes Bücherschrankes und die bleibende Freude jedes echten Bücherfreundes.

Einige unserer Autoren:

Emile Zola, Jack London, Egon Erwin Kisch, Howard Fast, Alexander Puschkin, Alexander Dumas, Arnold Zweig, Hans Fallada, Heinrich Mann, Kurt Tucholsky, G. Flaubert und viele andere mehr.

Anliegende Beitrittserklärung bitte abtrennen, ausfüllen und —wenn keine Marke zur Hand — in unfrankiertem Umschlag einsenden an:

Universum-Bücherei
Wuppertal-Barmen, Werléstraße 16

BEITRITTS-ERKLÄRUNG

Mitgl.-Nr. .....

Hiermit erkläre ich meinen Beitritt zur Universum-Bücherei und bitte um Übersendung des Mitgliedsausweises sowie der Mitgliedsgrundsätze.

Name ..... Vorname .....

Beruf .....

Wohnort ..... Straße .....

....., den ..... 19 ..

.....
(Unterschrift)

Das Eintrittsgeld von DM 1.50 sowie den Mitgliedsbeitrag (DM 1,50 monatlich) für ... Monat-e habe ich heute auf das Postscheckkonto Nr. 605 72 Dortmund eingezahlt.

FILMTHEATER
Mannheim

ALSTER O 3, 6. Tel. 44647
Osar Wilde's charmante Komödie **Ein idealer Gatte**
Prunkvoller Farbfilm
Täglich: 14.00, 16.00, 18.15, 20.30 Uhr.

CAPITOL am Meßplatz Tel. 511 86
JOHNNY WEISSMÜLLER
Tarzan und die Amazonen
Ein abenteuerlicher Film um die sagenhaften Amazonen!
Beginn: 14.00, 16.30, 19.00 u. 21.00 Uhr
Samstag, Nachtvorstellung 23.00 Uhr.

PALAST Breite Straße Tel. 44635
Bis Montag **„Stadt ohne Maske"**
Ein spannender Kriminalfilm, wie er alle 10 Jahre nur einmal gedreht wird mit HARRY FITZGERALD, DON TAYLOR, DOROTHY HART u. v. a.
Beginn: 10.00, 11.45, 13.45, 15.45, 17.45, 20.00 Uhr
Spätvorstellung 22.00 Uhr bis Montag
„Gold in New Frisco"
Ein Abenteurer-Film mit HANS SÖHNKER, OTTO WERNICKE, ALEXANDER GOLLING
Sonntagvormittag 11.00 Uhr Jugend- u. Familienvorstellung **„Gold in New Frisco"**

Lichtspielhaus **MÜLLER**
WILLIAM BOYD
Wild-West so großartig wie nie zuvor!
Im Herzen von Arizona
Beginn: 16.00, 18.15, 20.30, sonntags ab 14.00 Uhr.

DIE KURBEL Tel. 51896
14.30 16.30 18.30 20.35 Doreth. Wieck Hans Nielsen **5 unter Verdacht**

Alles kommt zum

Mannheimer Strandfest

Vom 9.-18. Juli 1950

auf dem Platz hinter der Hauptfeuerwache

Die größten Attraktionen der Welt!
„Märchenstadt Liliput" — „Hockenheim-Ring"
Wein- und Bierzelt, Volksbelustigungen aller Art, Imbißstände, Eis- und Zuckerkonditoreien
Vergessen Sie auch nicht das Markt'stübl vom **„Werner Seppl"** zu besuchen!

Klaviere
neu und gespielt, Hohner Akkordeon Streich- und Zupfinstrumente. Teilzhlg.
Musik - Arnold, G 4, 13.

„Hicoton" altbewährt gegen
Bettnässen
Preis DM 2.65 Zu hab. in all. Apoth

Waldrestaurant „Karlstern", Käfertalerwald, wieder eröffnet, erwartet Ihren Besuch. - Sonntags Omnibusverkehr.

Uhren-Reparaturen
fachmännisch und preiswert
Zimmer am Tattersall

SCHÄFERS MÄRCHENSTADT LILIPUT

Schönste und größte LILIPUTANER-SCHAU
Mannheim, auf dem Meßplatz
Zum Strandfest vom
8. bis 18. Juli
täglich von 14—21 Uhr ständig geöffnet, mit etwa stündlich beginnenden wunderbaren Darstellungen von
40 Liliputanern
Einmaliger Eintrittspreis für alle Sehenswürdigkeiten, einschl. der Vorstellung: Erwachsene 80 Pfg., Kinder 40 Pfg.